universität wien

MASTERARBEIT

Die soziale Dimension im Prozess nachhaltiger Stadtentwicklung
Das Projekt Sonnwendviertel – Modell einer praktischen Umsetzung von sozialer Nachhaltigkeit

verfasst von
Maria Winkler

angestrebter akademischer Grad
Master of Arts (MA)

Wien, 2015

Studienkennzahl: A 066 905
Studienrichtung: Masterstudium Soziologie
Betreut von: Ao. Univ.-Prof. Dr. Christoph Reinprecht

Inhaltsübersicht

Abbildungsverzeichnis …..…..... III

0 Herangehensweise an das Thema und Einleitung …..... 1

1 Ursprung des Leitbildes „Nachhaltigkeit“ …..... 2

abgeleitet aus der Evolutionsgeschichte. Zunehmende Eingriffe in das Natursystem (Kolonisierung von Natur) führen zu einer globalen Bedrohung. Das Soziale aus ganzheitlicher und eingeschränkter Sicht.

2 Die Bedeutung internationaler Dokumente für das Konzept nachhaltiger Entwicklung …..... 6

Der Brundtland-Bericht: Initialzündung und Weichenstellung für den weiteren Entwicklungsverlauf 6

Lokale Agenda 21: Der Auftrag an Städte und Gemeinden das Konzept umzusetzen (UN- Konferenz von Rio de Janeiro, 1992) 9

Warum Städte im Fokus nachhaltiger Entwicklung stehen: Abhängigkeit vom globalen Umfeld, demografische Entwicklung, Stellung in einer globalisierten Welt 10

3 Das Leitbild „Zukunftsfähige Stadt“ …..... 13

Sicherung der Zukunftsperspektive als Motor der Entwicklung:
Das Ringen um einen umweltgerechten - wirtschafts- und sozialgerechten (sozialverträglichen) Lebensraum 14
Das Soziale als dritte Zielebene im 3-Säulen-Modell 16

4 Das Leitbild „Soziale Stadt“ …..... 18

Historische Rahmenbedingungen. Von der Umwelt zur Lebenswelt.
Soziale Verhältnisse rücken zunehmend in den Vordergrund (Benachteiligte Quartiere als soziale Brennpunkte) 18
Das Soziale tritt in den Fokus der Entwicklung und wird zu einem eigenen Leitbild – Vorausblick auf die „Solidarische Stadt“ 20

5 Das Entwicklungskonzept von Claudia Empacher und Peter Wehling …..... 25
beschreibt die wesentlichen konstitutiven Kernelemente, die eine nachhaltige Gesellschaftsentwicklung ermöglichen.

6 Neue Perspektiven im Stadtentwicklungskonzept der Stadt Wien – Vom Versorgungs- zum Entwicklungsprinzip 35

Wien setzt auf eine aktiv-gestaltende Politik, auf die Entwicklung aller vorhandenen Potentiale. - Wien in CENTROPE 35
Unter dem Namen „Sonnwendviertel“ entsteht ein neuer Stadtteil 38
Kriterienliste „Sozialer Nachhaltigkeit“ im geförderten Wohnbau 39
Soziale Wohnpolitik als Existenzsicherung 40

7 Projektbeschreibung 44

7.1 Äußere Rahmenbedingungen 44
„Soziale Nachhaltigkeit“ wird erstmalig in 7 Bauprojekten umgesetzt

7.2 Wohnen in Gemeinschaft 44
Innovative Lösungen im Erschließungsbereich 45
Die Erweiterung des Wohnraums nach außen 48
Die Erweiterung des Wohnraums durch Gemeinschaftsräume 52
Der große Gestaltungsaufwand und die Bedeutung künstlerischer Interventionen 59

7.3 Wohnen für wechselnde Bedürfnisse 62
Sozialer Ausgleich durch Soziale Durchmischung 62
Wohnen und Arbeit rücken wieder mehr zusammen 64

7.4 Zusammenfassende Gesamtschau 67
Bildung als Schrittmacher der Gesellschaft
Die Bedeutung des öffentlichen Raums für die Gesamtentwicklung

8 ExpertInnen-Befragung und Ergebnisse 70

8.1 ***Einblick in das Gesamtprojekt Sonnwendviertel*** 71

- Partizipation – Gemeinschaftsbildung 72
- Aufgabe, Herausforderungen und Aspekte der Prozessbegleitung 79
- Vom Projekt- zum integrierten Stadtgebiet. Das Zusammenwachsen von Alt und Neu und ihre wechselseitige Bedeutung für den Integrationsprozess 85
- Schwierigkeiten und besondere Herausforderungen auf dem Weg zu einem integrierten Stadtgebiet 90

8.2 Offene Fragestellungen und Themenkreise 93

9 Grundsatzfragen, die Gesellschaft in ihrem Kern betreffen 95
Hindernisse auf dem Weg zu mehr Selbstbestimmung und Solidarität

10 Schlussüberlegungen: Rückblick und Ausblick 98

Literaturverzeichnis 100

Anhang

Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1	Entwicklungslinie der Nachhaltigkeitsdebatte	8
Abbildung 2	Der erste Schritt zu Verhaltensänderungen ist die Wahrnehmung eines Problems, individuell gesehen sowie als Grundlage kollektiver Lernprozesse	12
Abbildung 3	Schematische Darstellung des Leitbildes Zukunftsfähige Stadt. Das Soziale steht noch stark im Schatten der Ökologie	17
Abbildung 4 Abbildung 5	Vom Schutz der Gesellschaft zum Aufbau und zur nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft	25
Abbildung 6	Konkurrenz und Kooperation basieren auf sozialen Einstellungen	29
Abbildung 7	13 Zielgebiete der Stadtentwicklung – Besondere Herausforderungen und Entwicklungspotentiale	36
Abbildung 8	Centrope	37
Abbildung 9	Masterplan des Projektgebietes	38
Abbildung 10	Kriterien der Sozialen Nachhaltigkeit aus dem Beurteilungsblatt	39

Fotos © Kallco. LandscapeCrop, © ÖSW, © Wolfgang Voglhuber, © ÖHTB, © Gerhard Hagen, © pierer.net, © Hager Partner AG, © PPAG architects, © eigene Fotos

Plandarstellungen © Kada, Riepl, Kaufmann, Bammer, Vlay, Steeruwitz; © Wimmer

0 Herangehensweise an das Thema und Einleitung

Eine dreiteilige Gliederung hat sich aufgrund der Themenstellung und des zusätzlichen Schwerpunktthemas „Auswertung der Expertenbefragung“ ergeben. Im ersten theoretischen Teil wird versucht, die Entwicklungslinie der sozialen Dimension im Nachhaltigkeitsprozess aufzuzeigen, die zu einem besseren Verständnis der wichtigsten sozialen Aspekte führt, die beim Projekt „Sonnwendviertel“ zum Tragen kommen. An zweiter Stelle steht das Projekt selbst, die Konkretisierung der sozialen Dimensionen in den sieben Siegerprojekten des Wettbewerbs. Dabei wird der Schwerpunkt auf Beispiele gelegt, die als besonders innovativ und zukunftsweisend gelten. Der dritte Teil gibt Auskunft über die wesentlichen und wichtigsten Gesichtspunkte der Entscheidungsträger bzw. Experten und Expertinnen, die das Projekt gestaltet und begleitet haben.

Was den theoretischen Teil im Einzelnen betrifft, gründen die Überlegungen auf einer ganzheitlichen Sichtweise, wie sie von AutorInnen wie Monika Alisch, Marina Fischer-Kowalski, Jens S. Dangschat und anderen vertreten wird. Diese ganzheitliche Betrachtungsweise ist im Hinblick auf das Nachhaltigkeitskonzept, das die Grundlage für ein Umdenken im ökologischen, wirtschaftlichen und jetzt vermehrt auch im sozialen Bereich bildet, von entscheidender Bedeutung. Das Grundverständnis für den Begriff „Nachhaltigkeit“ entsteht erst, wenn man seine Entstehungsgeschichte betrachtet, die im Gegenkonzept gegen eine nicht-nachhaltige Wirtschafts- und Lebensform begründet liegt.

Die allgemeine Krise als Ausdruck nicht-nachhaltigen Wirtschaftens und Vorgehens brachte nicht nur die Nachhaltigkeitsbewegung als Ganzes gesehen hervor, sondern die sich wandelnde und verschärfende Krisensituation verlangt auch nach adäquaten Antworten der Gesellschaft, die sich als unterschiedliche Lösungskonzepte niederschlagen. So gesehen tritt die soziale Dimension immer mehr in Erscheinung, je stärker und tiefgreifender die Lebenswelt der Menschen betroffen ist. Das ist das Grundkonzept der vorliegenden Arbeit.

Diese Arbeit geht also nicht von einer festen Begriffsbestimmung aus, was unter „sozialer Nachhaltigkeit“ zu verstehen ist, und versucht dann unter diesem Gesichtspunkt eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung zu beschreiben, sondern sie geht von einer ganzheitlichen Sicht der Nachhaltigkeit aus und leitet den sozialen Aspekt aus der Gesamtentwicklung ab. Dieser Weg scheint zielführender zu sein, denn er zeigt auf, dass die soziale Dimension schon am Beginn der Entwicklung in Richtung Nachhaltigkeit eine ganz entscheidende Rolle spielt.

1 Ursprung des Leitbildes „Nachhaltigkeit“. Das Soziale aus ganzheitlicher und eingeschränkter Sicht

Wie oben angekündigt steht zunächst der Versuch im Vordergrund, das Nachhaltigkeitskonzept als Ganzes sowie den sozialen Aspekt aus dem Entstehungszusammenhang abzuleiten und daraus die notwendigen Schlüsse für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung zu ziehen. Es gibt jedoch unterschiedliche Ansätze, wie weit der Blick in der Ursachenkette zurückreicht.

Viele AutorInnen, auch Monika Alisch und Heike Herrmann, führen das Nachhaltigkeitsprojekt auf die unmittelbar herrschenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zurück, auf die global sichtbar gewordenen Auswirkungen nicht-nachhaltigen Wirtschaftens und Vorgehens: „Das gesellschaftliche Projekt ‚Nachhaltigkeit‘ begann, als deutlich wurde, dass die Folgeprobleme fordistischen Wirtschaftens sich weiter verstärken würden und fortwährendes wirtschaftliches Wachstum als einzige Zukunftsmaxime nicht mehr tragfähig schien.“ (Alisch 2001, 105)
Die Autorinnen betonen also den Entwicklungszusammenhang zwischen der herrschenden Ideologie eines ungebremsten Wachstums mit all seinen Folgen für Natur und Gesellschaft und dem aufkommenden Nachhaltigkeitsgedanken. Diese vorsichtige Formulierung spielt auf kritische Stimmen der 60er und 70er Jahre an, die wie der *Club of Rome* „Grenzen des Wachstums“ (Meadows *et al.* 1972) propagierten und für ein fundamentales Umdenken eintraten. Hier steht die offenkundige Fehlentwicklung im Mittelpunkt der Diskussion, nicht aber, wie sie sich über lange Zeiträume entwickelt und aufgebaut hat.

Die hier angestrebte großräumige Perspektive geht nicht von den gegebenen Verhältnissen aus, sondern versucht Aufschlüsse aus ihrer evolutionären Entwicklung, aus dem Entstehungsprozess zu erhalten. Marina Fischer-Kowalski und Helmut Haberl (*et al.* 1997) spannen den historischen Bogen bis in die Zeit der Jäger und Sammler zurück (vgl., S. 25f).
Die damalige Gesellschaft, bestehend vorwiegend aus überschaubaren Kleingruppen, stand weitgehend im Einklang mit Natur und Umwelt. Der menschliche Austauschprozess mit ihr verursachte kaum nennenswerte Belastungen, weder für das natürliche System noch für das soziale System. Das änderte sich mit zunehmender Sesshaftigkeit und dem Umstieg auf die Agrarwirtschaft und der damit verbundenen Tierhaltung. Als „Neolithische Revolution“ bezeichnet, führte diese Entwicklung zu Eingriffen in das Natursystem, die es im Sinn forcierter Nutzbarmachung sehr stark veränderten, aber, vereinfacht ausgedrückt, noch nicht aus dem Gleichgewicht brachten. Die Züchtung von Pflanzen und Tieren und die damit verbundenen

Arbeiten wie Pflügen, Bewässern, Düngen, Säen, Ernten etc. erforderten eine größere Anzahl von Menschen, was sich in einem raschen Bevölkerungswachstum niederschlug und die soziale Gesellschaftsstruktur tiefgreifend veränderte. Entscheidend dafür war die notwendig gewordene Arbeits- und Aufgabenteilung. Der Schutz des in Anspruch genommenen Territoriums, das Herbeischaffen und Bearbeiten der zum Leben notwendigen Güter sowie eine notwendige Verwaltung des gesamten Systems verlangten gesellschaftliche Organisationsformen, die die „Ausdifferenzierung sozialer Hierarchien" begünstigten (ebd., 31). Das heißt, die „Entstehung von territorialen Herrschaftssystemen" und die damit einhergehende Aufspaltung in privilegierte und nicht-privilegierte Bevölkerungsschichten steht im engen Zusammenhang mit der „Kolonisierung von Natur" (ebd.). Die fortschreitende Beherrschbarkeit natürlicher Prozesse hat nicht nur Auswirkungen auf das Natursystem, sondern ebenso auf den handelnden Akteur selbst. Die fortwährende Beschäftigung, sich die Erde „untertan" zu machen, prägt mit der Zeit auch die innere Einstellung und Geisteshaltung, die letztlich das Verhältnis Mensch - Natur und auch das von Mensch zu Mensch bestimmt.

Dieser Zusammenhang kommt in der letzten Entwicklungsphase der letzten 200 Jahre, der sogenannten „Industriellen Revolution" noch deutlicher zum Vorschein. Der Zugriff auf fossile Brennstoffe setzt eine Entwicklung in Gang, die einen Quantensprung für den technischen Fortschritt bedeutet. Zuerst Kohle als unverzichtbarer Begleiter der Dampfmaschine und später Erdöl, das die Motorisierung und die chemische Industrie in ungeahntem Maß vorantreibt, werden als „gigantische Speicher früherer Sonnenenergie" (ebd., 31) zum Auslöser einer tiefgreifenden Umstellung: Menschliche Arbeitskraft wird schrittweise durch Maschinen ersetzt. Diese Entwicklung verringert den Stellenwert (menschlicher) handwerklicher Arbeitsleistung und erhöht ihn umso mehr für technische Einrichtungen. Besonders in der 2. Hälfte des 20. Jh. wird diese Tendenz zur allumfassenden technischen Umgestaltung mit einer bisher noch nie dagewesenen „Kolonisierung von Natur". Die flächendeckende Industrialisierung der Landwirtschaft mit dem Einsatz von Traktoren und Maschinen jeder Art, die Nutzbarmachung der Wasserkraft durch gigantische Projekte an Flüssen bis hinauf in die höchsten Berg- und Gletscherregionen und vor allem die Motorisierung des Verkehrs einschließlich der Elektrifizierung der gesamten Um- und Lebenswelt bis in die privaten Haushalte, das alles macht deutlich, wie umfassend Mensch und Technik in den Naturhaushalt, in Um- und Mitwelt eingreifen. Der Grund dafür ist immer noch derselbe: Der massive Einsatz von Technik ist nur der Ausdruck von noch größerer Beherrschbarkeit natürlicher Systeme.
Dabei darf nicht übersehen werden, dass menschliches Verhalten mit der inneren Einstellung

korrespondiert. Indem die Gesellschaft das Natursystem verändert, ändert sie sich selbst. Dem feststellbaren Höhepunkt an gezielten Eingriffen in das Natursystem entspricht ein ebenso maßloser Menschentypus, der keine Grenzen kennt, weil er sich nicht mehr als Teil des Ganzen begreift, sondern das Ganze unter seine Kontrolle bringen will. Erich Fromm nennt ihn den „Übermenschen“[1]; es gibt für ihn nichts, das nicht machbar wäre. Im unerschöpflichen Vertrauen auf die eigene Kraft schafft er die Welt, wie er sie haben will. Unter der Devise „Alles ist machbar“ greift er schonungslos in bestehende Systeme ein. Natur und Umwelt haben für ihn nur Gebrauchswert, sind nur noch Stoff, der da ist, um von Menschen geformt zu werden. Das ist die „moderne“ Geisteshaltung eines Menschen, der sich in das Natursystem nicht einfügt, sondern verlangt, dass sich dieses seinen Vorstellungen zu fügen hat.

Mit dieser Beschreibung der Hintergründe, wer oder was die derzeitigen Krisenerscheinungen letzten Endes heraufbeschwört hat, soll aufgezeigt werden: Es ist nicht die Natur, die aus dem Ruder läuft, sondern es ist die Gesellschaft selbst, die mit ihrem Verhalten für die Nachhaltigkeitsprobleme verantwortlich ist. Im Grunde ist der gängige Diskurs um Nachhaltigkeit weniger Ausdruck einer ökologischen als vielmehr einer *sozialen* Krise. Darauf weisen Marina Fischer-Kowalski und Helmut Haberl auch hin: „Nicht Naturprozesse sind das Objekt der Betrachtung, sondern wirtschaftliche und soziale Prozesse mit ihren Wirkungen auf Natur. Eine Aufforderung zu gesellschaftlicher Selbstbetrachtung also.“ (ebd., 22)
Die Evolutionsgeschichte des Verhältnisses Mensch - Natur und die zunehmende Kolonisierung durch menschliche Eingriffe zeigen deutlich, wo die Urheberschaft für die Nachhaltigkeitsproblematik liegt. Trotzdem ist bemerkenswert, dass in der breiten Nachhaltigkeitsdiskussion der Mensch als Urheber kaum eine Rolle spielt. Der immaterielle Charakter des Sozialen, auf den Claudia Empacher und Peter Wehling (2002) aufmerksam machen, ist sicher ein Grund dafür, doch Herbert Marcuse (1967) geht noch weiter. Er diagnostiziert: Der Blickhorizont des Großteils der gegenwärtigen Gesellschaft beschränkt sich fast ausschließlich auf das konkret Bestehende, auf die gegebenen Verhältnisse, ohne zu fragen, wie sie entstanden sind. Diese eindimensionale Sicht- und Denkweise nimmt das Vorhandene als Gegebenheit einfach hin, ohne zu fragen warum und wieso, d.h. die Warum-Frage steht außerhalb des engen Horizonts.
Das ist wohl einer der Hauptgründe, warum der Blick in erster Linie auf die negativen Auswirkungen kolonisierender Eingriffe gerichtet ist und nicht auf deren Ursachen. Die soziale

[1] Erich Fromm 1976, 15 in Anlehnung an Albert Schweitzer 1966, 118ff.

Komponente, dass die Problematik von der Gesellschaft selber ausgeht, bleibt dadurch im Hintergrund. Erst wenn der Problemdruck durch die problematischen Verhältnisse zunimmt und zumindest Teile der Gesellschaft betroffen macht, ist die Gesellschaft wieder im Blickfeld, doch nicht als Akteur, sondern umgekehrt als Betroffener.

Fasst man zusammen, ergibt sich eine durchaus zwiespältige Situation. Die Gesellschaft oder zumindest ein Teil von ihr provoziert untragbare Verhältnisse und die gleiche Gesellschaft ist aufgerufen, der Fehlentwicklung durch eine positive Strategie gegenzusteuern. Beide sozialen Komponenten zusammen erzeugen, um das Defizit auszugleichen, sozusagen eine dritte Komponente, das Soziale als Zielebene, womit der Begriff „soziale Nachhaltigkeit“ im Sinne von Empacher und Wehling (2002) angesprochen ist.
Das ist der Rahmen, in dem sich die Nachhaltigkeitsproblematik bewegt und Lösungsmodelle angestrebt werden.

Die drei Aspekte des Sozialen lassen sich folgendermaßen unterscheiden:

- das Soziale als menschliche Urheberschaft
- das Soziale als Betroffenheit (wenn durch den Problemdruck der „soziale Nerv“ getroffen wird)
- das Soziale als Zielebene (als 3. Säule im 3-Säulen-Modell)

Diese Unterscheidung ist notwendig für diese Arbeit, denn sie unterstreicht die Bedeutung des Sozialen als eigentlicher Dreh- und Angelpunkt nachhaltiger Entwicklung. Sie ermöglicht eine bessere Einordnung und ein besseres Verständnis der zu besprechenden Leitbilder. Sie ist hilfreich bei der Untersuchung, inwieweit soziale Nachhaltigkeit richtungsweisend für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung sein kann.

2 Die Bedeutung internationaler Dokumente für das Konzept nachhaltiger Entwicklung

2.1 Der Brundtland-Report. Initialzündung und Weichenstellung für den weiteren Entwicklungsverlauf

Mit den immer sichtbarer werdenden Krisenerscheinungen geht auch der Ruf nach Veränderung einher. Es ist notwendig, dass auf globaler Ebene gehandelt wird, weil partikulare Bewegungen wie Umwelt- und Naturschutz nur einen Teil der Menschen ansprechen, eine umfassende Richtungsänderung aber für die gesamte Menschheit gefordert ist. In den Vorläuferdokumenten von *Cocoyok* (1974)[2] und im *Dag-Hammarskjöld-Bericht* (1975) finden sich bereits Apelle – es sei besonders auf die Erklärung von *Cocoyok* verwiesen – an Regierungen, Institutionen und Verantwortungsträger, die die Menschheit als Ganzheit im Blick haben.
Mit dem *Brundtland-Report* „Our Common Future" gelingt jedoch der bedeutende Durchbruch, die Idee nachhaltiger Entwicklung weltweit zu forcieren. Die Weltorganisation ist aufgerufen, eine Richtungsänderung der offenkundigen Fehlentwicklung einzuleiten und dafür Richtlinien für ein umfassendes Entwicklungskonzept zu erarbeiten. Das sind die äußeren Rahmenbedingungen für die 22-köpfige UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung, die beauftragt ist, Strategien für eine möglichst langfristige bzw. dauerhafte Entwicklung zu erstellen.

Gemäß ihrer Aufgabenstellung geht sie ganz von einer globalen Sichtweise aus. Die Erde, der Planet als Ganzes ist bedroht und mit ihm auch die gesamte Menschheit. Der Blick ist damit zentral auf die Weltgesellschaft gerichtet, die aufgerufen wird, gemeinsam die anstehenden großen Herausforderungen und Probleme zu bewältigen. Dabei geht es aber nicht primär um ökologische Fragen, sondern vorrangig um die Diskrepanz zwischen einer von Armut geprägten Gesellschaft der Entwicklungsländer und der um vieles besser bestellten Industriestaaten. Doch da ergeben sich schon die ersten Schwierigkeiten und Ungereimtheiten. Die Kluft zwischen Nord und Süd soll durch nachhaltige Entwicklung überwunden werden, so der grundsätzliche Hauptansatz. Dabei geht die Kommission von der Annahme aus, eine nachhaltige Entwicklung im Norden verbraucht weniger Rohstoffe aus den Entwicklungsländern, wodurch diese angehalten sind, statt auf Rohstoffexporte zu setzen, besser die eigene Wirtschaft anzukurbeln. „Wenn", so die weitere Schlussfolgerung „[...] die Entwicklungsländer alle Anstrengungen machen, die Armut zu beseitigen, um menschliche Grundbedürfnisse zu befriedigen, dann wird

[2] Eine gute Beschreibung beider Dokumente sowie des Brundtland-Berichts gibt Hans-Jürgen Harborth, 1991

die Inlandsnachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten und Fertigwaren und nach einigen Dienstleistungen wachsen. Also impliziert dauerhafte Entwicklung ganz unmittelbar die Anregung des Wachstums in der Dritten Welt.“ (Hauff 1987, 55)
Dass diese Rechnung nur sehr bedingt aufgehen kann, wird von der Kommission selbst ins Auge gefasst. Denn wie sie selber ins Treffen führt, kann der anzustrebende Entwicklungsprozess in diesen Ländern nicht ohne technisches Know-how der Industriestaaten erfolgen. Das wiederum kann nur mit Rohstoffexporten bezahlt werden, die aber soweit wie möglich gedrosselt werden sollen.

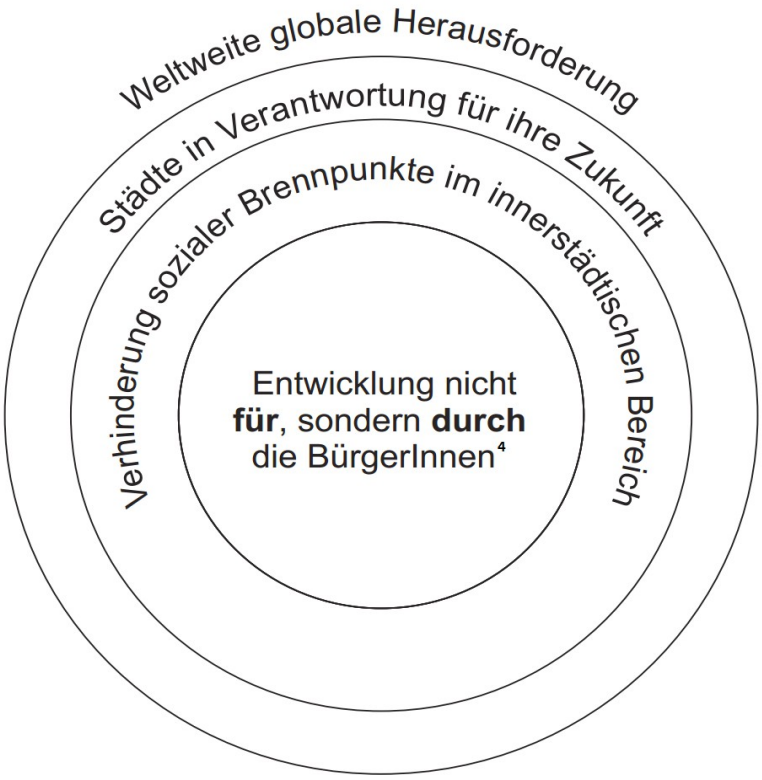
Dieser kurze Einblick in die Vorstellungen der Kommission über wirtschaftliche Zusammenhänge zeigt auf, wie schwierig es ist, ein System der Nachhaltigkeit aufzubauen, ohne die wahren Ursachen beim Namen zu nennen. Nicht einmal der Überkonsum bzw. der ausufernde Lebensstil der Industrieländer findet Eingang, geschweige denn, dass die damit verbundene Wachstumsdoktrin mit der Armut der „Dritten Welt“ in Verbindung stehen könnte. Die Kommission geht von der Weltgesellschaft als Ganzes aus und sieht demnach die Polarität von Arm und Reich als gesamtgesellschaftliches Problem, das es grundsätzlich gemeinschaftlich zu bewältigen gilt. Dass die einen genau das zu viel haben, was die anderen zu wenig haben, steht nicht zur Debatte. – Genaue Beobachter sagen, das hat auch seinen guten Grund, denn derartige Zusammenhänge sind für die Industriestaaten ein heikles Thema, dem die Kommission im Interesse einstimmiger Beschlüsse ausweicht. Sie geht den diplomatischen Weg und sieht im Nachhaltigkeitskonzept die Lösung der Probleme, aber auch eine Kompromisslösung unter den Ländervertretern, damit alle unterschreiben können. Statt einen Konfrontationskurs vorzuschlagen, wie er in den Vorläuferdokumenten der Erklärung von *Cocoyok* und dem *Dag-Hammarskjöld-Bericht* aufscheint, setzt die Kommission auf Einstimmigkeit. Sie erreicht damit, dass ein geschlossenes umfassendes Konzept für nachhaltige Entwicklung[3] der Weltöffentlichkeit vorgestellt werden kann und mit ihm ein Umdenken auf fundierter Basis ins Rollen kommt.

Der Nachteil ist allerdings dabei: Durch das Ausblenden gesellschaftlich-sozialer Faktoren als Problem*ursache,* wird auch die Polarität zwischen Arm und Reich nicht als soziales Problem wahrgenommen. Stattdessen richtet sich der Blick ausschließlich auf die sichtbare Fehlentwicklung, sodass deren Ursachen im Hintergrund bleiben. Damit ist aber der weitere

[3] „Der Begriff dauerhafte Entwicklung ist dabei definiert als ein Entwicklungsweg – als ein Wachstumsprozess –, der die Handlungsmöglichkeiten kommender Generationen nicht schon heute einschränkt.“ (Hauff 1987, XI)

Entwicklungsweg bereits vorgezeichnet. Nachhaltigkeit versucht die Krisen*folgen* in den Griff zu bekommen und schlägt dabei einen Entwicklungsweg ein, der langsam über eine nachhaltige Lebensweise auf allen Gesellschaftsebenen zu einer Bewusstseinsveränderung führen soll. Das soziale Grundproblem aber, die Polarisierung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer, bleibt weiter als gegebene Tatsache bestehen, ohne die tieferen Ursachen mitzudenken. Das Interessante ist aber: Die wiederholt angesprochene Polarität, die Aufspaltung der Gesellschaft, verlagert sich mit fortschreitender Brisanz auch auf die Industrieländer. In diesen zeichnet sich im Rahmen der Problembewältigung eine Entwicklungslinie ab, die von der globalen Ebene über die Stadt- und Gemeindeebene und den engeren Bereich des Quartiers zur Eigenverantwortung der Bürger und Bürgerinnen[4] führt.

Abb.1



Quelle: eigene Darstellung

[4] Vgl. Empacher/Wehling 2002, 46

2.2 Die Bedeutung der Lokalen Agenda 21

War der Brundtland-Bericht noch ein Appell an die Weltöffentlichkeit, um mit dem Konzept nachhaltiger Entwicklung ein allgemeines Umdenken in die Wege zu leiten, steht im weiteren Verlauf seine Umsetzung im Vordergrund und damit auch alle Gesellschaftsebenen, die in der Lage sind, Nachhaltigkeitsziele in ihrem Aktionsbereich zu verankern. Nicht die Welt als Ganzes steht im Zentrum der Betrachtung, sondern Staaten, auch in ihrer Kooperation und im Zusammenschluss mit anderen Ländern, aber auch alle innerstaatlichen Körperschaften, Regierungen und Verwaltungsebenen bis zu den Kommunen, den Städten und Gemeinden. Diesen Auftrag erfüllt die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (UNEP) in vierjähriger Arbeit und legt in ihrem Abschlussbericht (Rio de Janeiro 1992) ein Dokument vor, das als *„Agenda 21“* die eigentliche Basis für nachhaltige Entwicklung auf innerstaatlicher und somit auch auf Stadt- und Gemeindeebene legt:
„Kommunen errichten, verwalten und unterhalten die wirtschaftliche, soziale und ökologische Infrastruktur, überwachen den Planungsablauf, stellen die kommunale Umweltpolitik und kommunale Umweltvorschriften auf und wirken an der Umsetzung der nationalen und regionalen Umweltpolitik mit. Als Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist, spielen sie eine entscheidende Rolle dabei, die Öffentlichkeit aufzuklären und zu mobilisieren und im Hinblick auf die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung auf ihre Anliegen einzugehen.“ (Agenda 21, Kap. 28,1)

Die Kommission spricht hier die große Bedeutung der Kommunen an, weil Probleme dort am besten gelöst werden können, wo sie stattfinden. Der zentrale Auftrag, an der innerstaatlichen Verbreitung des Nachhaltigkeitskonzeptes mitzuwirken, geht aber noch weiter: „Bis 1996 sollte die Mehrzahl der Kommunalverwaltungen der einzelnen Länder in einen Konsultationsprozess mit ihren Bürgern eingetreten sein und einen Konsens hinsichtlich einer ‚lokalen Agenda 21‘ für das jeweilige Gemeinwesen erzielt haben“ (ebd., Kap. 28,2), sodass auf der Voraussetzung eines erzielten Konsenses analog zur internationalen Ebene auch auf der lokalen Ebene eine auf örtliche Verhältnisse zugeschnittene Agenda 21 beschlossen werden kann.
Konkret heißt es dazu: *„Jede Kommunalverwaltung sollte in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine ‚lokale Agenda 21‘ beschließen. Im Zuge der Konsultation und Konsensbildung würden die Kommunen von ihren Bürgern und von örtlichen Bürger-, Gemeinde-, Wirtschafts- und Gewerbeorganisationen lernen und die Informationen erhalten, die sie benötigen, um die beste Strategie [für nachhaltige Entwicklung] aufstellen zu können.“* (ebd., Kap. 28,3)

Wie man sieht wird in diesem Programm ein Zusammenwirken aller Ebenen, und zwar in der Tendenz von „oben“ nach „unten“ und umgekehrt, also ein Top-down- und Bottom-up-Verhältnis, angestrebt. Die umfassende Einbeziehung aller verfügbaren Akteure steht im Vordergrund, auch die aktive Beteiligung der nichtstaatlichen Organisationen und anderer Gruppen. Das Agenda-Programm zielt somit auf eine umfassende Umsetzung nachhaltiger Entwicklung auf allen politisch relevanten Ebenen ab. Mit der Aufforderung, auf kommunaler Ebene „lokale Agenda-Prozesse“ einzuleiten, wird der Bericht zum Basisdokument, auf das Städte und Gemeinden in erster Linie zurückgreifen.

2.3 Zukunftssicherung der Städte

Die Zukunftssicherung der Städte tritt in den Folgedokumenten, wie z.B. *Aalborg Charta* (Europäische Konferenz über zukunftsbeständige Städte und Gemeinden 1994) oder *Habitat II* (UN-Konferenz über menschliche Siedlungen 1996), zunächst nur indirekt hervor, in einer Hinwendung zu verstärkter Zukunftsorientierung. Städte und Gemeinden rücken nicht nur in den Mittelpunkt nachhaltiger Entwicklung, auch deren Zukunft wird immer mehr zum Hauptanliegen aller Bemühungen in Richtung Nachhaltigkeit. Städtische Initiativen erfolgen zunehmend mit Blick auf Zukunftsbeständigkeit (siehe Aalborg Charta), im Sinne der Sicherung eines dauerhaften Bestehens oder der „Zukunftsfähigkeit“, d.h. fähig zu werden, um in Zukunft noch bestehen zu können. Diese Tendenz wird spätestens seit den 90er Jahren sichtbar, ein Zeichen, dass Städte und vor allem die Großstädte sich Sorgen um ihre Zukunft machen und das offenbar auch für nötig halten. Das Konzept nachhaltiger Entwicklung, das in erster Linie von Städten ausgegangen ist, wird daher zunehmend zu einem Mittel, die Tragfähigkeit und die Zukunftsperspektive der Städte selbst zu erhalten. Die Gründe dafür sind folgende:

1. Durch die globale Bedrohung von Natur und Umwelt sind Stadtbewohner besonders betroffen. Als reine Konsumenten sind sie vollkommen abhängig von einem intakten Umfeld, von gesunden Nahrungsmitteln, die von außen bezogen werden müssen. Während die Landbevölkerung eine mehr oder weniger intakte Umwelt ständig vor sich hat und daraus noch immer Nutzen zieht, ist die Bewohnerschaft in der (Groß)Stadt auf Ressourcen aus entfernteren Regionen oder anderen Landesteilen angewiesen. Durch die fortschreitende Suburbanisierung, die enorme Ausbreitung der Großstädte ins Umland, ist dieses für die Versorgung mit Ressourcen nicht mehr verfügbar. Peter Baccini bemerkt in diesem Zusammenhang, dass „[a]ufgrund der Bevölkerungsentwicklung […] in einigen Jahrzehnten eine weltweite

Nahrungsmittelknappheit entstehen [kann]“, so dass es für urbane Großregionen „kaum ein […] Hinterland für die Grundversorgung geben wird“ (Klotz *et al.* 2002, 122). Während also das Land im Ernstfall immer noch in der Lage ist, sich selbst zu helfen und zu versorgen, sind die Großstädte auf die Versorgung aus immer entfernteren Gebieten angewiesen. Allein schon dieser Umstand hält ein latentes Interesse an der globalen Umweltsituation wach und trägt dazu bei, dass die Umweltproblematik als globale Bedrohung vor allem die Städte berührt. *Sie* sind als Erste von einer Ressourcenknappheit betroffen und daher schon aus eigenem Interesse, nicht bloß der Natur zuliebe, für die Erhaltung einer intakten Umwelt aufgeschlossen.

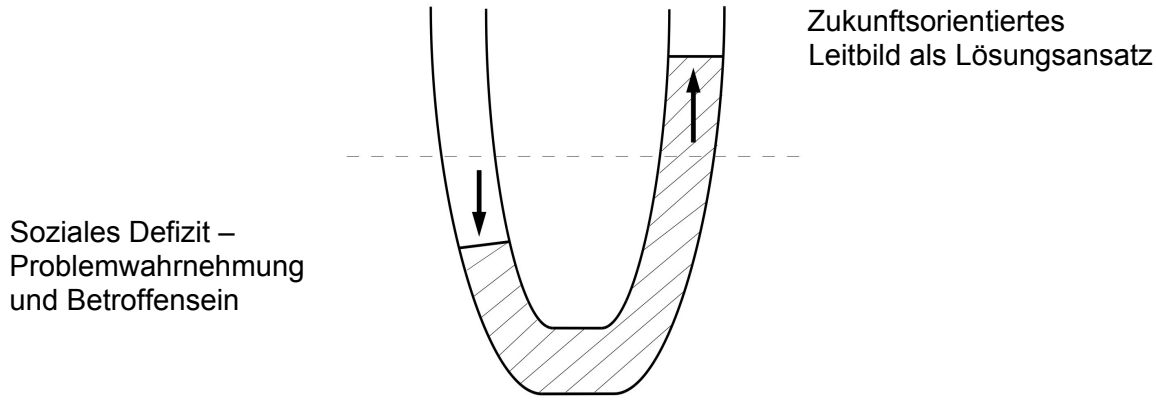
2. Parallel zur Umweltproblematik sind auch auf der Gesellschaftsebene große Problembereiche unübersehbar. Der wirtschaftliche Strukturwandel der letzten Jahrzehnte hat im Zuge fortschreitender Globalisierung besonders für die Städte schwerwiegende Folgen. Standen früher regionale Wirtschaftsbeziehungen im Vordergrund, bestimmt immer mehr der Weltmarkt das Geschehen. Nicht nur die Abwanderung von Industriebetrieben in die Billiglohnländer wird zum Problem, sondern mehr noch, dass transnationale Unternehmen den Handlungsspielraum von Städten und Gemeinden systematisch einschränken, indem sie nur ihre globalen Konzerninteressen verfolgen und die lokalen Interessen daher auf der Strecke bleiben. – Städte verlieren dadurch schleichend an Selbstbestimmungskompetenz, weil die Entscheidungen „in weit entfernten Konzernzentralen“ fallen, auf die sie keinen Einfluss haben (Astleithner 1999, 49). Die übernationalen Unternehmen entscheiden über ihre Betriebsstandorte und bestimmen schon dadurch über das Wohl der BürgerInnen von Städten und Gemeinden. So wie diese nur dem Konzern dienen und nicht umgekehrt, sind auch die Arbeitsverhältnisse gestaltet. Einer kleinen hochbezahlten Führungsschicht steht die große Mehrheit von Lohnempfängern gegenüber, die es immer schwerer hat, ihr Leben zu bestreiten, d.h., die Globalisierung führt vorzugsweise in den Städten zu einer Polarisierung der Gesellschaft. Dieses Phänomen wird im folgenden Kapitel 3 näher beschrieben. Die Städte, die sich auf sich selbst gestellt sehen, stehen nun vor der Aufgabe, wieder mehr Eigenständigkeit, innere Geschlossenheit und die Initiative über städtische Entwicklung zu bekommen.

3. Fazit: Das Bemühen um Zukunftssicherung geht zwar auf die Umweltbewegung zurück, hat seine Wurzeln aber ebenso in den Zielvorgaben vieler Kongressdokumente, allen voran dem Brundtland-Bericht. Schon die einleitenden Titel „Unsere gemeinsame Zukunft“, „Die bedrohte Zukunft“ weisen darauf hin, dass nicht so sehr die unmittelbare Gegenwart, sondern die Zukunft auf dem Spiel steht. Systematische Umweltzerstörung bedeutet den Verlust menschlicher

Lebensgrundlagen und stellt somit eine existentielle Bedrohung dar. Im Kern geht es daher von Anfang an nicht nur um die Erhaltung einer intakten Umwelt, sondern mehr noch, um die Erhaltung einer Zukunftsperspektive, ohne die menschliches Leben auf Dauer gar nicht möglich ist. Menschen, für die es keine Zukunft gibt, sind nicht einmal ansatzweise in ihrer Existenz gesichert, geschweige denn nachhaltig im Sinne eines dauerhaften menschenwürdigen Daseins. Das offensichtliche Bestreben, eine möglichst sichere Zukunft vor sich zu haben, hat also einen existentiellen Hintergrund, d.h., es geht auf ein fundamentales soziales Grundbedürfnis zurück, das ergänzend zu den existenzsichernden Faktoren „sozialer Nachhaltigkeit" gesehen werden kann[5], stellt es doch das eigentliche Fundament einer menschlichen Existenz dar.

Die Bedrohung des natürlichen Systems wie der Gesellschaft hat also eine soziale Komponente. Dem drohenden Verlust von Zukunftschancen steht das Bedürfnis um verstärkte Zukunftssicherung gegenüber. Bezogen auf soziale Grundbedürfnisse bedeutet das nichts anderes als: Ein soziales Defizit wird durch einen sozialen Aufbauwillen kompensiert. Dieser einfache Ausgleichsmechanismus bildet die Grundlage für das Entstehen positiver Leitbilder wie für deren Umsetzung. Der Verlust an Perspektiven für die Zukunft bewirkt als natürliche Gegenreaktion, diese zu erhalten. So gesehen ist das Soziale der eigentliche Dreh- und Angelpunkt nachhaltiger Entwicklung, soziale Nachhaltigkeit von Anfang an das (soziale) Fundament und die entscheidende Triebkraft im Nachhaltigkeitsprozess. Dass der gesamte Entwicklungsweg dieses Prozesses von einer sozialen Perspektive bestimmt und getragen ist, ist der Ansatzpunkt für die weitere Themenbehandlung.

Abb.2 Der erste Schritt zu Verhaltensänderungen ist die Wahrnehmung eines Problems, individuell gesehen sowie als Grundlage kollektiver Lernprozesse (Alisch 2001,105f).



Quelle: eigene Darstellung

[5] Zukunftssicherung als mögliche Ergänzung zur Existenzsicherung. Siehe soziale Dimensionen der Nachhaltigkeit bei Empacher/Wehling 2002

3 Das Leitbild „Zukunftsfähige Stadt“

Unter dem Motto „Global denken und lokal handeln“ soll ein Wandlungsprozess eingeleitet werden, der den städtischen Lebensraum und die städtische Lebenswelt im Sinne nachhaltiger Entwicklung umgestaltet (Knoll/Kreibich 1997, 47). Der vorherrschende Blick auf die globale Umweltproblematik hat aber zur Folge, dass mit ihm eine ökologische Grundorientierung für alle Handlungsfelder bereits vorgegeben ist. Das Ziel soll auf drei Gestaltungsebenen erreicht werden: auf der Ebene der Umwelt als vorrangige Zielebene, auf der Ebene der Wirtschaft im Hinblick auf eine geforderte umweltschonende Produktion und auf der Ebene der Bevölkerung, die als Konsument ebenfalls zur Verbesserung der Umweltsituation beitragen kann (Klotz *et al.*, 25f).
Das damit angesprochene 3-Säulen-Modell „Ökologie – Ökonomie – Soziales“ ist auf der ganzen Linie ökologisch geprägt, weshalb Städte und Gemeinden in erster Linie bei der Ökologie ansetzen und auf dieser Ebene versuchen, Erfolge zu erzielen. In ihrem Wirkungsbereich befinden sich v.a. Maßnahmen zur Reduktion von Schadstoffemissionen und von Abfall und Maßnahmen zur Energieeinsparung, denn weniger verheizter Brennstoff bedeutet weniger CO2-Ausstoß und weniger Treibhauseffekt. Ein Umstieg von fossilen Brennstoffen zu erneuerbaren Energien ist eines der wichtigsten Hauptziele. Auch die Förderung von Wasserkraft, Solar- und Windenergie, Erdwärme, Biogas etc. gehört zu den Grundaufgaben nachhaltigen Wirtschaftens.

Zu den Maßnahmen zur Verringerung der CO2-Emissionen gehört auch die Eindämmung des städtischen Verkehrs. Dieses Unterfangen ist für Stadtverantwortliche eine besonders große Herausforderung und verlangt, wie am exemplarischen Beispiel Heidelberg zu sehen ist, v.a. kreative Lösungsansätze. „Der Weg zu weniger Autoverkehr in der Stadt“ führt nicht über rasch zu realisierende Beschlüsse der Stadtregierung, sondern bedarf von vornherein einer intensiven Bürgerbeteiligung, nicht bloß im Sinne einer Anhörung, sondern vielmehr der gemeinsamen Erarbeitung eines Verkehrskonzeptes mit den Entscheidungsträgern, im Verein mit Institutionen, Verbänden, Parteien und interessierten Gruppen (Knoll/Kreibich, 50).
Wie sehr es gerade im Bereich der Mobilität auf innovative Lösungen ankommt, zeigt ein weiteres Beispiel: die Einrichtung dezentraler „Bürgerämter“ in verschiedenen Stadtteilen. Der Grundgedanke ist dabei: Die Verwaltung kommt zu den BürgerInnen. Diese ersparen sich zum Vorteil der Luftqualität viele Fahrkilometer im dichten Stadtverkehr, kommen eher mit dem Rad oder gehen zu Fuß.

Damit ist angesprochen, wie sehr Stadt- und Gemeindeverwaltungen gemeinsam mit den BürgerInnen kreativ gestaltend ans Werk gehen müssen, um Verbesserungen beim Schadstoffausstoß zu erreichen, aber auch, um dem Abfallproblem Herr zu werden. Angesichts wachsender Müllberge und der darin enthaltenen Giftstoffe kommt der Verringerung von Abfallstoffen ebenfalls zentrale Bedeutung zu, besonders jener, die vom Naturhaushalt nicht mehr absorbiert werden können. Der Ausweg ist daher eine strikte Mülltrennung, wobei auch hier in der gesamten Abfallwirtschaft die Grundregel gilt: „Abfälle sind, soweit es eben geht, zu vermeiden; was nicht vermieden werden kann, soll optimal verwertet werden; und was dann noch übrig bleibt, muss umweltverträglich entsorgt werden." (ebd., 53) „Vermeiden – verwerten – entsorgen" ist also das Abfallkonzept nachhaltigen Umgangs mit anfallenden Reststoffen, deren Verwertbarkeit immer mehr – auch wirtschaftlich gesehen – an Bedeutung gewinnt. Dabei spielt die Ökologie eine nicht unwesentliche Rolle. Denn die Natur selber macht uns vor, wie vollständige Wiederverwertung Abfall gar nicht erst aufkommen lässt, und löst das Problem somit am nachhaltigsten. Die ökologische Grundorientierung trägt daher wesentlich zu einer langsamen Umstrukturierung der „weitgehend unökologischen Raubbau- und Wegwerf-Ökonomie" (…) bei. Die Natur als Vorbild führt zur Annahme, „dass anthropogene Wirtschaftssysteme natürlichen Ökosystemen in zentralen Funktionsweisen nachzubilden sind. Als Vorbild dienen vor allem die Stoffkreisläufe in der Natur und dynamische ökologische Gleichgewichte, die über Jahrmillionen stabile Lebens- und Produktionsgrundlagen für eine große Zahl von Pflanzen und Tieren gewährleistet haben." (ebd.,26) Recycling bzw. in weiterer Konsequenz eine anzustrebende Kreislaufwirtschaft ist also keine menschliche Erfindung, sondern Ausdruck dafür, dass sich nachhaltige Entwicklung nur zum eigenen Vorteil immer wieder an der Natur orientiert.

3.1 Der Aufbau lokaler Netzwerke. Die Einbindung von Wirtschaftsbetrieben in das Nachhaltigkeitskonzept

Dies ist für Städte und Gemeinden eines der erstrebenswertesten Ziele, schon deshalb, weil gerade dadurch die Umweltsituation am nachhaltigsten verbessert wird, aber auch, weil innerstädtische bzw. innerregionale Vernetzung ein Zusammenwachsen der örtlichen Kräfte, eine grundsätzliche Stärkung der lokalen Ebene bedeutet. Natürlich müssen dafür auch die lokalen Voraussetzungen gegeben sein. Städte, die hauptsächlich auf Tourismus ausgerichtet und kaum durch industrielle Großbetriebe in ihrer Umweltqualität belastet sind, haben eine

gänzlich andere Ausgangsbasis als jene, die beispielsweise wie die Stadt Graz eine Vielzahl von Branchen und Betrieben beherbergen, mit denen das Emissions- und Abfallproblem auf lange Sicht zu einer Existenzfrage werden kann. Kommt dann noch eine „klimatisch bedingte" Notwendigkeit zur Luftsanierung dazu, müssen Stadtverantwortliche die Wirtschaft von der Notwendigkeit nachhaltigen Wirtschaftens überzeugen. Im Fall Graz ist das aufgrund umfassender Vorbereitung, Planung und einer größtmöglichen begleitenden Unterstützung der Betriebe durch die Stadtverwaltung gelungen.

Das Beispiel zeigt, vor allem die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft in Bezug auf technologische Entwicklung ist sehr wohl imstande, eine „betriebliche Umweltvorsorge" (Knoll/Kreibich, 61) zu etablieren und Umweltbelastungen drastisch zu minimieren. Dazu trägt auch die Idee bei, Jahr für Jahr eine Anzahl von Betrieben für nachhaltiges Wirtschaften zu gewinnen und als vernetzten Klub vorbildlich agierender *ÖKOPROFIT*- Betriebe durch die Verwaltung permanent zu unterstützen.

Der zweite positive Aspekt bezieht sich auf die Zielsetzung, die Stadt in sich, als geschlossene Einheit zu festigen. Dazu kann, wie Florentina Astleithner (1999, 14) hervorhebt, das betriebliche Zusammenwirken sehr viel beitragen. „[I]ndem beispielsweise Abfälle aus einer Industriebranche als Rohmaterial für eine andere dienen", sich ortsansässige Betriebe nach Möglichkeit wirtschaftlich vernetzen, werden die „lokalen Potentiale […] voll ausgeschöpft; die Stoffflüsse durch die Region [gemeint sind die externen, überregionalen Wirtschaftsbezüge] werden im Unterschied zu den Stoffflüssen der Umgebung minimiert, und statt dessen werden die internen Stoffkreisläufe optimiert". Dadurch gewinnen Städte und Gemeinden an innerer Stabilität und „eine hohe Widerstandsfähigkeit gegenüber Störungen aus der Umwelt und dem außerhalb der Region befindlichen ökonomischen System". Mit anderen Worten: Erst durch eine Vernetzung auf der lokalen Ebene können sich Städte gegenüber der globalisierten Wirtschaft behaupten und mehr Unabhängigkeit vom globalen Markt erreichen.

3.2 Die Einbindung der Bevölkerung – Die dritte Säule im Gesellschaftsmodell der „Zukunftsfähigen Stadt"

In diesem Leitbild ist die soziale Ebene ein gleichwertiger und integrierter Bestandteil des 3-Säulen-Modells, „die organisatorische Anbindung des Themas [Nachhaltigkeit] in den Umweltämtern der Kommunen und auch die Projekte der Agenda 21 zeigen jedoch keineswegs

diese Gleichrangigkeit. „Vielmehr dominiert die ökologische Achse die Praxis“ (Alisch 2001, 95). Die ökologische Grundorientierung steht auf allen Gestaltungsebenen noch so im Vordergrund, dass der ökologische Aspekt auf die soziale Ebene einfach übertragen wird und schon daher die Umsetzung wesentlich mitbestimmt: Nicht nur die Belastungsgrenzen von Natur und Umwelt, sondern auch die sozialen Belastungsgrenzen (durch Luftverschmutzung, Wasser- und Bodenkontamination etc.) sollen nicht überschritten werden. Sozial nachhaltig bedeutet noch weitgehend „sozial gerecht“ im Sinn von „sozialverträglich“, aber kaum das soziale Leben, das über das Mitmachen im Dienst von Umweltaktivitäten hinausgeht. Die Einbindung der privaten Haushalte, mit dem Ziel, einen Wandel im Lebensstil zu erreichen, kommt in der Regel über das Aufstellen von Zielvorgaben nicht hinaus (vgl. Knoll/Kreibich 1997, 99f.).

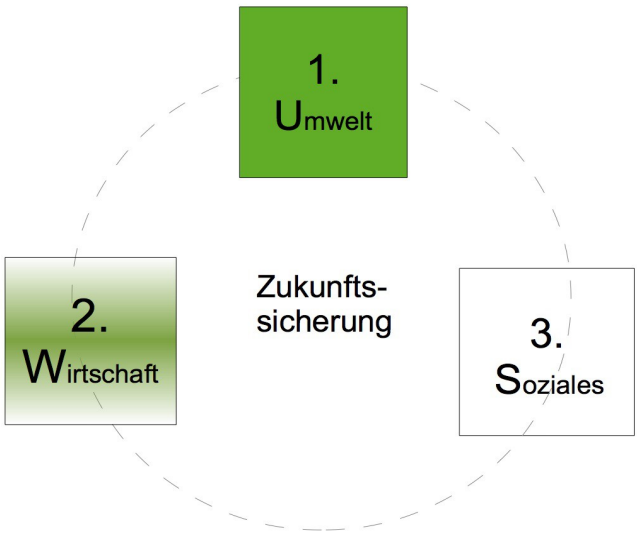
3.3 Resümee

Was eine bewusst zukunftsorientierte Stadtentwicklung ausmacht, ist das abzusichern, was bedroht ist, nämlich dass Städte und Gemeinden überhaupt eine Zukunft *haben*. Diese vielerorts angestrebte Zukunftssicherung konkretisiert sich im Gesellschaftsmodell der Trias Umwelt – Wirtschaft – Soziales, wobei der ökologische Gesichtspunkt noch so dominiert, dass alle drei Gestaltungsebenen danach ausgerichtet sind. Die Bedrohung der Umwelt und die daraus entstehenden Folgen stehen noch so im Vordergrund, dass der Gedanke nachhaltigen Ressourcenverbrauchs, ökologisch-nachhaltigen Wirtschaftens breiten Raum einnimmt. Das Soziale als 3. Gestaltungsebene bedeutet im Nachhaltigkeitskonzept nicht zufällig auch einen nachrangigen Stellenwert, ist es doch von vornherein problematisch, das Konzept der Nachhaltigkeit auf die soziale Ebene zu übertragen[6].

Als Teilaspekt nachhaltiger Entwicklung ist das Soziale aufgrund der Dominanz ökologischer Gesichtspunkte auch deshalb noch weitgehend „unterbelichtet“, weil es in der Anfangsphase vorrangig um den Einstieg in Nachhaltigkeitsprojekte und um deren Verbreitung geht.

[6] „Die Schwierigkeiten einer Übertragung des Nachhaltigkeitskonzepts auf die soziale Dimension sind eng verbunden erstens mit der Uneindeutigkeit […] dessen, was jeweils unter ‚sozial‘ oder ‚gesellschaftlich‘ verstanden wird, zweitens mit zentralen Charakteristika der sozialen Sphäre, die sie von der ökologischen Sphäre [...], auch von der ökonomischen Dimension deutlich unterscheiden.“ (Empacher/Wehling 2002, 39)

Abb.3 Schematische Darstellung des Leitbildes „Zukunftsfähige Stadt“.
Das Soziale steht noch stark im Schatten der Ökologie.



Quelle: eigene Darstellung

Ob Nachhaltigkeit zum Thema wird, inwieweit Städte und Gemeinden Konzepte dafür entwickeln, hängt noch stark von engagierten Einzelpersönlichkeiten ab. Es sind vor allem Verantwortungsträger auf der kommunalen und lokalen Ebene, die auf die neuen Herausforderungen reagieren, die im Nachhaltigkeitskonzept Zukunftschancen erkennen und folglich adäquate Programme in ihrem Wirkungsbereich umsetzen wollen. Freiwillige Selbstverpflichtung, Initiativgeist und konsequente Überzeugungsarbeit stehen ganz oben in der Werteskala.

Diese klar erkennbare Grundhaltung bestimmt auch das Verhältnis der Städte und Gemeinden untereinander, denn die Vorbildwirkung ist als Verbreitungsprinzip nicht zu übersehen. Auf diesen Aspekt geht Florentina Astleithner (1994) noch genauer ein. Sie sieht den großräumigen Zusammenhang, der darin besteht, „daß [!] Regionen ihre Tragfähigkeitsgrenzen nicht überschreiten, und damit in Form von ‚Inseln der Nachhaltigkeit‘ Kristallisationspunkte bilden, von denen ausgehend das Prinzip der Nachhaltigkeit sich global verbreiten kann.“ (S. 14) Städte und Gemeinden mit großer Vorbildwirkung sind demnach die Schlüsselakteure für einen umfassenden Wandlungsprozess in Richtung Nachhaltigkeit. Dieser findet, wie F. Astleithner weiter bemerkt, nur langsam und „in mehreren Stufen“ statt. Die Vernetzung innerstädtischer Funktionen und Einrichtungen einschließlich von Betrieben bildet dafür die Ausgangsbasis.

4 Das Leitbild „Soziale Stadt“. Soziale Veränderungen rücken die lebensweltliche Ebene in den Vordergrund – Von der Umwelt zur Lebenswelt

Die bisherige Erfahrung hat gezeigt, ein soziales Defizit hat eine soziale Antwort zur Folge, die als positives Leitbild den Menschen Hoffnung und Orientierung gibt. Ein Umweltdefizit wird mit Umweltschutz und -vorsorge, ein Verlust an Zukunftschancen mit Zukunftssicherung beantwortet. Nicht anders verhält es sich, wenn äußere Bedingungen noch tiefgreifender in die Lebenswelt der Menschen eingreifen und adäquate Gegenreaktionen herausfordern, wenn also gesellschaftliche Rahmenbedingungen nicht bloß die ökologischen, sondern vor allem die sozialen Verhältnisse selbst betreffen. Natürlich haben derartige Entwicklungen eine lange Vorgeschichte. Um ihre Tragweite und ihren Einfluss auf die Nachhaltigkeitsthematik besser abzuschätzen, lohnt es sich darauf näher einzugehen.

4.1 Der Strukturwandel in der Wirtschaft und am Arbeitsmarkt – Soziale Marktwirtschaft ein Auslaufmodell?

In der Aufbauphase der 50er und 60er Jahre waren gemeinsame Anstrengungen noch eine Selbstverständlichkeit. Arbeit diente noch mehr der Sache, an der Unternehmen wie Arbeitende profitierten, indem ausreichend hohe Löhne dafür sorgten, dass die produzierten Waren auch gekauft wurden. Durch die Massenproduktion konnten die Preise systematisch sogar gesenkt werden, „was den Spielraum für wachsende Einkommen […] sowie den Ausbau einer wohlfahrtsstaatlichen Politik erweiterte“ (Häußermann/Läpple/Siebel 2008, 148). Dieses fordistische Erfolgsmodell beruhte nach Henry Ford darauf, „Produktion und Verkauf immer als Einheit zu sehen“ (ebd., 136), wonach der Lohn für das Unternehmen zwar einen wichtigen Kostenfaktor darstellt, aber gleichzeitig die Möglichkeit für einen erhöhten Absatz schafft. Guter Lohn und steigende Verkaufszahlen bildeten in diesem Betriebssystem die Grundlage für eine „sozialpartnerschaftliche Unternehmensorganisation“ (ebd., 137), die auch vom Staat in vollem Umfang mitgetragen wurde: durch wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen, durch „sozialstaatliche Umweltpolitik“, vor allem aber durch die Einrichtung der vielzitierten „Sozialpartnerschaft“, die einen Interessensausgleich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmerseite ermöglicht. Dass man sich trotz großer Auffassungsunterschiede an einen gemeinsamen Tisch setzt, das allein bedeutet, sich als Teil eines größeren Ganzen zu begreifen und nicht zuletzt auch Mitverantwortung für die andere Seite zu übernehmen.

Mit der verstärkten internationalen Vernetzung der Wirtschaft setzt eine gegenläufige Entwicklung ein. Transnationale Unternehmen, begünstigt durch die neuen Informationstechnologien und durch die Globalisierung der Finanzmärkte, gewinnen zunehmend an Einfluss auf das Marktgeschehen. Mit der Herausbildung internationaler Netzwerkunternehmen, über alle Ländergrenzen hinweg, entziehen sich diese einer staatlichen Kontrolle und sehen deshalb auch keinen Grund, an sozialpartnerschaftlichen Vereinbarungen festzuhalten. Die Auswirkungen dieser Entwicklung sind tiefgreifend und folgenschwer. Angesichts wachsender existentieller Not- und Problemlagen, vor allem in den Ländern des Südens, greift eine allgemeine Unsicherheit um sich, von der besonders die Jugend betroffen ist. Die drohende Arbeitslosigkeit mit all ihren negativen Folgen ist allgegenwärtig und in vielen Arbeitsverhältnissen reicht die Entlohnung für ein menschenwürdiges Dasein nicht mehr aus.

Die Krise hat sich seit den 90er Jahren deutlich verschärft. Die globale Umweltbedrohung, im Grunde noch kaum oder nur wenig am eigenen Leib spürbar, weitet sich zu einer direkten Existenzbedrohung auf der lebensweltlichen Ebene aus. Was in den Entwicklungsländern schon viel früher der Fall war, eine Polarisierung der Gesellschaft in den Großstädten, erreicht in den 80er und 90er Jahren auch die Industrieländer in abgeschwächter Form. Die „Modernisierungsverlierer“, Menschen, die am Arbeitsmarkt nicht mehr unterkommen, sammeln sich in bestimmten städtischen Problemgebieten. Die finanzkräftigen Bevölkerungsteile wandern systematisch ab, die räumliche Konzentration von Armut und prekären Lebensverhältnissen nimmt zu. Langzeitarbeitslose, die „Unqualifizierten“ und in der Wissensökonomie somit die „Entbehrlichen“, ebenso Migranten, geraten daher mehr und mehr ins soziale Abseits, verbunden mit der Gefahr, dass die Probleme in den „sozialen Brennpunkten“ kumulieren und die Stadtpolitik vor unlösbare Aufgaben stellen. Vor diesem Hintergrund ringt sich in den Stadtregierungen die Erkenntnis durch: Mit den bisherigen sozialstaatlichen Mitteln ist die Problematik nicht zu lösen. Stark segregierte Quartiere, „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf“, wie immer man sie nennt, sind ein Strukturproblem der fehlenden Anpassung an die neuen Verhältnisse. Eine Verbesserung der Lebensqualität kann nur durch einen neuen Politikansatz möglich gemacht werden.

4.2 Ein neues Leitbild entsteht: Die „Soziale Stadt“

Während die Autoren Häußermann, Läpple und Siebel von einem zeitbegrenzten Programm „Soziale Stadt“ ausgehen, das den Ist-Zustand des neuen Politikansatzes beschreibt und analysiert, sehen M. Alisch (2001, 2002) und J. Dangschat in dem neuen Leitbild ein Entwicklungskonzept, das auch die Möglichkeiten einer zukunftsorientierten Weiterentwicklung mit einschließt. Bei dieser ganzheitlichen und vorausschauenden Sicht handelt es sich im Grunde um nur *eine* Entwicklung, die das fordistische Gesellschaftssystem ablöst und die zur „Solidarischen Stadt“ der Gegenwart führt. Dieser Entwicklungsweg wird im Folgenden in den wesentlichen Entwicklungsschritten nachgezeichnet.

4.2.1 Vom hierarchiedominierten Top-down-Modell zum integrierten Handlungsansatz

Die Erkenntnis, dass vielschichtig überlagerte Problemsituationen in benachteiligten Quartieren die Regel sind und mit zunehmender Verfestigung immer schwerer bewältigt werden können, rückt das Quartier als Ganzes in den Mittelpunkt. Die Problemlösungsstrategien von Stadtregierung und Verwaltung richten sich daher nicht mehr vorrangig auf die „Bearbeitung individueller Probleme“ (Häußermann *et al.*, 257), sondern die vielschichtige Problematik bzw. die Komplexität zusammenwirkender Problemfelder erfordert ein Konzept für das gesamte Quartier.

Quartiersentwicklung oder zumindest -stabilisierung löst eine bloße Versorgungspolitik ab, wobei auch die wirtschaftliche Komponente eine nicht unwesentliche Rolle spielt. Durch den globalen Strukturwandel sind Städte auf sich gestellt. Staatliche Hilfe ist nur noch beschränkt möglich, sodass die neue Zielsetzung darin besteht, die zur Verfügung stehenden Mittel und Ressourcen zu bündeln und möglichst gezielt und effektiv einzusetzen, und zwar nicht nur die materiellen Ressourcen. – Noch wichtiger wird die Mobilisierung der im Wohngebiet vorhandenen persönlichen Kräfte, aller Akteure, die auf die Zusammensetzung und Gestaltung des Quartiers Einfluss nehmen können. Die Rolle der Bürgerinnen und Bürger gewinnt dadurch eine zentrale Bedeutung, geht es doch letztlich darum, gerade jene *Akteure* zu *aktivieren*, die den Großteil der Bevölkerung ausmachen, die auch über die Verhältnisse im Quartier bestens Bescheid wissen.

Die Grundtendenz der neuen Strategie ist die Bündelung aller Ressourcen, ein kooperatives Zusammenwirken der vorhandenen Kräfte. Sie läuft darauf hinaus, nicht nur die Grenzen zwischen den einzelnen Fachressorts der Verwaltung, sondern ebenso zwischen

Verwaltungsebene und BürgerInnen zu überwinden, „also auf eine horizontale und vertikale, gebietsbezogene Integration und Kooperation“ hinzuarbeiten (ebd., 257).

4.2.2 Soziale Stadtentwicklung – ein Lernprozess für das politisch-administrative System wie für die Zivilgesellschaft

Auch wenn die Weichen in Richtung Zusammenarbeit gestellt sind, so sind Veränderungen in einer fest verankerten funktionierenden Stadtverwaltung nur schrittweise und auf lange Sicht möglich. Einer hochgradig sektoral ausgerichteten Organisationsform mit genau kalkulierten Budgetmitteln und festgesetzten Zeitlimits sind schon vom System her scheinbar unüberwindliche Grenzen gesetzt. Aus der Perspektive der Verwaltung bedeutet das neue Leitbild das Betreten von Neuland und somit das Eintreten in einen Lernprozess, der in seiner Richtung zwar festgelegt, in seinem Ergebnis aber offen ist.

Eine wichtige erste Maßnahme für die Vernetzung auf lokaler Ebene ist die Einführung von Stadtteilbüros bzw. eines Stadtteilmanagements. Als Schaltstelle zwischen Verwaltung und Bevölkerung ist vor allem das Management mit der Aufgabe betraut, „Handlungsmöglichkeiten und -kompetenzen der BewohnerInnen herzustellen“, diese nach Möglichkeit „selbst zu Akteuren der Stadtentwicklung zu machen“ (Alisch 2002, 102) und dabei anwaltlich für einen Interessensausgleich auf Quartiersebene zu sorgen. Als „Mobilisierungs- und Vermittlungsinstanz“ soll das Stadtteilmanagement „wichtige Funktionen für die Stabilisierung der Wohn- und Lebensverhältnisse“ im Quartier übernehmen (ebd., 102). Dem stehen allerdings – so die Erfahrung aus der Praxis – massive innere Widerstände entgegen. Wie sollen denn Menschen motiviert werden sich zu beteiligen, wenn sie ständig erleben, in vielen Lebensbereichen von der Gesellschaft ausgeschlossen zu sein, und keinerlei Perspektive haben, dass sich daran etwas ändert. Wer ständig mit „deprimierenden Erfahrungen“ auf dem Arbeitsmarkt, mit „sozialem Misserfolg“ konfrontiert ist, gar keine Möglichkeit hat, „durch eigene Anstrengung etwas bewirken zu können, wird auch in Partizipationsangebote keine großen Hoffnungen setzen“ (Häußermann *et al.* 2008, 275). Die immer wieder beklagte „fehlende Bereitschaft zur Beteiligung“ ist nach Meinung der Autoren auf eine „fehlende soziale Einbettung“ zurückzuführen (ebd.). *Damit Menschen mitmachen und sich integrieren, müssen sie bis zu einem gewissen Grad schon integriert sein.* „Fern vom Arbeitsmarkt, fern vom Bildungssystem“ bestehen nur sehr geringe Chancen, die Mauer einer inneren Abwehrhaltung zu durchbrechen (ebd., 276).

4.2.3 Der Weg zur Integration

Dieser kann nach M. Alisch (2002) nur in der Weise erfolgen, dass Politik und Verwaltung die äußeren Rahmenbedingungen bzw. die Voraussetzungen für eine aktive Lebensgestaltung schaffen. Dabei geht es nicht nur darum, „Menschen in die Lage zu versetzen, ihre Interesse[n!] zu erkennen, zu formulieren und nach außen zu vertreten." (S. 237) Im Zentrum steht vielmehr „ein Prozess, an dem alle Beteiligten und Betroffenen möglichst gleichberechtigt mitwirken, in dem sie sich auch […] über ihre Interessen klar werden und die jeweils bestmögliche Entscheidung aushandeln können. Partizipation wird hier verstanden als offener Lernprozess, in dem sich durch fördernde Rahmenbedingungen die qualifizierte Mitsprache der Betroffenen entwickeln kann" (Alisch 2002, 224 zit. n. Hater 1993).

Im Mittelpunkt steht also eine prozesshafte Entwicklung und die Notwendigkeit, „Lernprozesse zu organisieren und Lernmechanismen zu installieren" (ebd., 228), womit (Schul-)Bildung als Grundlage und Quelle sozialer Integration zentrale Bedeutung gewinnt. Schule sowie das organisierte Bildungssystem in seiner Gesamtheit muss zum Ort solidarischen und eigenverantwortlichen Handelns werden, das ist die Zielrichtung, die Autoren wie M. Alisch und viele andere vorgeben. Eine Schule der Zukunft[7] muss „schon durch die Art der Vermittlung neue Praktiken des Denkens und Handelns einüben" (ebd., 229), die zu sozialer Vernetzung, ebenso zu größter Selbstbestimmtheit und Selbstorganisation führen. Diese Art von Bildung geht über bloßes Faktenwissen weit hinaus. Sie ist Aneignung von Fähigkeiten, Entwicklung von Potentialen und Gestaltungsvermögen, und zwar auf ganz natürliche Weise. Solidarität, die Grundvoraussetzung für ein funktionierendes Gemeinwesen, entsteht im Prozess kooperativen Lernens, im Sinn gemeinschaftlicher Aufgaben- und Lebensbewältigung. Das ist der entscheidende Perspektivenwechsel. Integration beschränkt sich nicht auf das Hereinholen Außenstehender in die Gesellschaft, sondern wird zu einem Handlungsprinzip, auf dessen Grundlage integrative Strukturen durch integratives Handeln entstehen und sich weiter entwickeln.
Das Integrationsmodell „Soziale Stadt" hat damit zweierlei im Blickfeld: einerseits die Aktivierung der im Quartier vorhandenen Kräfte, andererseits ihre Bündelung, um eine integrierte Gesamtentwicklung des Gebietes in die Wege zu leiten. Aktivieren wird im Sinn von Empowerment, Entwicklung der eigenen Fähigkeiten und Potentiale, als aktive „Aneignung von

[7] Monika Alisch nimmt schon vieles vorweg, was im Bildungscampus verwirklicht wird. Diese neue Art der Vermittlung bezieht sich genau auf den auszubauenden Projektunterricht.

Macht, Kraft und Gestaltungsvermögen“ (ebd., 238) verstanden, um mitentscheiden, die lokale Umwelt mitgestalten zu können. Im Kern geht es dabei um Grundsätzliches, um das Aufwachen der Zivilgesellschaft aus dem „Dornröschenschlaf“ der Unmündigkeit, um die „Fähigkeit eines jeden Individuums, aus dem Schneckenhaus von Abhängigkeit, Resignation und erlernter Hilflosigkeit auszuziehen und in eigener Kraft Autonomie, Selbstverwirklichung und Lebenssouveränität zu erstreiten.“ (Alisch 2001, 237 zit. n. Herriger 1996, 290)

Empowerment bezieht sich somit auf alle Beteiligten im Quartier, denn erst gebündelt kommt es zu einer Kraftentfaltung des gesamten Raums. Damit einher geht eine politische Neuorientierung, die den Wandel von einer kompensatorischen Reparaturpolitik (Verhinderung einer Abwärtsspirale) zu einer aktiv-gestaltenden Politikauffassung vollziehen soll. „Aktiv-gestaltend“ (ebd., 223) sind die neuen Schlüsselbegriffe. Man hofft, dass damit, unter Ausschöpfung aller vorhandenen Potentiale, ein positiver Entwicklungsprozess initiiert werden kann, der zu einer Aufwertung *aller* Stadtteile führt. Menschliche Qualitäten, Empowerment sind ja gerade dort zu erwarten, wo „aus den sozialen Lebenswelten noch keine ‚sozialen Brennpunkte‘ geworden sind.“ (ebd., 43) Die neue Sichtweise gründet sich nicht mehr vorrangig auf soziale Hilfestellung und sozialen Ausgleich in benachteiligten Quartieren, sondern richtet sich auf die Stadt in ihrer Ganzheit. Der soziale Raum des Quartiers wird erweitert auf das gesamte Stadtgebiet.

4.2.4 Die Zivilgesellschaft – Fundament einer Entwicklung zur „Solidarischen Stadt“

Die allgemeine Grundannahme geht davon aus, dass Entwicklung nicht von „oben“ verordnet werden kann, sondern weitgehend von der Bevölkerung selbst ausgehen muss. Daher lenkt man das Augenmerk auf die Lebenspraxis der Menschen, auf die vielen Alltagsbegegnungen und -kontakte, wie sie ungezwungen auf ganz natürliche Weise zustande kommen. Auf der Mikroebene der Lebenswelten, so die Auffassung von Heike Herrmann, Barbara Lang und anderen Autoren, vollzieht sich funktional, was die Stadt zusammenhält. Die wachsende Bedeutung der Lebens- und Alltagswelt der Menschen bringt eine neue Sicht des Sozialen mit sich. Es definiert sich nicht mehr vorrangig als staatliches Versorgungswesen, sondern manifestiert sich in den alltäglichen Momenten der Begegnung, des kommunikativen Austauschs, „in sozialen Beziehungen oder Netzwerken, bei denen und in denen interagiert wird“ (Alisch 2001, 33). Das Soziale schöpft demzufolge aus einer Fülle von Alltagsereignissen, „vom bloßen Blickkontakt und alltäglichen Gesprächen bis hin zu gezieltem sozialem Handeln“

(ebd.). Auf diese Ressourcen kann die Stadt, können Quartiere auf jeden Fall zurückgreifen, stehen sie doch jederzeit und allen Beteiligten zur Verfügung.
Die Autorinnen weisen also darauf hin, dass das Soziale durch die Ausnützung aller sozialer Ressourcen vor Ort entsteht. Alle Akteure tragen soziales Potential in sich, das in den „informellen Spielarten" der Alltagsbegegnung, des alltäglichen Zusammentreffens und Interagierens zum Tragen kommt. Als „soziale Elemente" begründen die BewohnerInnen mit zunehmender Kontaktaufnahme und Vernetzung einen „sozialen Raum", der „in seinen vielfältigen konstitutiven Wechselwirkungen" (ebd., 35) einen komplexen Wirkungszusammenhang darstellt. Alle Akteure zusammen bilden somit ein soziales Gefüge, niemand ist davon ausgeschlossen, denn egal, was jemand tut oder nicht tut, vernetzt hat jedes Agieren Auswirkungen auf das Ganze, auf das Milieu in seiner Gesamtheit.

Fazit

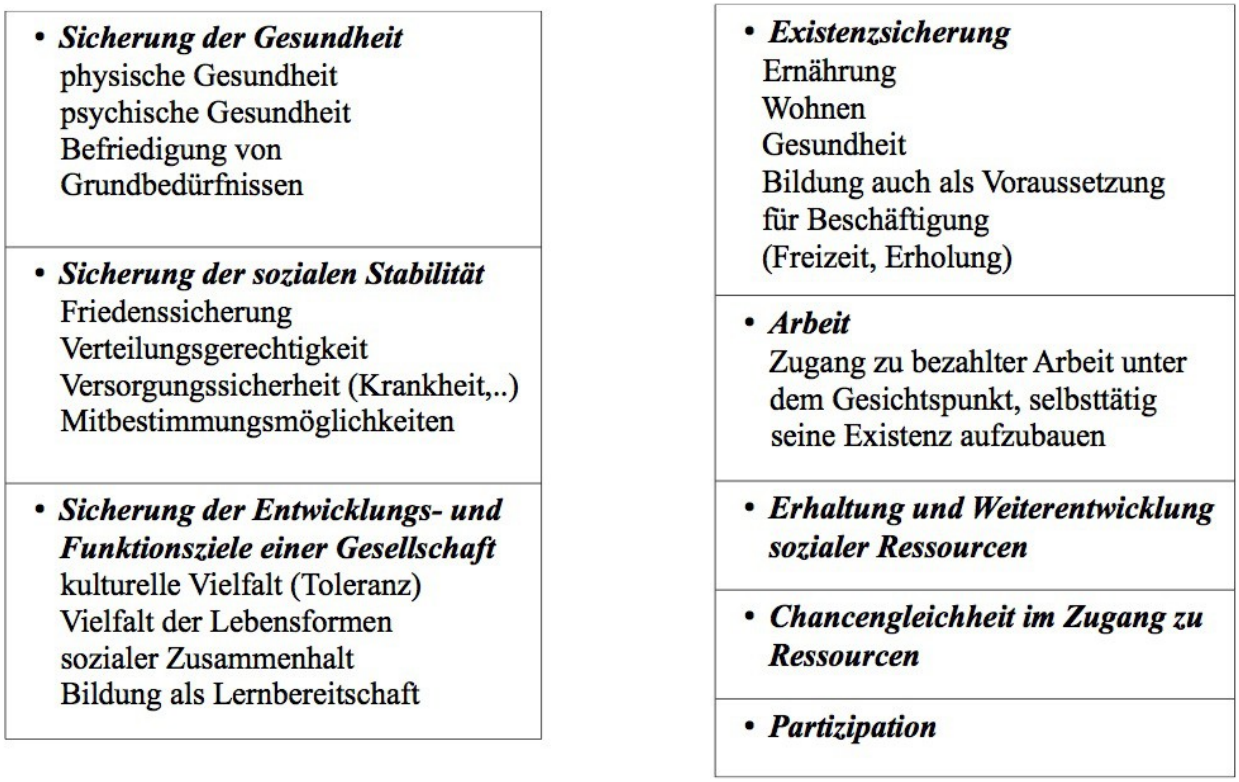
Soziale Stadtentwicklung ist also keine Episode im Entwicklungsprozess. Mit ihr setzt sich ein Perspektivenwechsel durch, der die Stadt nicht mehr als Sammelbecken oder bloßen Aufenthaltsort isolierter Einzelwesen wahrnimmt, sondern als ein in sich vernetztes, nach allen Seiten hin offenes Gemeinwesen. Das heißt, die Stadt erfährt aus dieser Perspektive wieder eine Verdichtung. Ihr Zusammenhalt gewinnt die Züge einer ortsgebundenen „Haus- und Lebensgemeinschaft", in der die einzelnen „Haus"genossen, jeder an seinem Platz, für alle sorgen. Die Ableitung von altgr. „oikos" (Haus- und Wirtschaftsgemeinschaft) legt daher nahe, dass auch die Ökonomie als unverzichtbarer Teil der Gesellschaft wahrgenommen wird und sie sich dementsprechend „an den lokal vorhandenen Bedürfnissen und Ressourcen orientiert." (ebd., 146) Die Wirtschaft – so die logische Konsequenz – kann auf diese Art wieder der Gemeinschaft dienen und darf nicht mehr nur partikulare Eigeninteressen verfolgen.
„Soziale Stadtentwicklung" ist somit ein integrativer Prozess, der alle lokalen Kräfte mit einschließt und die unterschiedlichsten Interessen zu einem einheitlichen Ganzen formt. . Der Weg zur „Solidarischen Stadt"[8], in der alle BewohnerInnen und Akteure auf einer Kultur gemeinsamer Lebensbewältigung aufbauen, ist damit vorgezeichnet.

[8] Das Leitbild der „Solidarischen Stadt" fußt bei Monika Alisch (2002) auf der Eigenständigkeit des Sozialen im Nachhaltigkeitsprozess. Sie unterscheidet in Bezug auf soziale Nachhaltigkeit *zwei* grundlegende Konzepte (Leitbilder) und betont: „‚Die Solidarische Stadt' ist eines dieser Leitbilder, ‚Nachhaltigkeit' ein anderes." (S. 217), wobei das Soziale und die Nachhaltigkeit als eigene Themenfelder behandelt werden. Auch der Stadtentwicklungsplan Wien geht von zu unterscheidenden Grundprinzipien aus (vgl. STEP 05, 22), hält aber in seiner Umsetzung am Grundmodell der Nachhaltigkeit: ökologische – ökonomische – soziale Nachhaltigkeit fest (ebd., 25).

5 Das Entwicklungskonzept von Claudia Empacher und Peter Wehling

In diesem Konzept steht die bedrohte Existenz und der Entwicklungsgedanke (individuell wie gesellschaftlich gesehen) im Vordergrund. Es geht klar auf die verschärften sozialen Bedürfnislagen der Menschen ein und rückt damit die soziale Dimension, also die „soziale Nachhaltigkeit", in den Mittelpunkt der Diskussion. Dagegen lag in den „Sozialen Schutz- und Gestaltungszielen" der Enquête-Kommission 1994 der Schwerpunkt noch auf dem Schutz der individuellen Gesundheit und im Weiteren auf stabilen gesellschaftlichen Verhältnissen. Eine Gegenüberstellung der beiden Konzepte - Enquête-Kommission 1994 und Empacher/Wehling-Konzept - kann das verdeutlichen.

Abb. 4 und 5: Vom Schutz der Gesellschaft (4) zum Aufbau und zur nachhaltigen Entwicklung der Gesellschaft (5)



Quelle: Vereinfachte Darstellung der „Sozialen Schutz- und Gestaltungsziele" der Enquête-Kommission des 12. Bundestages bzw. der Schlüsselelemente bei Empacher/Wehling 2002, 10

Leistbares Wohnen, ausreichende Ernährung, Arbeit als wichtigste Voraussetzung zur Existenzsicherung sind zu zentralen Problemfeldern geworden und haben daher oberste Priorität. Auch Bildung als wichtiger Zugang zu Beschäftigung und innovativer Lebensgestaltung, ebenso Gesundheitsvorsorge angesichts steigender Stressbelastung haben einen dementsprechend hohen Stellenwert. Die Sicherung der eigenen Existenz ist eindeutig schwieriger geworden. Bedrohung durch Armut, Arbeitslosigkeit mit all ihren negativen Folgen betrifft nicht nur die Entwicklungsländer, sie greift auch auf die Industrieländer über, weshalb die beiden Autoren an entwicklungspolitische Konzepte anknüpfen und auf grundlegende soziale Bedingungen für eine nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung aufmerksam machen. Das Konzept ist somit grundsätzlich auf Entwicklung ausgerichtet. Es ist keinesfalls als fertiges Rezept zu verstehen, sondern als Entwicklungsmodell, das von elementaren Bereichen sozialer Lebensgestaltung ausgeht (Kernelemente) und in ständiger Weiterentwicklung ein lebenswertes Dasein, individuell und auf Gesellschaftsebene, anvisiert.

Die Bedeutung der „konstitutiven Kernelemente“

5.1 Arbeit als Existenzsicherung. Die Bedeutung von Arbeit als Persönlichkeitsbildung

Wenn es darum geht, eine soziale „Entwicklung nicht nur *für*, sondern vor allem *durch* die handelnden Individuen“ (Empacher/Wehling 2002, 46) anzubahnen, – so die allgemeine Forderung – ist Arbeit eine der wichtigsten Ressourcen zur individuellen Existenzsicherung und zur Integration in die Gesellschaft. Auch für die Autoren Häußermann *et al.* (2008, 173) ist „[d]er Arbeitsmarkt […] nach wie vor die zentrale Arena, in der Entscheidungen über Lebenschancen der Menschen und damit über die Möglichkeiten ihrer persönlichen Lebensführung sowie ihrer sozialen, politischen und kulturellen Teilhabe fallen.“ Mit Arbeit und gerechter Entlohnung steht und fällt ein menschenwürdiges Dasein, das sowohl auf Befriedigung materieller wie auch immaterieller sozialer Bedürfnisse ausgerichtet ist. Für Letztere spielt Arbeit, nicht als freudloser Job, sondern als sinnerfüllte Tätigkeit aufgefasst, eine überaus große Rolle.

Schon die Enquête-Kommission 1994 legt einen besonderen Schwerpunkt auf die Qualität der Arbeit, jedoch mehr aus Gesundheitsgründen, während Arbeit als wesentlicher Teil eigener Kraftentfaltung, *als Bildung,* außer Acht gelassen wird.

Mit der Industrialisierung nahezu sämtlicher Arbeitsbereiche und dem Verschwinden vieler handwerklicher Klein- und Mittelbetriebe geht systematisch Sozial- und Humankapital verloren, Leistungspotential, Erfahrungswissen und Kompetenz, also Ressourcen, die ebenso soziale Vernetzung initiieren. Handwerkliches Schaffen geht nicht nur konkret auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ein, verstärkt damit persönliche Bindungen, den örtlichen Zusammenhalt, es bringt vor allem eigene Potentiale zur Entfaltung und wird zu einer Lernwerkstatt für echte Persönlichkeitsbildung, die sich der Schaffende selber verdankt. Dieses selbsterworbene Potential ist im Hinblick auf ein selbstbestimmtes Leben von allergrößter Bedeutung, heute wie in der Vergangenheit. Ein kurzer Rückblick macht das deutlich.
Gerade der produktive Sektor hatte die Tendenz zu ständigem Aufbau, Vervollkommnung des Produkts bis zur ausgereiften Qualität. Jede gelungene Werkschöpfung stärkt das Selbstvertrauen. Gleichzeitig stärkt es aber auch das Bewusstsein, durch einen wertvollen Dienst der Gesellschaft nützlich und in sie eingebettet zu sein. Selbsttätiges Werkschaffen als Quelle von Lebens- und innovativer Gestaltungskraft stellt ein äußerst wichtiges Fundament der Gesellschaft dar. Aufgrund dieser Arbeits- und Lebensauffassung werden nicht nur große (Kultur-)Werte geschaffen, der Mensch selber begreift sich als jemand, an dem ständig gearbeitet werden muss. Diese Aufgabe entwickelt nicht nur den Einzelnen, sondern auch die Gesellschaft nachhaltig weiter[9].

Mit der fortschreitenden Industrialisierung und der damit verbundenen Konsumorientierung gehen aber viele aufbauende Kräfte verloren. Fundiertes Erfahrungswissen und Kompetenz braucht keinen Job, um sich gerade noch über Wasser zu halten, sondern eine Einstellung, die die vorhandenen eigenen Kräfte entwickelt. Der Verlust an sinnerfüllender Tätigkeit und vor allem Arbeitslosigkeit führen zwangsläufig zur Verarmung an sozialen Ressourcen, letztlich auch dazu, dass schon manuelle Arbeit an sich ihren früheren Stellenwert einbüßt und zu minderwertiger Hilfsarbeit degradiert wird. Diese Tendenz wird immer deutlicher sichtbar, verstärkt durch den fortschreitenden Transformationsprozess zur Wissensgesellschaft, in die alle Hoffnungen gesetzt werden.

[9] Der Gedanke der sinnerfüllenden Tätigkeit und ihre positive Wirkung auf den Menschen geht auf Joachim Bauer (2013) zurück.

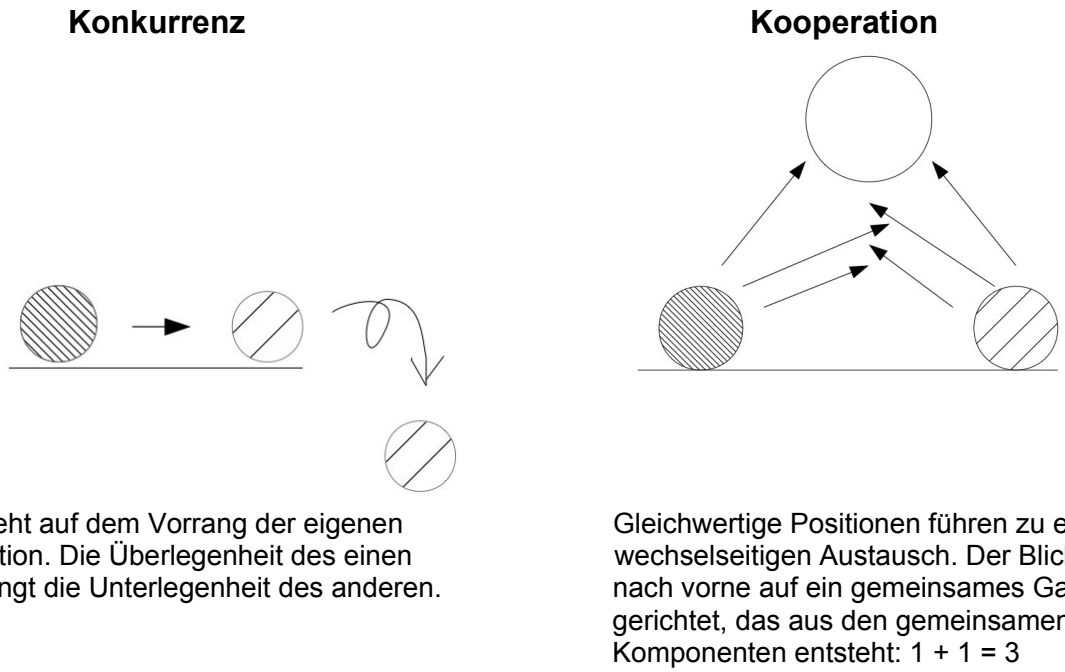
5.2 Arbeit als Lernschule für soziale Vernetzung

Dass verschiedene Arbeiten bestimmte Eigenschaften erfordern wie Geduld, Einfühlungsvermögen, Ausdauer etc. und diese auch entwickelt werden, steht sicher außer Zweifel. Richard Sennett (2012) geht aber einen Schritt weiter. Für ihn hat der Umgang mit Körperlichem, Physischem auch Erfahrungswert für den Umgang mit Menschen. Das heißt: „Wer als Handwerker Geschick in der Herstellung von Dingen erwirbt, entwickelt körperliche Fähigkeiten, die sich auch auf das soziale Leben anwenden lassen." (S. 267) Die Art der Bearbeitung, *wie* der Schaffende an seine Arbeit herangeht, findet ihr Äquivalent im sozialen Bereich. Wie im Handwerk eine anfangs noch ungeschliffene eher robuste Herangehensweise langsam zu einer Einstellung führt, sich selber zurückzunehmen, auf die Eigenart des zu bearbeitenden Gegenstandes einzugehen, um mit weniger Druck und verfeinerter Klinge wesentlich mehr zu erreichen, ist dieser Entwicklungsschritt auch für einen Gesprächsverlauf von entscheidender Bedeutung.

Analog zur Werkebene neigt der Großteil der Menschen zu einer Einstellung, die von der Überlegenheit des eigenen Standpunktes überzeugt ist, den Gesprächspartner oft gar nicht zu Wort kommen lässt, weil im Grunde nur die eigene Meinung zählt. Erst in einem nächsten Schritt wird erkannt, dass man mit weniger Energie, mit einem bescheidenen Auftreten, das auch dem Gegenüber mehr Raum gibt, besser ans Ziel kommt. Der alles entscheidende Fortschritt wird aber erst in einer dritten Phase sichtbar. Sie zeichnet sich durch ein Bewusstsein aus, es gibt nicht nur *einen* Weg, der zum Ziel führt, sondern viele. Der Werktätige „lernt, ein und dasselbe Problem auf unterschiedlichen Wegen anzugehen", er verfügt über „einen ganzen Köcher von Fertigkeiten, die sich jeweils besonders für die Ausführung bestimmter Aufgaben eignen." (ebd., 270) – Auf die soziale Dimension, die Gesprächsebene übertragen, heißt das: Beide Gesprächspartner haben die Fähigkeit erworben, sich in die Rolle des Anderen zu versetzen und somit mindestens zwei oder mehrere Standpunkte aus einer übergeordneten, objektiven Position abzuwägen. Ohne den Anderen beherrschen zu wollen, sind Meinungen nur noch Möglichkeiten, von denen das jeweils Zielführende ausgewählt werden kann und im besten Fall sogar zu einem neuen Gesichtspunkt führt. Auf dieser Stufe sind die Beteiligten nicht mehr auf sich bezogen, sie sind zu gleichen Teilen nach außen auf ein übergreifendes Drittes gerichtet. Kooperation will also gelernt sein. Das ist die zentrale Botschaft, die R. Sennett vermitteln will. Der Schlüssel zu diesem Denkmuster liegt aber in der Zurücknahme der Überbetonung eigener Vorstellungen, sodass andere gleichberechtigt zu Wort kommen können.

Prinzipielle Gleichwertigkeit, der Abbau jeglicher Hegemonie, das ist die eigentliche Basis, auf der Kooperation wachsen und gelingen kann. Je ungezwungener und unaufdringlicher dabei ans Werk gegangen wird, umso größer sind die Chancen auf Erfolg.

Abb.6 Konkurrenz und Kooperation basieren auf sozialen Einstellungen. Versuch einer graphischen Darstellung.



Quelle: eigene Darstellung

Im letzten Abschnitt wurde versucht, den Aspekt der Gleichwertigkeit für soziale Annäherung und Zusammenarbeit hervorzuheben, sodass es nahe liegt, im Zugeständnis gleicher Lebenschancen den Hauptansatz für soziale Integration und ein funktionierendes Gemeinwesen zu sehen.

5.3 „Chancengleichheit im Zugang zu Ressourcen" – Ohne Zugang zu Ressourcen keine Entwicklungsmöglichkeit

Mit dem Schlüsselbegriff „Chancengleichheit im Zugang zu Ressourcen" verbinden die Autoren Empacher und Wehling (2002) aber mehr als nur die Forderung nach allgemeiner Gleichbehandlung. Gleichberechtigter Zugang zu den zentralen gesellschaftlichen Einrichtungen

und Angeboten betont den Anspruch jeden Bürgers, eigenständig über vorhandene Mittel zu verfügen, um „aktiv und produktiv am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen“ Leben teilnehmen zu können (ebd., 46). Gleichberechtigte Teilhabe an den vorhandenen Ressourcen ermöglicht eine aktive Lebensgestaltung als Vollmitglied der Gesellschaft, man gehört dazu. Was sich aber sofort ins Gegenteil verkehrt, wenn bspw. der Zugang zu ausreichender Gesundheitsversorgung, zu weiterführender Bildung versperrt ist, wenn vor allem zu niedrige Einkommen oder Arbeitslosigkeit über Teilhabe oder Ausgeschlossensein von Lebensqualität entscheidet. Soziale Integration und ihr Gegenteil, Entsolidarisierung, Zugehörigkeit zur Gesellschaft oder Ausschluss von derselben sind aufs Engste mit Chancengleichheit verknüpft, inwieweit vorhandene gesellschaftliche Ressourcen zur Verfügung stehen oder nicht.

Soziale Ungleichheit, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich hat ihre Wurzeln in der Missachtung gleicher Lebenschancen. Wie elementar aber eine ungerechte Chancenverteilung in das Leben der Menschen eingreift und die Gesellschaft entzweit, wird vor allem in Entwicklungsländern deutlich. Hier ist für jedermann offenkundig sichtbar und evident, wie es zu extremen prekären Verhältnissen kommt, warum der Zugang zu Ressourcen eine so entscheidende Rolle spielt:
Finanzkräftige Firmen und Großkonzerne sind nach wie vor an Rohstoffressourcen der Entwicklungsländer interessiert, und zwar in einem Ausmaß, das bis zur totalen Erschöpfung der Reserven geht. In Zusammenarbeit mit den dortigen Eliten erhalten sie den erwünschten Zugang, weil auch die Gesetzeslage noch keine Schranken wie in den Industriestaaten setzt. Vor allem dadurch ist der rücksichtslosen Ausbeutung Tür und Tor geöffnet. Auf der Strecke bleibt die Bevölkerung, denn der werden durch den Verkauf von Besitz- und Nutzungsrechten Existenzgrundlagen entzogen, mit den heimischen Rohstoffen Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, ein bescheidenes Gewerbe aufzubauen und auf diesen Grundlagen sich weiterzuentwickeln. Stattdessen ist das Gegenteil der Fall. Statt von den landeseigenen Ressourcen profitieren zu können, hat die Bevölkerung noch die Belastung ihrer kontaminierten Umwelt zu tragen. Wer es nicht mehr schafft unter den destruktiven Bedingungen zu leben, versucht in der Großstadt Fuß zu fassen, wie viele, denen im wahrsten Sinn des Wortes der Boden unter den Füßen entzogen wird.
Dieses Grundmuster, dass weltweit vernetzte Großunternehmen systematisch Ressourcen an sich ziehen, die die Bevölkerung zu ihrer (Weiter-)Entwicklung braucht, ist nicht auf Entwicklungsländer beschränkt. Ähnliche Mechanismen sind nach Saskia Sassen auch in den

Industrieländern zu erkennen[10] (vgl. Sennett 2012, 336f). – Unter der Doktrin des „Freien Marktes“ können vor allem Großkonzerne in allen Branchen und Industriezweigen tätig sein und nach dem Supermarkt-Prinzip mit einem möglichst breit gefächerten Produktangebot die Kaufkraft einer Region abschöpfen. Dazu dient der Ausbau eines flächendeckenden Filialnetzes bis in die letzten noch offenen Räume, sodass möglichst alle vorhandenen Ressourcen an Geld bzw. Kaufkraft in die Hand des Konzerns gelangen. Die Folge davon ist: Die alles beherrschenden Megastrukturen werden noch stärker, klein- und auch mittelständische Betriebe (v.a. das Gewerbe) können mit einem Großraumsystem gar nicht mithalten und müssen den globalen Playern das Feld überlassen. Von Chancengleichheit und fairem Wettbewerb kann keine Rede sein, wenn länderübergreifende Großkonzerne Lohn- und Produktherstellungskosten so weit wie möglich nach unten drücken, um größtmöglichen Gewinn zu erzielen, wenn sie mit einem weitverzweigten Netz an Standorten den Großteil der Kaufkraft (Geldkapital, Ressourcen) an sich ziehen und gerade dadurch zu enormen Machtkomplexen anwachsen. – Lokal und regional „generierte Gewinne werden exportiert“ (ebd., 336), Kapital, das den Gemeinden verloren geht, das sie aber für die Entwicklung des Gemeinwesens notwendig brauchen. Der „Freie Markt“ dient bei genauer Betrachtung der Konzentration von Geld und Macht, während die Mehrheit der Bevölkerung in die Abhängigkeit gerät. Der immer wieder propagierte freie Wettbewerb, jeder hätte die gleichen Chancen, kann angesichts der Überlegenheit von Großunternehmen gar nicht stattfinden. Er ist, um mit Christian Felber (2010) zu sprechen, nur möglich in einem Wirtschaftsmodell, in dem die Ökonomie wieder dem Gemeinwohl dient und nicht umgekehrt, in dem zumindest annähernd gleiche Ausgangspositionen herrschen.

5.4 Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen

Mittun in der Gruppe ist bei Kindern eine Selbstverständlichkeit, vorausgesetzt, sie sind als Gruppenmitglied akzeptiert. Erwachsene hingegen sind für ein Mitgestalten der gemeinsamen Lebenswelt schon viel schwerer zu gewinnen, vor allem, wenn unsoziale und undemokratische Verhältnisse zunehmen, ein Gemeinschaftsgeist auf der Gesellschaftsebene verloren geht. Die krasse Ungleichheit zwischen einer besitzenden und einer in die Abhängigkeit manövrierten Bevölkerungsschicht, der Reichtum auf der einen, der Überlebenskampf an der Armutsgrenze auf der anderen Seite, wie soll bei derartigen Strukturen ein Bewusstsein gemeinsamer Lebensgestaltung aufkommen?

[10] Saskia Sassen vergleicht die Funktionsweise der Handelsökonomie mit der kolonialen Ausbeutung von Bodenschätzen.

Unter diesen undemokratischen Lebensbedingungen, täglich vorgeführt zu bekommen, dass man nicht dazugehört, ist eine Absage an das gesamte System die Folge. Die Menschen melden sich innerlich von der Gesellschaft ab, ziehen sich auf das zurück, was ihnen niemand nehmen kann: auf den Privatbereich. Die Autoren Häußermann *et al.* (2008, 200) sprechen in diesem Zusammenhang von einer „inneren Kündigung gegenüber der Gesellschaft". Der Rückzug auf sich selbst steht aber dem Partizipationsgedanken klar entgegen. Um das Bedürfnis nach Mitentscheiden, ein Demokratiebewusstsein zu entwickeln, nützen bloße Aufforderungen und Appelle sehr wenig. Die oben beschriebenen Defizite können auch nicht bei Wahlen im 4- oder 5-Jahresrhytmus aufgeholt werden, sondern Demokratie muss in einem viel höheren Ausmaß erlebbar sein. – Was Heike Herrmann und Barbara Lang für die Bildung von sozialen Strukturen auf Ebene der Lebenswelt anregen, hat auch für demokratische Mitbestimmung seine Gültigkeit. Das heißt, der Anstoß muss von „unten" kommen, er muss in erster Linie von der Alltagswelt ausgehen.

5.5 Beispiele möglicher demokratischer Mitbestimmung im Alltag

Die Beispiele für mögliche demokratische Mitbestimmung im Alltag sind vielfältig und kommen vor allem dort zum Tragen, wo ein Hierarchieabbau unter den Bevölkerungsschichten selbst angezeigt ist.
Ein Kunde ist durchaus nicht gezwungen, ein Produkt ohne Wenn und Aber in Empfang zu nehmen, um dann zu Hause über die Gebrauchsanweisung die Funktion(en) genau erklärt zu bekommen. Er kann schon an Ort und Stelle hartnäckige Fragen stellen, das Produkt mitunter in einem längeren Prozess des Für und Wider ausprobieren und nicht bloß sofort zugreifen, sondern feilschen, wie es in bestimmten Ländern üblich ist, und so das Verkaufsgeschehen auf eine zwischenmenschliche partnerschaftliche Ebene heben.
Ebenso können Patienten in der Arztpraxis darauf hinarbeiten, dass sie eigene Vorstellungen, was ihnen gut tun könnte, einbringen, nicht alles unbesprochen hinnehmen und so eine Behandlung auf Augenhöhe erreichen. Erst dadurch wird der Arzt zum echten Helfer, für den die mitmenschliche Ebene zählt und nicht die Überlegenheit seines Wissens, das den Patienten gewissermaßen an die hohe Medizin ausliefert.

Es hängt also sehr von den Menschen selber ab, ob hierarchische Strukturen zugunsten demokratischer abgebaut werden, ob beispielsweise der Verwaltungsbeamte von oben herab

agiert oder Verständnis bei Unwissenheit von Vorstelligen zeigt, ob ein Passant eine freundliche Antwort bekommt oder als lästiger Fragesteller abgewimmelt wird.

Die Alltagsebene bietet somit ein weites Experimentierfeld, Demokratiebewusstsein in Alltagsbegegnungen zu stärken. Sie verweist aber ebenso darauf, auch Partizipation unterliegt einem Lernprozess, der erst die Erfahrungswerte schafft, *wie* es gelingt, sich einzubringen, seinen Standpunkt zu vertreten und diesen mit anderen Vorstellungen konsensual in Einklang zu bringen. Im freien Aushandlungsprozess wächst eine demokratische Gesinnung automatisch mit, eine Gesprächskultur, die grundsätzlich von einer Meinungsvielfalt ausgeht und keinen Standpunkt von vornherein verwirft. Der Ansatz, Mitbestimmung als notwendigen Lernprozess in alltäglichen Begegnungen, auch in Auseinandersetzungen, aufzufassen, ist nicht nur ein Weg, um demokratische Strukturen zu initiieren und weiterzuentwickeln, er bildet ebenso die Grundlage für mehr Engagement und mitverantwortliche Bürgerbeteiligung zur Erhaltung und Weiterentwicklung des Gemeinwesens. Um dieses Ziel und das einer erweiterten Demokratisierung zu erreichen, ist für die Autoren Empacher und Wehling (2002) eine Demokratieauffassung wenig hilfreich, die eine einmal erworbene soziale Errungenschaft als automatischen Dauerzustand betrachtet, auf dem man sich ausruhen kann. Dem stellen sie ein aktives und dynamisches Demokratieverständnis entgegen, dass „Demokratie kein starres Muster institutioneller Strukturen darstellen sollte, sondern einen offenen Prozess gesellschaftlicher Selbstregulierung." (S. 52)
Übersetzt heißt das: Demokratie bedarf der Mitwirkung aller (möglichst vieler) Gesellschaftsmitglieder. Sie erhält und erweitert sich in einem Prozess ständiger Erneuerung. Die Vorstellung, mit einem verbrieften Wahlrecht sei schon alles getan, schafft keine Voraussetzung, mehr Demokratiebewusstsein in der Gesellschaft zu verankern.

5.6 Resümee

Die Reduzierung auf fünf soziale Kernelemente, die trotzdem die wesentlichen menschlichen Grundbedürfnisse abdecken[11], macht das Entwicklungskonzept von Claudia Empacher und Peter Wehling überschaubar und schon deshalb für eine konkrete Umsetzung geeignet. Dazu tragen Bedürfnisse schon an sich bei, sind sie doch aufs Engste mit der konkreten Gestaltung der

[11] Die angesprochenen Kernelemente können sowohl als Voraussetzungen für gesellschaftliche Entwicklung als auch als individuelle Bedürfnisse aufgefasst werden.

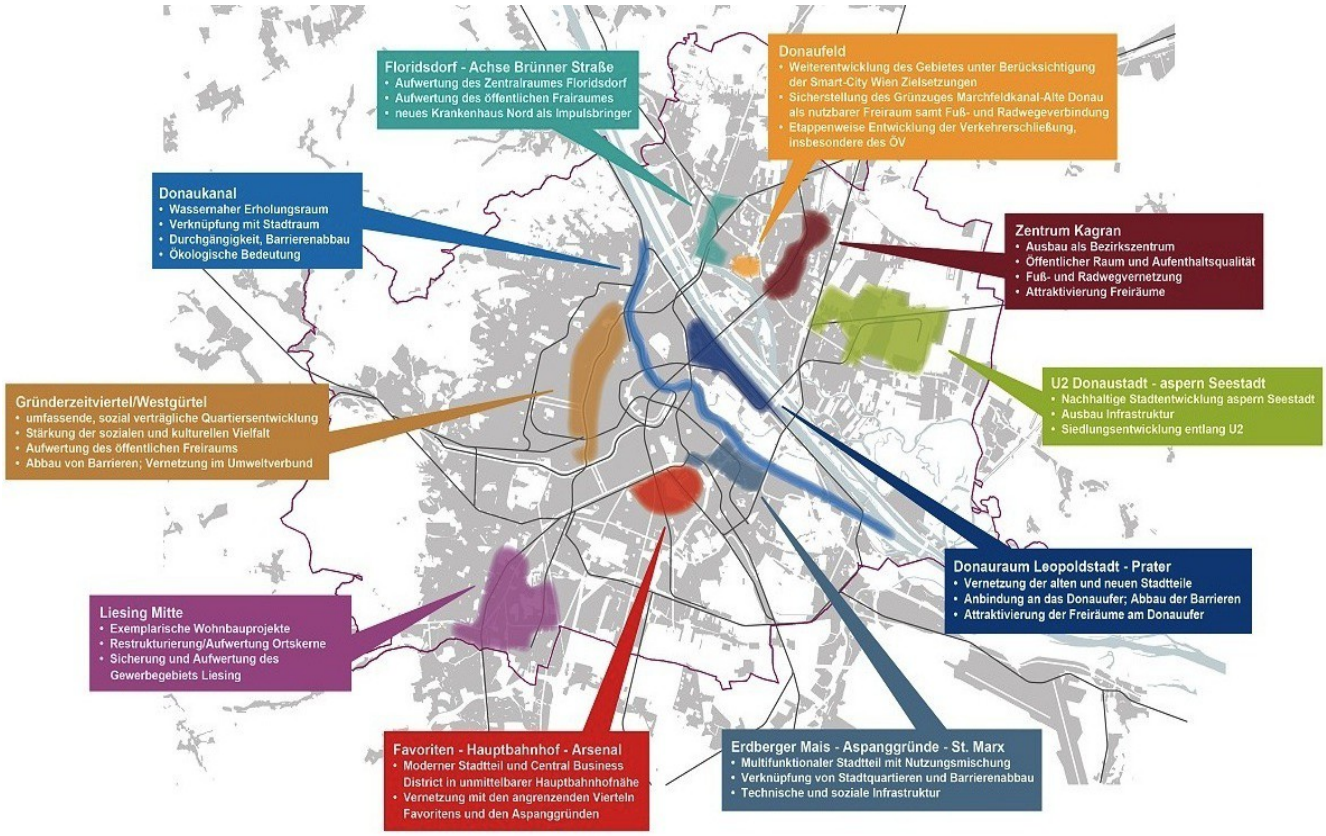
Lebenswelt verbunden. Wohnen, Existenzsicherung durch Arbeit, Einbettung in ein soziales Umfeld, die Forderung nach Gleichberechtigung und Mitsprache in der Gesellschaft sind demzufolge nicht nur unverzichtbare Grundbedürfnisse, sondern gleichzeitig soziale *Gestaltungselemente*, die ein enormes Entwicklungspotential in sich tragen. Als gesellschaftsbildende Kräfte tragen sie wesentlich dazu bei, dass die Stadt in ihrer Gesamtheit zu einem in sich vernetzten, kompakten Gemeinwesen zusammenwächst. Sehr entscheidend ist dabei: Die Gesellschaft als solche gewinnt wieder ihre Bedeutung als einigende Kraft, die imstande ist, alle politisch relevanten Akteure einschließlich der Wirtschaft in ein gemeinsames soziales Netz zu integrieren und damit einen grundlegenden Perspektivenwechsel herbeizuführen: Nicht die Ökonomie ist die entscheidende Grundlage der Gesellschaft, nach dem Motto „Geht‘s der Wirtschaft gut, geht’s allen gut“, sondern eine solidarische, demokratische Gesellschaft bildet die Grundlage für eine prosperierende Wirtschaft im Interesse aller. Demzufolge führt die Rückbesinnung auf soziale Werte zu einer gesellschaftspolitischen Neuorientierung, „dass gesellschaftliche Entwicklung weniger eine Folge als vielmehr eine Voraussetzung von stabilem Wirtschaftswachstum“ darstellt (Empacher/Wehling 2002, 23). Das heißt, eine nachhaltige Gesellschaftsentwicklung beruht in erster Linie auf sozialen Fundamenten, auf sozialer Gestaltung der individuellen Lebensbedingungen und des Zusammenlebens als Gesellschaft. Das Soziale erhält dadurch einen Eigenwert und eine Eigendynamik, sodass Solidarität und demokratische Erneuerung zum Leitbild einer Gesellschaft werden.

6 Neue Perspektiven im Stadtentwicklungskonzept der Stadt Wien – Vom Versorgungs- zum Entwicklungsprinzip

Seit sich viele Städte dem Nachhaltigkeitsgedanken verpflichtet haben, hat in der Auseinandersetzung mit innerstädtischen Problemlagen ein entscheidendes Umdenken stattgefunden: weg von einer „bloß reaktiven“ (Alisch 2002, 206), kurzfristig orientierten Politik, um Problemsituationen zu entschärfen, hin zu einer aktiv-gestaltenden Politik, die den Blick auf die Stadt in ihrer Gesamtheit richtet und im Sinn von Empowerment die Qualitäten und innovativen Kräfte einer Stadt zur Entfaltung bringt. Statt ausgleichendem Reparaturdienst ist offensives Gestalten und Entwickeln von vorhandenen Potentialen zum Leitbild geworden. Dazu hat ein sehr entscheidender Perspektivenwechsel beigetragen, eine neue Sichtweise, die den städtischen Wohn- und Lebensraum nicht mehr aus zusammengesetzten Puzzleteilen sieht, sondern als einen in sich vernetzten komplexen Wirkungszusammenhang begreift.
Alisch spricht in diesem Zusammenhang von dem „total vernetzten System Stadt“ (2002, 210f), in dem die wechselseitige Beeinflussung aller Komponenten ein Grundprinzip darstellt, das schon in sich die Dynamik aktiven Wohnens und Gestaltens, also von Entwicklung mit einschließt. Stadt ist demnach nur als ganzheitlicher, in ständiger Entwicklung befindlicher Gesellschaftskörper zu verstehen. Diese Sicht ist einer der wesentlichen Ansätze, vom Stadtganzen auszugehen und städtische Potentiale als Grundlage einer zukunftsorientierten Stadtentwicklung zu betrachten.

Von dieser Gesamtperspektive geht die Stadt Wien im Stadtentwicklungsplan (STEP 05, 2025) aus. Nicht einzelne Stadtteile stehen im Blickfeld, sondern die Gestaltung und Aufwertung aller Stadtgebiete, unter Berücksichtigung strategischer Schwerpunkte, die für die Gesamtentwicklung von besonderer Bedeutung sind. Der Plan beinhaltet den Ausbau aller Stadtqualitäten, der Natur- und Grünräume, Potenzialflächen mit wirtschaftlichen Standortvorteilen bis zur Nutzung von Baulücken oder von Gehsteigflächen als Begegnungs- und erweiterter Bewegungsraum. Es handelt sich also um den Ausbau aller nur denkbaren Entwicklungsmöglichkeiten bzw. aller vorhandenen Potentiale und Ressourcen (vgl. STEP 05, 32; STEP 2025, 28).

Abb.7: 13 Zielgebiete der Stadtentwicklung – Besondere Herausforderungen und Entwicklungspotenziale



Quelle: wien.gv.at

Das ist im Kern die Antwort auf den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturwandel, der nach M. Alisch mit zunehmender Globalisierung die Handlungsspielräume der Städte nicht einschränkt, sondern „erst recht zu politischen Gestaltungsmöglichkeiten und -anforderungen“ führen kann (2002, 205 zit. n. Greven 2000, 7). Letzteres ist für die Stadt Wien gegeben, kommen doch gerade dieser Stadt die veränderten globalen Rahmenbedingungen zugute.

Mit der Osterweiterung der Europäischen Union rückt Wien ins Zentrum des europäischen Binnenmarktes. Diese geopolitische Lage, als Schnittstelle zwischen Ost und West, Nord und Süd, räumt Wien eine besondere Stellung ein, wobei die Stadt politisch und vor allem wirtschaftlich mehr Gewicht bekommt, aber auch als Kulturmetropole und Ort von hoher Lebensqualität eine Aufwertung erfährt. Mit Blick auf eine grenzüberschreitende Vernetzung und Zusammenarbeit mit benachbarten Stadtregionen kommt Wien beim Ausbau der Wirtschaftsregion CENTROPE (Kooperationsraum im Vierländereck: Österreich – Tschechien – Slowakei – Ungarn) eine Schlüsselrolle zu.

Abb. 8 CENTROPE

Neue Positionierung Wiens in Ost- und Mitteleuropa als regionales Zentrum: idealer Sitz für Konzerne und Knotenpunkt der internationalen Wirtschaft

Quelle: 2015 - CENTROPE Consulting s.r.o.

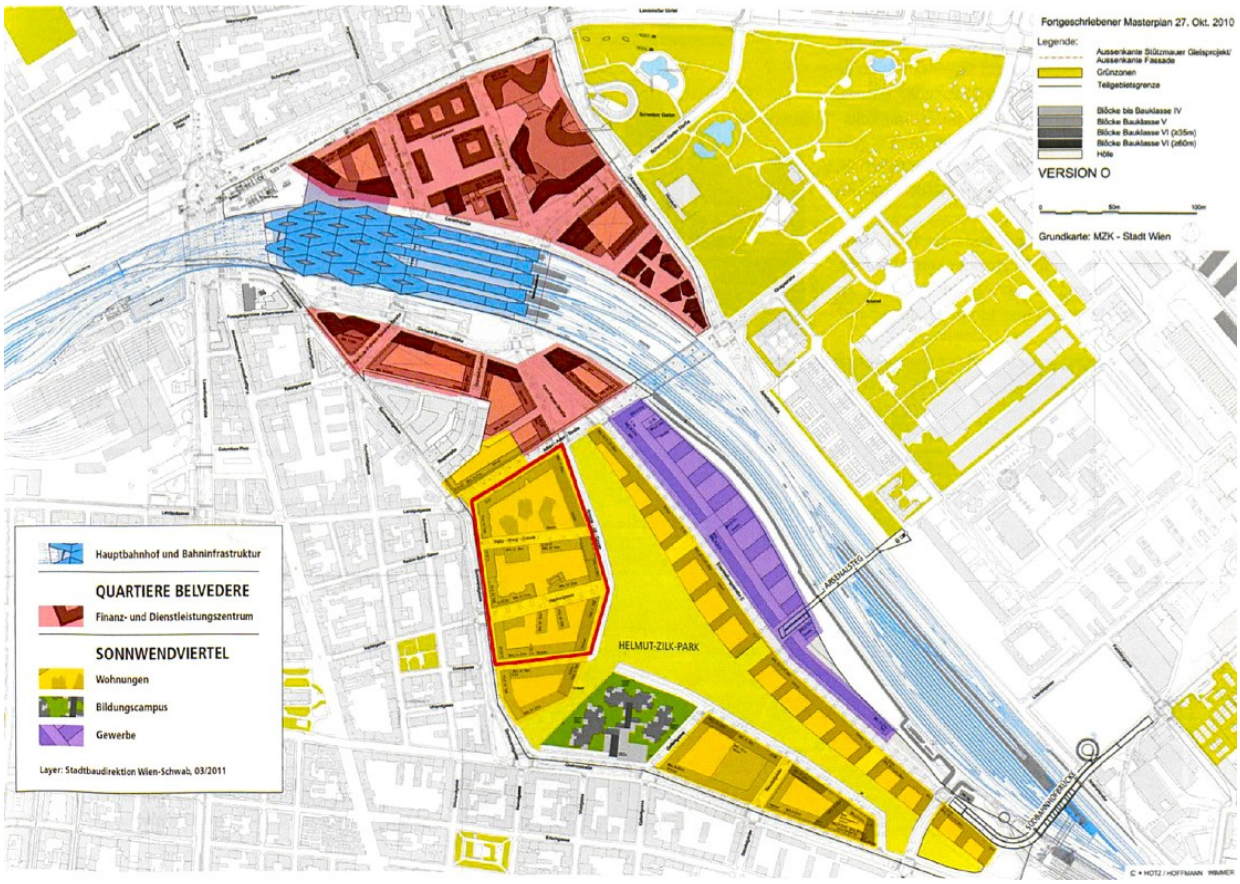
Als Millionenstadt und städtischer Großraum hat Wien die Kapazitäten, „den international agierenden Unternehmen beste Voraussetzungen zu bieten“ (STEP 05, 32), um „von Wien aus Teilunternehmen und Märkte in Mittel- und Osteuropa [zu] steuern.“ (ebd., 33) Die gute Erreichbarkeit, die zentrale Lage für den Ausbau wirtschaftlicher Aktivitäten, Natur- und Umweltqualität sind eindeutige Standortvorteile. Zudem besitzt Wien ein Flair, das über ökonomische Gesichtspunkte weit hinausgeht, sein Erscheinungsbild ist v. a. durch die Schwerpunkte Kultur und Kunst geprägt, Qualitäten, die als „soft skills“ einzuordnen sind. Gerade das kulturelle Erbe seiner imperialen Vergangenheit verleiht der Stadt große Anziehungskraft, nicht nur für Kulturliebhaber, sondern auch für Wirtschafts- und Geschäftsleute, wie u.a. die Zahlen internationaler Kongresse demonstrieren (vgl. Hatz 2008, 321f).

Das umfassende Stadtentwicklungskonzept ist nach außen wie nach innen gerichtet, auf großräumige Vernetzung im internationalen Wettbewerb wie auf eine Stärkung der inneren gesellschaftlichen Strukturen. Letzteres soll durch eine umfassende Einbeziehung der BewohnerInnen als MitgestalterInnen im Entwicklungsprozess erreicht werden. Aus der Sicht einer aktiv-gestaltenden Stadtpolitik stellen also die Menschen, die BewohnerInnen neben Umweltqualität und Wirtschaftspotential die wichtigsten Ressourcen dar.
Die soziale Komponente im 3-Säulen-Modell – die soziale Nachhaltigkeit – stellt im Entwicklungsprogramm der Stadt Wien also einen integrierten Bestandteil dar. Ihre praktische Umsetzung soll im Folgenden ausführlicher beschrieben werden.

6.1 Wie aus einer „Gstettn“ ein neuer Stadtteil entsteht

Das neu zu errichtende Quartier „Sonnwendviertel“ befindet sich in einem Gebiet, das sehr gute Voraussetzungen für eine Stadtentwicklung im oben genannten Sinn bietet: die unmittelbare Nähe zum neuen Hauptbahnhof, die zentrale städtische Lage mit guter Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz und Brachland - das ehemalige Areal des Frachtenbahnhofs - mit weitreichenden Gestaltungsmöglichkeiten (vgl. hauptbahnhof-wien.at).

Abb. 9: Masterplan des Projektgebietes. Hotz/ Hoffmann/Wimmer



Wie der Plan zeigt, sind die Wohnbauten um einen 8 ha großen Park gruppiert, der hohe Lebensqualität für die QuartiersbewohnerInnen und für die angrenzenden Stadtteile bieten soll. Er bildet als offener Grünraum mit weitläufiger Durchwegung Erholungsraum für alle Altersgruppen und fungiert ebenso als Brückenkopf, um abseits vom motorisierten Straßenverkehr in benachbarte Bezirke zu gelangen. Der sich im Areal befindende Bildungscampus hat eine zentrale Bedeutung für das gesamte Stadtgebiet, einschließlich dem Altbestand. Wohnen, Bildung, Grünraum bilden somit die Schwerpunkte (vgl. sonnwendviertel.at).

Um den hohen Qualitätsansprüchen gerecht zu werden, haben Bauträgerwettbewerbe, vorläufig nur als einstufige Verfahren, für eine große Bandbreite bestmöglicher Lösungsansätze gesorgt. Dabei wurde erstmals neben Architektur, ökologischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten auch die Umsetzung der sozialen Dimension – s*oziale Nachhaltigkeit* – als Qualitätskriterium thematisiert und festgelegt. Bauträger, Architekten und Fachexperten für den sozialen Bereich hatten zur Aufgabe, Lösungen zu finden, wie soziale Elemente und Aspekte im Wohnbau Eingang finden können. Im Folgenden sind die wichtigsten Komponenten, die hinsichtlich Wohnen und Nachhaltigkeit größte Priorität und Relevanz besitzen, aufgelistet:

Abb. 10: Kriterien der Sozialen Nachhaltigkeit aus dem Beurteilungsblatt

1. Alltagstauglichkeit
• Nutzungsneutrale, flexible Räume • Ausreichend Stauräume • Möblierbarkeit mit Normmöbeln • Geeignete Fahrrad- und Kinderwagenabstellräume • Angstfreie und barrierefreie (Außen-)Räume • Qualität der wohnungseigenen Freiräume • Maßnahmen zur Erhöhung der Wohnsicherheit
2. Kostenreduktion durch Planung
• Dauerhaft sozial gebundene Wohnungen • Wirtschaftliche Grundrisse und flächenökonomische Erschließung • Kompaktheit des Baukörpers • Minimierung der Instandhaltungskosten des Gebäudes und der Außenbereiche • Alternative Stellplatz- und Mobilitätskonzepte anstelle von (Tief-)Garagen
3. Wohnen in Gemeinschaft
• Allgemeinflächen und Begegnungsbereiche: Mehrfachnutzung, kommunikative Qualitäten • Lage und Ausstattung der Gemeinschaftsräume • Klare Nutzungs- und Betreuungskonzepte für Gemeinschaftsräume und -flächen • Aneigenbarkeit der (Außen-)Flächen durch unterschiedliche Nutzer- und Altersgruppen, vor allem auch durch Jugendliche, Berücksichtigung lärmintensiver Nutzungen, Robustheit der Materialien • Hausorganisation, „Hausbesorger neu“ • Mitbestimmungskonzepte bei Planung, Bau und Nutzung, Betreuung bei Selbstbau (Baugruppen) • Identität der Wohnanlage, überschaubare Nachbarschaften • Künstlerische Interventionen

4. Wohnen für wechselnde Bedürfnisse
• Soziale Durchmischung durch Einbindung unterschiedlicher Wohnformen • Angebote für spezifische Nutzergruppen, bei Personen mit Betreuungsbedarf in Kooperation mit einem Betreiber • Vernetzung mit vorhandener sozialer Infrastruktur • Spezielle Angebote für unterschiedliche (Wohn-)Kulturen • Kombination Arbeiten und Wohnen, z.B. durch wohnungsnah zumietbare Räume • Nutzungsflexible Räume im Erdgeschoß

Quelle: wohnfonds_wien 2009

Diese für die Bauträger erstellte Kriterienliste bildet in den wesentlichen Punkten den Rahmen für die folgende Projektdarstellung. Kostenreduktion bzw. leistbares Wohnen ist darin ein zentraler Schwerpunkt, der soziale Wohnpolitik als Existenzsicherung voraussetzt.

6.2 Soziale Wohnpolitik als Existenzsicherung

Die Stadt Wien versucht durch ein umfassendes soziales Wohnbauprogramm, aufbauend auf den Kriterien der „Sozialen Nachhaltigkeit“, dem Nachfragedruck und dem steigenden Preisniveau am privaten Wohnungsmarkt entgegenzuwirken. Hierbei ist Leistbarkeit und gleichzeitig eine hohe Wohn- und Lebensqualität oberstes Prinzip, denn man möchte verhindern, dass menschengerechtes Wohnen zur Privatsache, geschweige denn zum Luxusgut wird, auf das nur Gutverdienende Anspruch haben. Dieses Grundkonzept soll der Stadt und im Besonderen dem neuen Stadtteil zugutekommen. Erstmalig „müssen Wohnprojekte, die von der Stadt Wien gefördert werden, dem zusätzlichen Bewertungskriterium ‚Soziale Nachhaltigkeit‘ entsprechen.“ (Interview mit Stadtrat Michael Ludwig, Perspektiven Heft 5_6|12, 12)
Um leistbares Wohnen von Grund auf, also schon durch die massive Mitwirkung der Bauunternehmen sicherzustellen, sind diese angehalten, so effizient und kostengünstig wie möglich zu bauen und trotzdem eine sehr hohe Wohnqualität zu garantieren. Dazu sind nicht bloß ökonomische Planungsfaktoren in Bezug auf die Baukosten zu berücksichtigen, sondern ebenso die laufenden Betriebs-, Erhaltungs- und Energiekosten.
Ein zweiter, mindestens ebenso wichtiger Aspekt ist darin zu sehen, dass Bau- und Wohnungsunternehmen gerade durch die soziale Aufgabenstellung Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen und sich als deren Teil begreifen. „Das Ökonomische wieder in das Soziale

einzubetten“ (Paech 2014, 147), dass sich die Ökonomie wieder in den Dienst der Menschen stellt, ist im Konzept der sozialen Nachhaltigkeit mitbegründet. Darum sind kooperative, ebenso sozial orientierte Unternehmen von größter Bedeutung für die Wiederherstellung einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive. Gerade dafür bietet der Wohnbau gute Ansatzpunkte.

6.2.1 Die Antwort Wiens auf die ausufernde Kostenentwicklung für Wohnen

Die Stadt Wien konzentriert sich abgesehen von der Auslobung kostensenkender Maßnahmen der Bauträger auf ein umfangreiches Förderprogramm. Bezogen allein auf das Sonnwendviertel, auf sieben Wohnprojekte der ersten Bauphase, unterstützt die Stadt Wien „die Errichtung der Wohnbauten mit rund 62 Mio. Euro aus der Wohnbauförderung“[12], das sind knapp 40 Prozent der Gesamtkosten. Durch diese Maßnahme können die schon in der Startphase errichteten rund 1.140 Wohnungen zu sehr günstigen Konditionen vergeben werden. Damit sich eine breite Bevölkerungsschicht eine Wohnung tatsächlich leisten kann, sind vor allem die zu erbringenden Eigenmittel in Relation zum Markt auf ein sehr niedriges Niveau reduziert und Mieten zu einem leistbaren Tarif festgelegt. Für besonders einkommensschwache Haushalte steht ein hoher Anteil an Wohneinheiten mit *Superförderung* zur Verfügung, für die nur Eigenmittel in der Höhe von 50 – 60 Euro pro Quadratmeter aufzubringen sind. Ergänzend dazu bietet das in der zweiten Bauphase zu realisierende *Smart-Wohnungsprogramm* noch günstigere Konditionen für die BewohnerInnen. Angepasst an die Bedürfnisse insbesondere von Jungfamilien, Paaren, AlleinerzieherInnen und Singles sorgen Wohnungen mit etwas geringerer Nutzfläche bei einer kompakten, flächenökonomisch voll ausgenützten Bauweise zu einer weiteren Kostensenkung. MieterInnen können außerdem unter mehreren kostengünstigen Ausstattungspaketen wählen und so ihren finanziellen Möglichkeiten Rechnung tragen. Smart-Wohnungen stellen das leistbare Wohnungssegment schlechthin dar, wenn beispielsweise für eine Zweizimmerwohnung ein Finanzierungsbeitrag von 3.344 Euro und eine monatliche Gesamtmiete von 430 Euro anfallen, sich die Monatsmiete sogar auf 200 Euro reduziert, wenn Anspruch auf Wohnbeihilfe besteht (vgl. Perspektiven Heft 5_6|12, 16).

[12] Sämtliche Projektinformationen unter wien.gv.at/bauen-wohnen/sonnwendviertel

Geförderte Mietwohnungen mit Eigentumsoption	Eigenmittel ca. 220 – 500 €/m²	Miete ca. 6 - 8 €/m²
Geförderte Eigentumswohnungen	Eigenmittel ca. 2.500 €/m²	Miete ab ca. 2 €/m²
Superförderung	Eigenmittel ca. 50 - 60 €/m²	Miete ca. 7 - 8 €/m²
Smart-Wohnungen	Eigenmittel max. 60 €/m²	Miete max. 7.5 €/m²

Quelle: wohnfonds.wien.at; sonnwendviertel.at; wohnservice-wien.at; wien.gv.at

Förderpolitik und „Kostenreduktion durch Planung“ sind also die maßgeblichen Instrumente der Stadt, um die angespannte Wohnsituation zu entschärfen und die Grundvoraussetzung zur Existenzsicherung zu schaffen. Trotzdem kann aber eine noch so großzügige Förderpolitik dem Grundrecht auf Wohnen nicht vollständig gerecht werden, weil das Marktgeschehen in offenem Widerspruch dazu steht und eine gegenläufige Tendenz verfolgt.

6.2.2 Zwischen Marktanpassung und politischer Selbstbestimmung der Gemeinden

Wien kann auf eine lange Tradition einer ausgleichenden Wohnpolitik zurückgreifen. Jahrzehntelang hat der Wiener Gemeindebau die Stadt in die Lage versetzt, als Bauherrin und Eigentümerin von mehr als 200.000 Wohnungen für eine entspannte Lage am Wohnungsmarkt zu sorgen. Mit jedem Wohnungsneubau durch die Gemeinde stärkte die Stadt ihre Verfügungsgewalt und ihren Einfluss auf die allgemeine Wohnsituation und verhinderte ein Überhandnehmen einseitiger Marktinteressen auf Kosten benachteiligter Bevölkerungsgruppen. Gleichzeitig war der Gemeindebau das sichtbare Signal, dass Wohnen ein Allgemeingut ist, was einen Gegenpol zur Marktlogik darstellt, welche Wohnen grundsätzlich zur Ware erklärt und damit Wohnen denen zugänglich macht, die über genügend Geld verfügen. Am deutlichsten wird diese Einstellung offenkundig, wenn Eigentümer großer Wohnbauten ihre langjährigen MieterInnen hinausdrängen, um durch eine anschließende Luxussanierung noch höhere Gewinne zu erzielen. Das heißt, für den Markt zählt in der Regel nur der persönliche, individuelle Gewinn, eine Verantwortung für die Allgemeinheit wird höchstens auf Spendenbasis, also nur freiwillig, aber nicht grundsätzlich übernommen.

Diese neoliberale Ideologie ist im Begriff, sich gerade im Wohnungsmarkt durchzusetzen und zwar mit schwerwiegenden Folgen. Wird Wohnen als Ware und nicht mehr als öffentliches Gut betrachtet, ist Wohnen eine Sache individueller Verantwortung jedes/r Einzelnen. Der/die autonome BürgerIn ist selber schuld, wenn er/sie nicht zum Zug kommt. Auf diese Weise sind einer fortschreitenden Individualisierung, einer Übertragung der Alleinverantwortung auf die Wohnungssuchenden Tür und Tor geöffnet, wobei die ungleiche Chancenverteilung gerade im Wohnen am deutlichsten sichtbar wird, letzten Endes aber auch der kommunale Wohnbau in die Defensive gerät. „Nicht nur sind die Zugangschancen zum Wohnungsmarkt und die damit verbundenen Teilhabechancen auf Lebensqualität ungleich verteilt, vielmehr wird Wohnen immer stärker als kapitalisierbares Konsum- und Investitionsgut genutzt, wodurch sich für den sozialen Wohnungsbau, insbesondere den Gemeindebau, das Risiko einer Marginalisierung (und infolgedessen von Stigmatisierung) erhöht, während sich die Situation statusschwächerer Gruppen weiter destabilisiert.“ (Reinprecht, Christoph, In: Bettel *et al.* 2012, 216)

Schleichend und wie selbstverständlich etabliert die individualisierende, d.h. Ungleichheit und Unsicherheit schaffende Marktideologie eine Spaltung im Wohnungswesen, wonach der Markt die finanzkräftigen Wohnungswerber bedienen will, Einkommensschwache in die Obliegenheit kommunaler Verwaltung fallen sollen. Mit anderen Worten: Die Allgemeinheit soll bewältigen, was die einseitig gewinnorientierte Marktstrategie an Wohnungsproblemen verursacht.

Wien setzt dieser Entwicklung ein ganzheitliches Gemeinschaftsmodell entgegen. Damit der soziale Wohnbau in keiner Weise zum Sammelbecken sozial schwacher, bildungsferner und frustrierter Bevölkerungsschichten wird, sorgt eine breite Mischung unterschiedlicher Wohnungsangebote für größtmögliche Durchmischung der Bewohnerschaft. Gerade im Sonnwendviertel dominiert das Miteinander von Mietwohnungen mit Eigentumsoption und Mietwohnungen mit Superförderung für Menschen, die nur sehr geringe Mittel aufbringen können[13].

[13] Die Österreichische Wohnbauförderung als wichtigstes Instrument für eine qualitätsvolle und leistbare Wohnversorgung der Bevölkerung sticht auch im internationalen Vergleich hervor. Siehe dazu u.a. folgende Beiträge: Lugger/ Amann (Hg.) 2006. Der Soziale Wohnbau in Europa. Österreich als Vorbild; Oberhuber/Amann *et al.* 2005. Benchmarking Nachhaltigkeit in der Wohnbauförderung der Bundesländer; Eigner/Matis/Resch 1999. Sozialer Wohnbau in Wien. Eine historische Bestandsaufnahme; BKK-Sonderbeilage 06/2010. Europäisches Spezialmodell – der österreichische Wohnbau als Best Practice?

7 Projektbeschreibung

7.1 Äußere Rahmenbedingungen

Untersuchungsgegenstand sind die 7 Siegerprojekte der ersten Bauphase, die im Interesse eines Gesamtüberblicks bauübergreifend untersucht und behandelt werden. Obwohl die einzelnen Projekte in ihrer Grundkonzeption eine eigene Linie verfolgen, legen die erstmalig zu berücksichtigenden sozialen Kriterien schon die Gestaltungsschwerpunkte fest, wie soziales Wohnen durch bauliche und organisatorische Rahmenbedingungen verankert werden kann. Diese Rahmenbedingungen sind aber nicht im Sinn eines Rezeptes zu verstehen. Wie in den Erläuterungen des Wohnfonds schon in der Präambel zu lesen ist, „versteht sich die offene Kriterienliste in den 4 Bewertungskategorien nicht als Gebrauchsanweisung, sondern als Anregung zu einer vertiefenden Auseinandersetzung um die Qualitäten des geförderten Wohnbaus in Wien“ (wohnfonds_wien 2009, 1). Mit anderen Worten: Alle angeführten Strukturelemente sind grundsätzlich Gestaltungs*möglichkeiten,* weil nur so „neue Ideen und Konzepte [hervorgebracht werden können], die entlang der gesellschaftlichen Entwicklung notwendig sind.“ (ebd., 1) – Kreatives Gestalten, wozu auch die Architektur gehört, kann nicht verordnet werden. Das ist der entscheidende Punkt, um aus den Wettbewerben eine fruchtbare Ideenschmiede zu machen. Alle Gestaltungsoptionen, von der Begegnung über gemeinschaftlich organisiertes Zusammenleben bis zu verstärkter Identifikation und Übernahme von Verantwortung für eine gemeinsame Lebensgestaltung sind notwendigerweise nur Angebote, aber kein Muss. Um so interessanter ist daher, wie es gelingen kann, Stadtbewohner aus ihrer Distanziertheit herauszuholen und Vernetzung anzubahnen.

7.2 Wohnen in Gemeinschaft

Die von der Wohnbauforschung erstellten „sozialen Kriterien“ (siehe S. 39f) spiegeln eine Entwicklungslinie wider, die von der Begegnung zu größerer Vernetzung und Gemeinschaft führen soll. Gerade die unspektakulären, unscheinbaren Formen des Zusammentreffens und Begegnens tragen ein großes Vernetzungspotential in sich, bilden sie doch das soziale Fundament, aus dem engere Kontakte entstehen können. Die Häufigkeit, jemandem zu begegnen, den man vielleicht schon kennt, macht offen, vermittelt grundsätzlich, ich bin nicht allein, man lebt in Gesellschaft.
Gerade diese alltäglichen Erfahrungen sind notwendig, um Menschen „aus der Anonymität

herauszuholen“[14], aus der isolierten Zurückgezogenheit in die eigenen vier Wände. „Wohnen in Gemeinschaft“ beginnt daher ganz unten, baulich gesehen in dem Bereich, wo HausbewohnerInnen ganz zwanglos und natürlich zusammentreffen. Das geschieht vornehmlich im Erschließungsbereich. Er bildet daher bei allen Wohnbauten einen wesentlichen Schwerpunkt in der baulichen Gestaltung; denn ob die Leute mit Blicken kommunizieren, stehen bleiben, miteinander ins Gespräch kommen, sich austauschen, all das gelingt umso eher, je offener die Strukturen dazu einladen.

7.2.1 Innovative Lösungen im Erschließungsbereich

Die großzügig dimensionierte Raumgestaltung in den Projekten mag vielen übertrieben und als „nicht unbedingt notwendig“ erscheinen, hat aber nach Auffassung von Projektbetreibern und Experten soziale Bedeutung. Gänge im Erschließungsbereich hatten früher die Aufgabe, die HausbewohnerInnen so rasch wie möglich in ihre Wohnungen zu bringen, sie waren bloß zu überwindende Wegstrecken, um in das häusliche Ambiente zu kommen. Hier sollte konzentriert das Leben stattfinden, während dem außerhalb liegenden Zugang zur Wohnung, bescheiden und ausschließlich funktionell gestaltet, weniger Beachtung beigemessen wurde, ein Grund, sich erst in der eigenen Wohnung zuhause zu fühlen. Davon möchte die neue soziale Wohnkultur aber unbedingt wegkommen. Um im gesamten Wohngebäude daheim zu sein, schon im Eingangs- und weiteren Erschließungsbereich gewissermaßen einen „erweiterten Wohnraum“ vorzufinden, werden entsprechend breite Zugänge zu Räumen und dadurch erst zu echten internen Begegnungsflächen. Das Leben soll sich also schon hier entfalten, wie ein Beispiel demonstriert:

© Kallco sun quarter. landscapeCrop

[14] Zentraler Schwerpunkt aus dem nachfolgenden Interview mit den Architekten Cornelia Schindler und Rudolf Szedenik

Der als Foyer bezeichnete Raum wird allein schon dadurch zum Treffpunkt, dass von hier über eine Rampe (rechts im Bild) der Weg zum Fahrradraum führt, wobei das Fahrrad ein wichtiges Bewegungsmotiv darstellt. Noch entscheidender ist aber die Aussage, dass „unterwegs sein“ Vernetzung mit der Umgebung bedeutet. Abgesehen von einer umweltfreundlichen Mobilität wird Beziehung zur Außenwelt signalisiert und somit ein Raumbezug zum Wohnviertel hergestellt, werden gleichsam die Lebensaktivitäten auf die engere und weitere Umgebung ausgedehnt.

Dem entspricht eine gleichstarke Vernetzungsabsicht nach innen. Nur unweit vom Haupteingang sorgt ein digitales Schwarzes Brett für Kommunikation zwischen Bewohnerschaft und Hausverwaltung und ermöglicht ebenso kommunikativen Austausch unter den HausbewohnerInnen.

Dazu gehört die Anbahnung gemeinsamer Aktivitäten und was allgemein gern angenommen wird, die Einrichtung einer Tauschbörse. Dass zusätzlich noch Werbeeinschaltungen externer Dienstleister wie Cafés oder Büros möglich sind, unterstreicht die vielfältigen Vernetzungs-möglichkeiten, die sich durch den Einsatz moderner Kommunikationsmittel ergeben. Diese haben, denkt man großräumig weiter, eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung. Online-Kommunikation bzw. E-Partizipation ermöglicht der Bevölkerung bei lokalen Planungen, bei Stadtentwicklungsprojekten oder bei gesamt-städtischen Leitlinien zeit- und ortsunabhängig teilzunehmen und barrierefrei mit Verwaltung und Politik in Dialog zu treten (vgl. DI Peter Belada MA41, Perspektiven Heft 8/2011, 49). Umgekehrt wird es angesichts anstehender Probleme und Herausforderungen auch für Stadtpolitiker immer wichtiger, „auf die ‚Intelligenz der Masse‘ zurückgreifen zu können“ (ebd., 49). Mit dem digitalen Bord wird eine zukunftsweisende Einrichtung etabliert, die sowohl ein Miteinander der Bewohnerschaft als auch eine Zusammenarbeit von Stadtpolitik und teilhabenden StadtbewohnerInnen ermöglichen kann.

Die bisher besprochenen Lösungsansätze, um soziale Vernetzung anzubahnen, beziehen sich auf den Eingangsbereich eines Projektes, das exemplarisch für ein Weiteres stehen kann, denn im nachfolgenden Beispiel wird die vernetzende Raumgestaltung noch deutlicher sichtbar.

Im Mittelpunkt des vorliegenden Konzeptes steht die Marktplatzidee: Die Begegnungsfläche, die vorher noch ein Kommen und Gehen zur Schau trägt, den Raum also vorwiegend mit Bewegung füllt, wird hier zu einem *sozialen Treffpunkt*, der auch zum Verweilen animiert. Spieltische, Fauteuils, eine Tauschbibliothek fördern zumindest einen kurzfristigen, wenn nicht längeren Aufenthalt auf dem Weg in die eigene Wohnung.
Dafür sorgt vor allem ein Schwarzes Brett ganz besonderer Art: eine ganze Front durchsichtiger Schließfächer. Glas reizt zum Hinschauen, Anschauen, was dahinter ist, macht Dinge greifbar nah, weshalb ein internes „Shopping“ einem Marktgeschehen sehr nahe kommt.

Die Vielzahl an Angeboten, Wünschen, Vorschlägen durchzugehen braucht Zeit, ist überdies eine angenehme Beschäftigung, weil hier auf direkte Art feilgeboten wird, der Austausch von Dienstleistern bis zu Gemeinschaftsaktionen ins Rollen kommt.
Die Hauptfunktion des sog. „Marktplatzes" beschränkt sich aber nicht nur auf die Belebung eines zentralen Innenraums, sondern ist vor allem im Zusammenhang mit dem privaten Wohnbereich zu sehen. Da sich auf diesem Platz in der Regel etwas tut, also außerhalb der Wohnung, verliert diese den alleinigen Anspruch auf Lebensqualität. Diese kann es nur im ganzen Haus, im Erdgeschoß, Keller, im Dachgeschoß, überall geben, wobei sich die Grenze zwischen Innen, der eigenen Wohnung, und Außen aufzulösen beginnt. Das ist auch das Grundkonzept der breiten Glasfront, die den Eindruck erweckt, was drinnen ist, ist gleichzeitig draußen und umgekehrt. Das heißt, der „Marktplatz" hat nicht nur eine Innenraum-Komponente, er erweitert sich gewissermaßen in den Außenbereich und verbindet damit Wohngebäude und Umgebung zu einer untrennbaren Einheit.

Fasst man zusammen, haben die im Erschließungsbereich gestalteten Räume die Aufgabe, „in Schritten ins Private zu kommen"[15], vom öffentlichen Raum über den halböffentlichen „Markt" oder Begegnungsraum in die eigene Wohnung, womit ein fließender Übergang in die Privatsphäre erfolgt. Damit löst sich die räumliche Trennung zwischen „öffentlich" und „privat" nahezu auf. Erst das ermöglicht die Einbindung der Umgebung bzw. Mitwelt in den eigenen Lebensbereich, die Einstellung, Wohnen schließt das gesamte Gebäude mit allen MitbewohnerInnen ein. Auf diese Weise wird über die Baustruktur Gemeinschaftsbewusstsein vermittelt, das in den zusätzlichen Gemeinschaftsräumen vertieft werden kann. Dieses Konzept, gewohnt wird im ganzen Gebäude einschließlich seiner ganzen Umgebung, findet sich in allen Projekten. Verkürzt ausgedrückt bedeutet das: Das *Leben* spielt sich nicht ausschließlich in der eigenen Wohnung ab, vielmehr da, wo sich die Menschen begegnen, miteinander sprechen, interagieren.

7.2.2 Die Erweiterung des Wohnraums nach außen

Das ist für Kinder und Jugendliche eine Selbstverständlichkeit. Sie fühlen sich auch in den offenen Freiflächen, im gesamten zur Verfügung stehenden Lebensraum heimisch, während bei Erwachsenen die Vorstellung dominiert, dass Wohnen grundsätzlich nur in Gebäuden stattfinden kann. Dem versucht eine gemeinschaftsfördernde Baustruktur entgegenzuwirken.

[15] Architektin Cornelia Schindler

Analog zur Marktplatzidee des oben beschriebenen Projektes für das Innere von Gebäuden, liegt es nahe, diesen Gedanken auch auf die Außenflächen und noch mehr auf den öffentlichen Raum anzuwenden. Wird dieser als das eigentliche und entscheidende Bewegungs- und Aktionsfeld wahrgenommen, wo sich das Leben abspielt, erhält die offene bauliche Gestaltung erst ihren Sinn. Die Ausweitung von Wohnen auf das Hausganze und darüber hinaus auf den öffentlichen Raum findet ihren Ausdruck sehr deutlich in der Fassadengestaltung, in ausladenden Balkonen und großräumigen Terrassen,

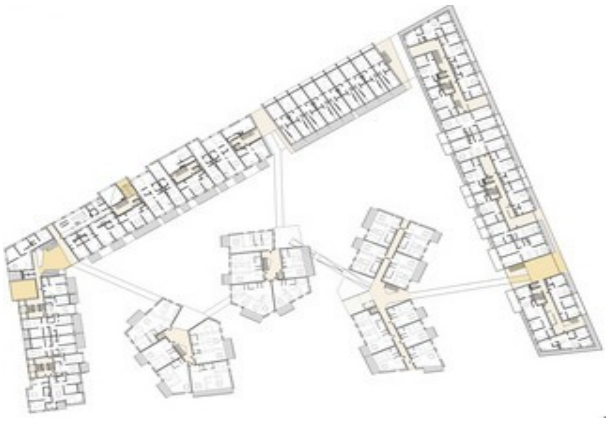
© ÖSW

ebenso in Laubengängen entlang der gesamten Hausfront sowie in der Verbindung vieler Gemeinschaftsräume (im Erdgeschoß und Dachgeschoß) mit angeschlossenem Freiraum oder zumindest Zugang zur hofseitigen Freifläche.

Außerdem gibt es im Obergeschoß Gemeinschaftsräume mit großzügig angelegter Terrasse und mit Blick auf die Weitläufigkeit des Quartiers.

Damit wird eine enge Verbindung zur Außenwelt geschaffen, sodass Innen- und Außenraum eine Einheit bilden. Grün- und Freiflächen sind nicht bloß das Rahmenprogramm für das zentrale Wohnen im Gebäude, sondern zum Wohnen gehört auch die Aneignung der Umgebung, das gesamte Stadtumfeld.

In diesem Zusammenhang ist ein Bauprojekt in diesem Areal besonders hervorzuheben, das Integration, Einbettung in den städtischen Raum ganz bewusst zum Gestaltungsschwerpunkt macht. Dahinter steht die Idee, eine Beziehung zum umgebenden Raum herzustellen. Dieser wird der Idee nach zum offenen „Wohnzimmer“ gestaltet. Die umgebenden Wohnbauten geben nur den schützenden Rahmen dafür ab und sollen dem „Großraumwohnzimmer“ familiäre Wohnatmosphäre verleihen. Entsprechend dem Grundgedanken, Menschen „zum Hinauswohnen aus den eigenen vier Wänden“ (wohnfonds_wien 2010, 12) zu bewegen, nach dem Motto: „Gewohnt wird in Räumen und nicht mehr in funktional determinierten Zimmern“ (ebd.), konzentrieren sich die gemeinschaftsbezogenen Einrichtungen im zentralen Bereich des Außenraums.



© Kada, Riepl, Kaufmann, Bammer, Vlay, Steeruwitz

Bei diesem Projekt gibt es einen Marktplatz mit Blick zu einem Theaterraum, eine Galerie, ein Wellnesscenter mit Schwimmbad, soziale Treffpunkte[16] für BewohnerInnen sowie für Leute aus der Umgebung. Daran ist zu erkennen, wie sehr bei diesem Projekt der Bezug zum Außenbereich bzw. zum öffentlichen Raum im Vordergrund steht. Eine Besonderheit ist dabei: Alle kommunikativen Bereiche sind miteinander und mit den Wohngebäuden durch Stege verknüpft, sodass sich daraus eine Vielfalt an „erweiterten Wohnmöglichkeiten" (wohnfonds_wien 2010, 12) ergibt. Das bedeutet: „Jede Wohnung kann so groß werden, wie man sie gerade haben möchte" (ebd.). Die Aneignung eines kleineren oder größeren Wohnumfeldes ist somit fließend und hängt von den jeweiligen Bedürfnissen der BewohnerInnen ab.

Aus den bisherigen Beispielen geht hervor, es besteht eine offenkundige Tendenz, den Wohnraum zunächst im Gebäude und weiter nach außen in den öffentlichen Bereich zu erweitern. Diese Ausweitung des Wohnbereichs wird wie der „Marktplatz" nur dadurch zur sozialen Heimstätte, wenn Begegnung, Kommunikation, wechselseitige Vernetzung stattfindet, wenn sich auf Plätzen und in (offenen) Räumen etwas abspielt. Erst im Heraustreten aus isolierten Wohnzellen, im Interagieren und lebendigen Austausch auf allen öffentlich geprägten Ebenen wird der Stadtraum zur gemeinsamen „Wohnung", zum „sozialen Raum". Das ist die Botschaft, die gerade das letzte Beispiel vermitteln will: „Ein Viertel ist keine Ansammlung von Häusern, sondern das, was zwischen den Gebäuden passiert." (Perspektiven Heft 8/2011, 14) D.h., das pulsierende Leben auf allgemeinen Plätzen ist das, was die Menschen nicht nur zusammenbringt, sondern auch, was die Stadt zu einer Einheit werden lässt, was sie zusammenhält.

[16] Insgesamt stehen den BewohnerInnen zehn Gemeinschaftseinrichtungen zur Verfügung, von denen die genannten auch öffentlich zugänglich sind. - Der Marktplatz spielt bei diesem Projekt eine bedeutende Rolle. Hier sollen tatsächlich regelmäßig Märkte abgehalten werden. Die Öffnung nach außen zeigt sich aber noch in ganz besonderer Weise beim Theaterraum. Er kann im gegebenen Fall nach außen hin geöffnet werden, sodass Zuschauer vom Marktplatz aus das Theatergeschehen verfolgen können.

Aus dieser Perspektive erhält der öffentliche Raum erst seine volle Bedeutung. Er ist der „Erfahrungsraum", „dass die Stadt als gemeinsamer Raum erlebt wird" (Häußermann *et al.* 2008, 329). Darauf kommt es in erster Linie an. Die Einbettung in einen größeren Zusammenhang, sich als Teil des umgebenden (Stadt-)Raums zu begreifen, braucht die lebendige gelebte Erfahrung kommunikativen Zusammenwirkens, sodass die Stadt in wechselseitiger Verflechtung, in einem Prozess innerer Verdichtung zusammenwächst. Aus einer Anhäufung isolierter Wohnbauten wird ein lebendiges, in sich vernetztes System Stadt.
Das ist das Grundanliegen des Stadtentwicklungskonzeptes der Stadt Wien. „Soziale Nachhaltigkeit", die Angebote und Anreize zu integrativer Lebensgestaltung sind nur der Weg, der das soziale Fundament dafür legt.

7.2.3 Vom Kontakt zur Vernetzung. Die Erweiterung des Wohnraums durch Gemeinschaftsräume

Wurde an früherer Stelle bereits festgestellt, dass soziales Wohnen den engen Wohnhorizont erweitert, beispielsweise der „Marktplatz" im Erschließungsbereich als erweiterter Wohnraum anzusehen ist, so trifft das ganz besonders auf die Gemeinschaftsräume zu. Hier kann und soll sich gemeinschaftliches Wohnen entfalten, vom *Miteinander-Erleben* über den *Ausbau gemeinsamer Interessen* bis zum Miteinander *integrativer Lebensgestaltung.*
Um dieses Ziel zu erreichen, ist es nach Auffassung der involvierten Fachleute notwendig, Vernetzung möglichst „niederschwellig" anzubahnen, d.h. auf Alltagsbegegnung besonderes Gewicht zu legen. Die eher zufällige, aber alltägliche Begegnung im Fahrrad- oder Abstellraum, in der Waschküche oder auf dem Weg in die eigene Wohnung verbindet die Leute, auch wenn ein Kontakt gar nicht gewollt oder beabsichtigt ist. Unabhängig von der Zwangs-losigkeit spielt hier der Zeitfaktor und die Häufigkeit des Zusammentreffens die Hauptrolle; denn mit der Zeit entdecken die BewohnerInnen von selbst, sie teilen nicht nur das Haus, sondern auch den Alltag miteinander. Diese Gemeinschaftserfahrung, andere haben im Alltag ähnliche oder gleiche Aufgaben zu bewältigen, schweißt mit den Jahren die Menschen zusammen, vorausgesetzt, es stehen die notwendigen Räumlichkeiten zur Verfügung. Darauf wird im Sonnwendviertel bei allen Projekten besonderer Wert gelegt. Angesichts des überaus hohen Stellenwertes der Alltagsbegegnung wird gerade auf diese Räume am wenigsten verzichtet. Sie gehören zum unbedingten Standard mit großzügigem Raumangebot und einer entsprechend qualitativen Ausstattung.

- *Bewegung schafft Begegnung. Der Fahrradraum – ein wichtiger Kommunikationsbereich*

Den Alltag miteinander teilen, ist mehr als sich nur flüchtig begegnen, vielleicht ein kurzer Gruß und jeder geht seiner Wege. Die Großräumigkeit der Abstellfläche für Räder, Kinderfahrzeuge, Spielgeräte und dgl. wertet den Raum als Ganzes auf, animiert auch zum kurzzeitigen Verweilen, zum Miterleben, wer gerade kommt, wer geht, wer es vielleicht sehr eilig hat und so schnell wie möglich den Ausgang sucht. Besonders Kinder lassen einem miterleben, was alles passiert, bevor sie auf ihrem Fahrradsitz oder in ihrem Kleinfahrzeug Platz genommen haben, ob sie die Ausfahrt kaum erwarten können oder noch dabei sind, sich die Schuhe zuzubinden...

© Sozialbau. Voglhuber

Die Möglichkeiten mitzuerleben, Menschen auch in ihren Stimmungslagen kennenzulernen, sind vielfältig. Gerade in den so nebensächlich scheinenden Gesten, in den nur kurz beobachteten Szenen zeigt sich das Menschliche, wie jeder gerade drauf ist. Das ist Alltag in relativ großdimensionierten Räumen, der die Menschen auch gefühlsmäßig näher bringt, während eng begrenzte Abstellplätze ein Teilhaben am Leben anderer unmöglich machen. Am schlechtesten schneiden dabei enge Stauräume ab[17]. Hier sind oft Fahrräder, Kinderfahrzeuge, Roller, Skateboards so dicht auf engstem Raum verstaut, mitunter ineinander verkeilt, dass vielen die Lust am Wegfahren, an der Bewegung von vornherein vergeht. Aus dem Wirrwarr sein Fahrrad oder Sportgerät nur herauszubekommen, macht so viel Mühe, dass man die Benützung oft lieber bleiben lässt. Dieses Negativbeispiel zeigt, wie sehr es auf ein entsprechendes Raumangebot ankommt, dass eine großzügige und qualitativ hochwertige Gestaltung in jeder Weise gemeinschaftsfördernd ist und Radfahren für viele zum Alltag gehört.

[17] in anderen Wohnbauten noch häufig anzutreffen

- *Mehr Kommunikation durch kombinierte Räume*

In den zu beschreibenden Projekten grenzen Waschküche und Kinderspielraum unmittelbar aneinander. In einem Fall ist sogar ein Gemeinschaftsbereich für die Erwachsenen angeschlossen.
Der Zweck dieser Raumgestaltung liegt einerseits in der Erleichterung alltagspraktischer Hausarbeit, andererseits in der Möglichkeit, in ungezwungener Weise Beziehungen aufzubauen. Eltern können beim Waschgang ihre Kinder mitnehmen, sie leicht beaufsichtigen und sich gleichzeitig mit anderen BenützerInnen austauschen. Kinderbetreuung wird dadurch leicht gemacht und gewinnt bei professioneller Ausstattung mit Spiel- und Turngeräten noch einen besonderen Wert. Eltern können ihre Kinder beim Herumturnen tatkräftig unterstützen. Eine professionelle Ausstattung verlangt notwendigerweise die Hilfestellung von Erwachsenen, was nicht zuletzt die Beziehungen innerhalb der Familie und auch zu anderen Beteiligten stärkt.

© Sozialbau. Voglhuber

Noch wesentlicher für die Gestaltung dieser „Alltagsräume“ ist ihre Bedeutung, dass Nachbarschaftsbildung über Kinder leichter gelingt. Mütter, besonders alleinerziehende, sind immer wieder auf die Hilfe anderer angewiesen. Man braucht jemanden, der kurzfristig auf ein Kind aufpasst, Besorgungen für einen erledigt, im Notfall einspringt, sodass Elternteile ihren Aufgaben überhaupt nachgehen können. Kinder sind dabei eine wichtige Brücke, dass Menschen zusammenkommen, sich gegenseitig helfen, was ohne ihre Existenz kaum stattfinden würde. – Diese allgemeine Erfahrung, Gemeinschaften bilden sich leichter, wenn man sich *braucht*, vor allem, wenn es um Kinder geht, findet in allen Projekten ihren Niederschlag. Waschküche, Kinderspielraum mit Freiraum gehören zu den wichtigsten Vernetzungsebenen im Alltag der BewohnerInnen. Auf ihre Ausstattung wird dementsprechend großer Wert gelegt.

In einem Projekt geht das Raumangebot noch weiter. Zur leichteren Kinderbetreuung und gleichzeitigen Versorgung von Kindern als auch von Erwachsenen ist die Waschküche mit einem Gemeinschaftsraum inklusive einer voll ausgebauten Küche verbunden. Eltern können während der Waschzeit kochen, Kindern bei den Aufgaben helfen, daneben noch Kontakt zu NachbarInnen pflegen,…

Die Fülle von Möglichkeiten, den Alltag besser zu bewältigen, führt dazu, dass die Leute länger das Raumangebot nutzen und mit der Waschküche die Vorstellung von Gedankenaustausch und ungezwungener Begegnung verbinden. Küche erhält dadurch wieder einen ideellen Wert. Sie ist Sammelpunkt, an dem man sich gerne aufhält, wo sich Gemeinschaft naturgegeben leichter entwickelt, weil gerade das Essen Menschen am leichtesten zusammenführt.

Das letzte Beispiel zeigt deutlich, worauf eine Kombination unterschiedlich nutzbarer Räume hinauswill. Mehr Nutzungsmöglichkeiten in Gemeinschaftsräumen verlagert das Wohnen in Räume für die Allgemeinheit, die außerhalb der eigenen Wohnung liegen. So kommen BewohnerInnen wesentlich öfter zusammen, was nicht bedeutet, Gemeinschaften im Sinn einer in sich geschlossenen Gesellschaft, einer Kommune zu bilden. Gemeinschaft bezieht sich vielmehr darauf, Alltagstätigkeiten, Haus- und Werkarbeiten wieder mehr in Gemeinschaft mit anderen zu verrichten, selbstverständlich auch die Ausübung von Hobbys und Freizeitaktivitäten, die ohnehin im Verein mit anderen mehr Spaß und Freude machen.
Die Vorstellung, das Angebot an Gemeinschaftsräumen soll auf direktem Weg zu einer solidarischen Hausgemeinschaft führen, geht deshalb an der Realität vorbei. Man kann Vergemeinschaftung nicht wie ein Produkt erzeugen. Ob aus dem gemeinsamen Handeln eine in sich vernetzte Solidargemeinschaft entsteht oder nicht, das kommt letztlich auf die Menschen selber an. Das großzügige Raumangebot kann nur den Rahmen dafür schaffen.

- *Die Beziehung der Gemeinschaftsräume untereinander*

Nicht nur *was* an Räumen zur Verfügung steht, ist von Bedeutung, auch *wie* sie zusammenhängen hat ihre Wirkung auf die darin lebenden Menschen.
Der Gedanke, dass Räume kommunizieren[18], mag im ersten Moment verblüffen, doch bei näherer Betrachtung räumlicher Zuordnungen in den Projekten ist auch hier ein Schwerpunkt zu erkennen. Schon im Erschließungsbereich fällt auf, offene Räume gehen fugenlos in andere über. Indem sie visuell stark miteinander verbunden sind, d.h., eine gute Sicht in mehrere Richtungen gegeben ist, kommunizieren sie miteinander. Sie vermitteln den Eindruck, dass sie zusammengehören. Diese Struktur, ein Miteinander schon in den Räumen zu demonstrieren, setzt sich fort, indem den Gemeinschaftsräumen nach Möglichkeit ein Freiraum angeschlossen ist. Dieser hat nicht nur die Funktion, das Innere mit dem Außen zu verbinden, der Außenraum wirkt auch zurück nach innen. Freiräume schaffen eine offene Atmosphäre, tragen sozusagen Bewegung als belebendes Element auch in die Innenräume, sodass die vernetzte Raumgestaltung für ein entspanntes, offenes Klima sorgt und dafür, dass sich in den Räumen etwas tut.

[18] entnommen aus einer Ö1-Sendung über Co-housing-Projekte am 27.06.2014

Die von den BewohnerInnen gestaltete Küchen- und Wohnzimmerausstattung weist darauf hin, wie sehr der Innen- und Außenbereich im Dachgeschoß genützt wird und gemeinschaftsfördernd wirkt.

Innen- und Außenräume, ob im Erdgeschoß oder als ausgebauter Dachraum, sind „*immer als eine Einheit zu sehen*“[19].

Gemeinschaftsräume haben somit nicht die Aufgabe, den HausbewohnerInnen eine ganze Palette von Bequemlichkeiten anzubieten. Sie sind dazu da, um die Menschen aus ihren Wohnungen, „aus der Anonymität und Zurückgezogenheit herauszuholen“[20] und in ein tätiges, lebendiges Umfeld hineinzustellen, das sie selber erst schaffen müssen. Um das zu erreichen, sind für die Gemeinschaftsräume mit nur wenigen Ausnahmen keine Nutzungen vorgegeben. Sie sind grundsätzlich *nutzungsneutral*, also offen für jede mögliche Verwendung, zu der sich die BewohnerInnen in eigener Verantwortung entschließen. Das setzt allerdings eine Wohnorganisation voraus, die auf dem Engagement und auf Mitbestimmung der Beteiligten aufbaut.

[19] Sozialplanerin Margarete Havel
[20] Architekten Rudolf Szedenik und Cornelia Schindler

7.2.4 Der große Gestaltungsaufwand und die Bedeutung künstlerischer Interventionen für die Gemeinschaftsbildung

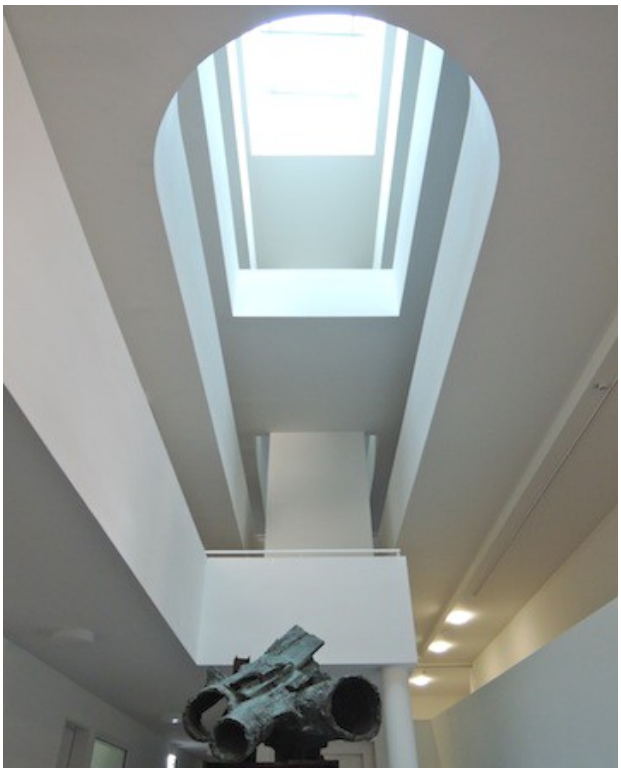
„Wohnst du noch oder lebst du schon“, dieser vielzitierte Ausspruch charakterisiert mit wenigen Worten die Hinwendung zu einer aktiv-gestaltenden Lebensauffassung, die sich auch in den Wohngebäuden widerspiegelt. Weg von einseitig auf Rückzug ausgerichteten Wohnquartieren, hin zu offenen Erlebnisräumen mit dementsprechender gestalterischer Qualität. Vornehmlich die Erdgeschoßzone ist bei fast allen Projekten die für gemeinschaftliche Aktivitäten vorgesehene Zone, auf die sich die bereits besprochenen Gemeinschaftsräume konzentrieren. Dass dieser Bereich auch vollkommen offen und künstlerisch gestaltet werden kann, zeigt das vorliegende Bespiel:

Mächtige Stützpfeiler, unterbrochen von höhlenartigen massiven Durchgängen und Durchblicken, verstärkt durch eine kräftige Bemalung, laden gerade Kinder ein zum Versteckspielen, zum Skaten, zu vielseitiger Bewegung, sodass hier Wohnen aufs Engste mit lebendiger Lebensgestaltung verknüpft wird. Zusätzlich vermitteln die tragenden Elemente das Gefühl von Sicherheit, hier ist man aufgehoben, geborgen, im wahrsten Sinne des Wortes getragen. –

Die künstlerische Gestaltungsqualität, von der bei diesem Projektbeispiel gesprochen werden kann, ist mit Blick auf seine gemeinschaftsfördernde Wirkung kein Zuviel des Guten, auf das ohne weiteres verzichtet werden kann. Mehr Gestaltqualität ist ein Zeichen für Aufwärtsorientierung. Dieser Zusammenhang lässt sich aus der Kontext-Theorie ableiten, wonach eine deprimierende Umgebung einen „erheblichen Einfluss“, im negativen Sinn, auf die Menschen hat (vgl. Häußermann *et al.* 2008, 258), umgekehrt daher ein aufbauendes Milieu die Menschen aktiviert. Daraus wird ersichtlich, dass der große Gestaltungsaufwand und v.a. eine

künstlerisch gestaltete Lebensumgebung zu eigener Gestaltungsinitiative herausfordert. Folgt man der Kontext-Theorie, ist davon auszugehen, dass von einer gestalteten Umgebung eine Signalwirkung ausgeht, auf die es ankommt: Ein aufbauendes Milieu holt die Menschen aus ihrer resignativen Zurückgezogenheit heraus und macht sie empfänglich, im Sinne gemeinschaftsfördernder Strukturen mitzuwirken.

Kunst unterstützt Gemeinschaft aber noch in anderer Hinsicht. Ob künstlerisches Gestalten durch das Bauwerk selbst oder durch eigene Kunstobjekte an die Leute herangetragen wird, beides führt zu einer Werthaltung gegenüber dem Wohngebäude und seinem Umfeld. „Wertschätzung der Kunden und Mitbestimmung der Nutzer fördert das Entstehen einer positiven sozialen Beziehung zwischen den Nutzern, zum Haus und zum Unternehmen“, betont einer der 7 Bauträger, für den künstlerische Interventionen zum Standardprogramm gehören (Nachhaltigkeitsbericht Kallco 2011/2012, Kap. 4). Was geschätzt wird, dem begegnet man offen, man ist leichter bereit sich einzubringen, aufeinander zuzugehen. Der hohe Identifikationsgrad, der durch echte Mitsprache schon in der Planungsphase und später durch gemeinsame Aktivitäten in der Nutzung erreicht wird, erhält durch besondere Wertschätzung künstlerischer Gestaltung ein zusätzlich identitätsstiftendes Element. BewohnerInnen haben etwas Gemeinsames, auf das sie stolz sein können, sie fühlen sich durch das Besondere herausgehoben und selber aufgewertet, denn eine Aufwertung des Gebäudes schließt letztlich auch ihre Bewohnerschaft, das gesamte Lebensumfeld ein.



Künstlerische Interventionen haben aber eine noch viel tiefere Bedeutung, als die Wohn- und Lebensqualität zu heben. Die Auseinandersetzung mit Kultur und Kunst, seit jeher eine Domäne der Oberschicht und Eliten, macht aufgeschlossen für geistige Inhalte, die weit über den praktischen Lebensalltag hinausgehen. Kunst eröffnet den Zugang zu „geistiger Mobilität“ [21], ist eine Stütze, um aus dem „Habitus“ einseitig materieller Bedürfnisbefriedigung auszubrechen. Folgt man den Schlussfolgerungen Pierre Bourdieus (2013), wonach die Lebensbedingungen der unteren Klassen in eine Lebenshaltung drängen, die sich notwendigerweise auf das „Lebensnotwendige“ beschränkt, wird erst die Bedeutung von Kunst und Kultur um ihrer selbst willen klar. Bourdieu hält deshalb fest:

„Eine gelöste [gemeint ist eine unbefangene, seiner Sache sehr selbstsichere und lockere] […] Einstellung […] kann sich […] nur unter Lebensbedingungen entfalten, die von den elementarsten Sorgen weitgehend befreien. Dass sie allem möglichen Zwang ausgesetzt sind, führt die unteren Klassen, wie wir bereits sahen, zu einer pragmatischen und funktionalistischen [zweckgerichteten] Ästhetik, die jedes l´art pour l´art und formale Experimente als sinnlos und läppisch zurückweist, und motiviert auch ihre alltäglichen Entscheidungen und die Wahl ihres Lebensstils, der notwendigerweise rein ästhetische Intentionen als ‚hellen Wahnsinn‘ ablehnt.“ (S. 591)

Nach Pierre Bourdieu etabliert sich in den „unteren“ Bevölkerungsschichten ein spezifischer Lebensstil, aus dem heraus nur die lebenspraktische Seite, der Blick für das Lebensnotwendige dominiert; Theaterbesuche, die Auseinandersetzung mit Literatur und Kunst, mit immateriellen geistigen Gütern, Inhalten und Zusammenhängen liegen außerhalb des normierten Denkens. Umso mehr ist aber gerade diese Auseinandersetzung eine Voraussetzung für geistige Beweglichkeit, um die eingeschränkte Lebenssituation hinterfragen und bewältigen zu können.

[21] Der von Hermann Knoflacher (2013) verwendete Begriff verweist auf die vor allem uns Menschen eigene Hirn- und Denkbildung, „jener Mobilität, die uns aus den Gruppen der Hominiden zu kultivierten und zivilisierten Gemeinschaften geführt hat.“ (S. 103) Um Denken und Erkennen zu unterstreichen, steht der Begriff im krassen Gegensatz zur herrschenden „Massenmobilität“, die nur auf physische Fortbewegung und auf Geschwindigkeit setzt. Dazu aus einer Radiosendung: Wir laufen immer schneller und denken nur, wie wir das schaffen können, anstatt nachzudenken, ob es sinnvoll ist, was wir tun, eben unseren Verstand und unseren Geist einzusetzen..

7.3 Wohnen für wechselnde Bedürfnisse

7.3.1 Soziale Durchmischung

Der allgemeine Trend zu individueller Lebensgestaltung, das Wohnen den jeweiligen Lebensumständen, Lebensstilen sowie den wechselnden Bedürfnissen in verschiedenen Lebensphasen anzupassen, hat notwendig auch unterschiedliche Wohnungskonzepte zur Folge. Allein dieser breitgefächerte Wohnungsmix im Angebot sorgt für eine Durchmischung in Bezug auf Altersgruppen, Berufs- und Lebensorientierung, sodass eine Vielfalt in der Bevölkerungsstruktur erreicht wird. Singles, Alleinerziehende, Studenten, Familien mit Kindern, ältere Paare einschließlich behinderte Personen mit Betreuungsbedarf bilden ein vielfältiges Mosaik an verschiedenen Lebensformen, weshalb die „soziale Durchmischung“ eine Stadt in ihrer Vielfalt bereits etabliert. Die Unterschiedlichkeit der QuartiersbewohnerInnen demonstriert nicht nur urbanes Leben, Diversität, sie ermöglicht auch die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Personen- und Bevölkerungsgruppen. Vielfalt hat deshalb auch eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Gerade Behindertengruppen machen das besonders deutlich, denn je mehr diese zum selbstverständlichen Gesamtbild der Stadtgesellschaft gehören, umso mehr wird bewusst, man lebt in einem öffentlichen Raum, zu dem grundsätzlich alle BürgerInnen Zugang haben. Im Sonnwendviertel ist deshalb eine betreute Wohngemeinschaft für Menschen mit Behinderung ein wesentlicher Bestandteil im neu errichteten Quartier:

© ÖHTB. Wohngemeinschaft Hackergasse

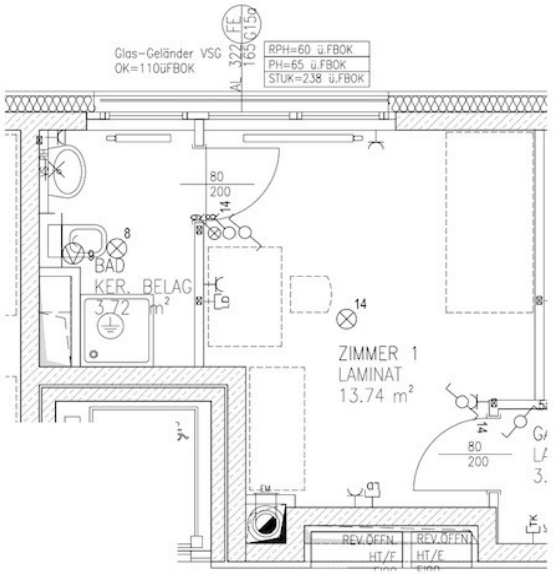
Ein weiterer gesamtgesellschaftlicher Aspekt kann in der Hinwendung zu intergenerativen Wohnformen (Mehrgenerationen-Wohnen) gesehen werden. Die Entwicklung, dass traditionelle Verbindungen wie Familie erodieren, fest verankerte Strukturen immer mehr an Bedeutung verlieren, macht es notwendig, sich selbstbestimmt ein soziales Umfeld als frei gewählte Wahlgemeinschaft oder „neue Familie“ zu suchen. Das Miteinander verschiedener Generationen oder Altersstufen hat demnach eine natürliche Grundlage. Denkt man nur an die Gruppe der „jungen Alten“ wird deutlich, diese noch rüstigen Menschen wollen in ihrer angestammten Umgebung „wie gewohnt“ (Schmitt/Selle 2008,198) leben und auf keinen Fall den Anschluss an die Gesellschaft verlieren. Anstatt sich in ein Altenheim zurückzuziehen, wollen diese meist gebildeten älteren Menschen „ihren Lebensabend nicht einsam im ‚empty nest‘, sondern kommunikativ, mit guter kultureller, sozialer und gesundheitsmäßiger Infrastruktur verbringen“ (Sozialplanerin Angelika Simbriger in Schmitt/Selle 2008, 352). Neue Eindrücke und Herausforderungen machen diese im Grunde „Junggebliebenen“ offen für nachbarschaftliches Zusammenleben und dafür, dass man *gebraucht* wird und mit der Übernahme von Aufgaben einschließlich sozialer Dienstleistungen dem Leben einen Sinn gibt.

Sozialplaner Joachim Brech spricht in diesem Zusammenhang von „Kitt“, der die Menschen zusammenhält, wenn bspw. eine alleinerziehende Mutter kurzfristig eine Betreuung für ihr Kind braucht, wenn gerade ältere Menschen Unterstützung im Umgang mit den neuen Kommunikationsmitteln brauchen, ebenso zeitweilige Nachbarschaftshilfe, wenn manches nicht mehr allein bewältigt werden kann. Die Möglichkeiten für intergenerative Vernetzung sind vielfältig, es kommt nur darauf an, dass sie gesehen und genutzt werden, was beim generationenübergreifenden Wohnen auch im Sonnwendviertel der Fall ist.

Die Mehr-Generationen-Wohnung besteht aus 2 Wohnungen, die mittels eines Schaltzimmers verbunden sind.

Beispiel:
3-Zimmer-Wohnung für z.B. Familie mit Kindern +

1-Zimmer-Wohnung für einen Familienteil wie z.B. Großeltern oder Studenten



S. MÖBLIERUNGSPLAN-TEIL 2

© A.Wimmer

Der zentrale Aspekt sozialer Durchmischung ist das Neben- und Miteinander gut situierter Bevölkerungsteile bis einkommensschwacher Haushalte, also der Abbau von Klassenunterschieden. Darauf wurde im Sonnwendviertel besonderer Wert gelegt. Unabhängig von einem breit gefächerten Wohnungsangebot für unterschiedliche sowie wechselnde Bedürfnisse läuft die Grundkonzeption des Wohnprojektes der 1. Bauphase auf eine bestmögliche Mischung von einer „besser gestellten Mittelschicht“[22] bis zu einer finanzschwachen, zum Teil schon armutsgefährdeten Bevölkerung hinaus. Ein geringer Anteil an Eigentumswohnungen für Gutverdienende, etwa zwei Drittel der Wohneinheiten (Mietkauf mit Eigentumsoption) für jene, die den Wohnungsstart finanziell schaffen und ein hoher Anteil von Wohnungen mit Superförderung für die Einkommensschwächsten sorgen für eine weitgehende Chancengleichheit in der Bevölkerung. Darauf kommt es im Wesentlichen an. Denn erst in der Mischung unterschiedlich ausgestatteter Bevölkerungsteile können jene Spaltungstendenzen überwunden werden, die in manchen Großstädten zur Polarisierung der Stadtgesellschaft, zur „räumlichen Konzentration von Armut“ geführt haben (vgl. Alisch 2002). Das heißt, homogene Blockbildung wird durch die gemischte Zusammensetzung unterschiedlicher Bevölkerungsschichten verhindert.

7.3.2 Der Ansatz zum Aufbau einer lokalen Wirtschaft? Wohnen und Arbeit rücken wieder mehr zusammen

Den neuen Trends zufolge lässt sich abschätzen, dass dank der neuen Technologien „immer mehr Menschen zu Hause arbeiten werden“[23] und dass zunehmend instabile Arbeitsverhältnisse oder Arbeitsverlust die Menschen zwingen, „sehr viel Zeit zu Hause [zu] verbringen.“ Der wirtschaftliche Strukturwandel, hin „zu einer wissensbasierten Dienstleistungsökonomie“ (Häußermann *et al.* 2008, 177), stellt intellektuelle Arbeit in den Vordergrund, die weder räumlich noch zeitlich an feste Standortbedingungen gebunden ist. Die Autoren Häußermann, Läpple und Siebel halten dazu fest: „Merkmal der Arbeits- und Lebensweise der urbanen Wissensökonomie ist die enge Verflechtung von beruflichen, sozialen und persönlichem Leben. Dies führt dazu, dass sich die traditionelle funktionale, räumliche und zeitliche Trennung der Sphären Arbeit, des Wohnens und der Freizeit in dieser urbanen Arbeitsgesellschaft ‚verflüssigt‘ oder auflöst.“ (S. 175f) Der Wandel zur wissensorientierten Dienstleistungsgesellschaft hat aber

[22] Siehe dazu auch Beitrag von Angelika Simbriger In Schmitt/Selle 2008, 253
[23] Architekt und Sozialplaner Joachim Brech, Soziale Nachhaltigkeit und Architektur [1]

auch noch tiefgreifendere Auswirkungen, denn er führt zu einer grundlegenden „Neubewertung menschlicher Arbeitskraft“ (ebd., 163). Während die geistig-intellektuelle Kreativität der Professionals einen überaus hohen Stellenwert einnimmt, rangiert manuelle Fertigungsarbeit im untersten Bereich, nicht zuletzt deshalb, weil sie zunehmend durch Maschinen, man denke nur an die Roboterindustrie, ersetzt werden kann. Manuelle Tätigkeit hat wie das Handwerk viel von ihrem ursprünglichen Wert eingebüßt, mit dem Ergebnis, dass wichtiges Humankapital, berufliches Erfahrungswissen und Kompetenz verloren geht und mit ihm eine lokale Ökonomie, die weitgehend für eine Vernetzung in der Gesellschaft und für deren Zusammenhalt gesorgt hat.

Die fortschreitende Industrialisierung und die damit verbundene global sich ausbreitende Ökonomie manövriert die Menschen in die Rolle des bereitwilligen Abnehmers, des abhängigen Konsumenten. Das ist die Folge der industriellen Massenproduktion. Der Überfluss an käuflichen Gütern, die alle Lebensbereiche bis ins Kleinste abdecken, macht die eigne Produktion überflüssig. Dadurch gehen Kompetenz und menschliche Fähigkeiten verloren, jene sozialen Ressourcen, die eine Eigenversorgung sicherstellen. – Der Wiederbelebung handwerklich-praktischer Fähigkeiten, im bescheidenen Maß wieder selber zu produzieren, kommt in einzelnen Projekten eine große Bedeutung zu. Den Anstoß, praktisches Geschick und eigene Fähigkeiten zu entwickeln, gibt der Werkraum.

Großräumig angelegt, können mehrere Schaffende ans Werk gehen, was ansteckend ist und gleichzeitig Neugierde für das Tun des Nachbarn weckt. Aber auch weniger praktisch veranlagte BewohnerInnen können vom Werkraum oder einer Werkstatt profitieren, indem die sog. Profis ihr Know-how zur Verfügung stellen, etwa einen kleinen Schaden reparieren, ein Fahrrad

wieder flott machen und dgl. Als Vernetzungsebene bietet der Werkraum ein weites Feld an internen Berührungspunkten, die nebenbei auch Einblick in den Lebensalltag von Nachbarn gewähren. Gerade das, die HausbewohnerInnen auch von ihrer menschlichen Seite kennenzulernen, ist besonders bindend.
Das eigentliche Ziel ist aber Wohnen mit berufsmäßiger Arbeit oder Beschäftigung zu verbinden. Dazu stehen in mehreren Wohngebäuden eigene zumietbare Räume (home offices) zur Verfügung.

Ebenerdig und von außen zugänglich, können sie als Büro genutzt werden, schaffen somit eine Infrastruktur, die von den BewohnerInnen selbst ausgeht und zu weiteren Betriebsinitiativen anregen kann.

Mit den Werkräumen und dem zusätzlichen Raumangebot für selbstständige Beschäftigung oder Erwerbsarbeit ist ein Startprogramm verwirklicht, das sowohl praktisch veranlagte Menschen als auch BewohnerInnen mit Initiativgeist ansprechen soll. Dadurch gewinnt die Entfaltung eigener Potentiale und Fähigkeiten wieder an Boden und auf längere Sicht eine Bereitschaft zum Selbermachen. Der Trend, Reparatur-Cafés einzurichten, um die Nutzungsdauer vieler Geräte zu verlängern, kann als einer der Hauptansatzpunkte für eine Umkehr zu nachhaltigen Produkten gesehen werden, produktive Tätigkeit in der Bevölkerung wieder mehr zu verankern, um damit die Basis für eine lokale Wirtschaft zu schaffen.
Wirtschaftliche Selbsthilfe im Sinn einer lokalen Ökonomie ist ebenso ein Anliegen von Soziologen und Soziologinnen wie Monika Alisch (2001) und anderen Fachleuten. Sie plädieren für eine lokale, gemeinwesensorientierte Wirtschaft, die „die Fähigkeiten und Kenntnisse der Bevölkerung“ (S. 146) als die wichtigsten Ressourcen ausschöpft, um durch die Menschen selber eine lokal-regionale und vor allem sozialverträgliche Wirtschaft aufzubauen. Ziel dieser

Sozialen Ökonomie ist es, den Wandel von einer „Kultur der Abhängigkeit“ „in eine Kultur der Gegenseitigkeit und Selbstbestimmung zu vollziehen“ (ebd., 146). Konkret bedeutet das den Austausch von Dienstleistungen innerhalb der Bevölkerung, ebenso das Herstellen und Vertreiben von „Produkten des täglichen Lebens“ (ebd., 260), die an Ort und Stelle den Bedarf der Menschen decken und wesentlich zur Vernetzung der Gesellschaft beitragen. Die Idee der lokalen Gemeinwesensökonomie schließt aber die globale Marktwirtschaft nicht aus, sie beschränkt sie nur auf das notwendige Maß, damit sich auf lokaler Ebene überhaupt ein tragfähiges selbstorganisiertes Wirtschaftsnetz entwickeln kann.

7.4 Zusammenfassende Gesamtschau

Ausgangspunkt meiner Betrachtung ist der integrative städtische Entwicklungsplan (STEP 05, STEP 2025), demzufolge die zentralen lebensweltlichen Ebenen synergetisch zusammenwirken und eine Einheit bilden. Wohnen, Wirtschaft und Arbeit, der Bildungscampus und der öffentliche Grün- und Freiraum einschließlich der Helmut-Zilk-Park sind Teile eines Gesamtkonzeptes, können also nicht nur für sich allein gesehen werden. Im Folgenden soll daher auf die Querverbindungen innerhalb der Lebensbereiche Wohnen – Bildung – Grünraum eingegangen werden.

Wie integrativ die einzelnen Handlungsebenen zusammenwirken, zeigt sich am auffälligsten in einer erkennbaren Parallelität zwischen Wohnen und dem Bildungsbereich. Ging es beim Wohnen im Wesentlichen darum, den Stadtbewohnern und -bewohnerinnen ein lebenswertes Leben in der Stadt zu ermöglichen, sie gleichzeitig zu befähigen, solidarisch und selbstbestimmt ihr Lebensumfeld zu gestalten, ist dieses Grundkonzept ebenso deutlich im Bildungsbetrieb des Campusmodells Wien Hauptbahnhof zu erkennen. Im Gegensatz zum althergebrachten Schulbetrieb, wo „Einer spricht, 20 Schülerinnen und Schüler saugen auf“[24] gilt, hat soziales Lernen oberste Priorität. Das heißt, die Kinder bewältigen allein oder in wechselnder Gruppenzusammensetzung selbstgewählte, ebenso gestellte Aufgaben, bringen dabei ihre eigenen Vorstellungen und Ideen ein und tragen so zur Problemlösung bei. Auf diese Weise können sowohl die eigenen Fähigkeiten und Potenziale geweckt werden als auch der Gemeinschaftssinn. Dies soll zu einer aktiven Lebenseinstellung und einem demokratischen Bewusstsein führen. Schule wird so zum „Schrittmacher gesellschaftlichen Wandels“ (Alisch 2001, 131), der aus Bevormundung und Abhängigkeit herausführen soll.

[24] Qualitätenkatalog zum Campusmodell Wien Hauptbahnhof, S. 4

Diese eben angesprochene „neue Art des Lehrens und Lernens“, die individuelle Entfaltung und die Hinführung zu einem fruchtbaren Miteinander im Blick hat, bedarf aber auch veränderter räumlicher Verhältnisse. Auch darin werden auf beiden Ebenen, des Wohnens und der Bildung, die gleichen Wege eingeschlagen: Die Abkehr davon, sich nur in die Privatsphäre der eigenen Wohnung zurückzuziehen bzw. die Erweiterung des Wohn- und Lebensraums nach außen findet seine Entsprechung in einem System „offener“ Bildungseinrichtungen, das die Kinder nicht mehr auf Stammklassen fixiert, sondern die Begegnung mit dem gesamten Lernumfeld der Kinder und Jugendlichen bis 14 zum Ziel hat. Der jederzeit mögliche Zusammenschluss mehrerer Klassen zu einem erweiterten Lernumfeld, einem „Cluster“, sowie der „Marktplatz“ als gemeinsamer Treffpunkt fördern bei allen Altersstufen ein Bewusstsein der Zusammengehörigkeit.

Das Zusammenleben der kleinen wie großen CampusbewohnerInnen, vom Kindergarten bis zu den 14-Jährigen, tendiert so zu einer lebendigen „Dorfgemeinschaft“.

Dem steht im Wohnungsbereich die Öffnung zur näheren Wohnumgebung, zum Quartier, der Bezug zur Stadt gegenüber. Um diese Parallelität noch stärker hervorzuheben, können 2 Bilder veranschaulichen, worum es im Kern einer Neuorientierung geht, nämlich um die „Verknüpfung von ‚Drinnen‘ und ‚Draußen‘“[25], genau genommen um die Rückgewinnung und Belebung des öffentlichen Raums, womit die Stadt in ihrer Gesamtheit wieder zum Lebensraum ihrer BewohnerInnen werden kann.

[25] Qualitätenkatalog zum Bildungscampus Wien Hauptbahnhof, S. 7

»Hinauswohnen« **»Hinauslernen«**

© Kada. Gerhard Hagen

© PPAG architects

Über die Bewegung, dem Heraustreten aus der Abkapselung abgeschotteter Lern- und Wohnräume, kommen sowohl Kinder als auch Erwachsene zu einer gemeinschaftsbezogenen Lebenseinstellung. Darin liegt auch die zentrale Aufgabe des noch in Bau befindlichen Helmut-Zilk-Parks. Er soll nicht nur als Erholungsraum die Lebensqualität im neu errichteten Stadtteil und in den angrenzenden Stadtgebieten heben, sondern vor allem Stadt als gemeinsamen Raum erlebbar machen (vgl. Häußermann *et al.* 2008, 329). Indem alle StadtbewohnerInnen gleichen Zutritt haben, stärken Grün- und Freiflächen einschließlich Parks ein kommunales Bewusstsein, vor allem dann, wenn diese öffentlichen Plätze Gelegenheit bieten, sich zusammenzusetzen, zu diskutieren, um nicht nur private, sondern auch lokale Angelegenheiten zu besprechen. Darin liegt ihre ursprüngliche Funktion, dass nach dem Vorbild früherer Dorfplätze allgemeine Interessen vertreten, ebenso Konflikte ausgehandelt werden, also der öffentliche Raum wieder zu einem Schauplatz gesellschaftlicher Begegnung und Auseinandersetzung, im weitesten Sinn „zu einem Ort des Politischen wird."[26]

Diese Zielrichtung, den öffentlichen Raum wieder neu zu entdecken, ist auf allen drei Ebenen feststellbar, im Wohnen, im Bildungsbereich sowie im Grün- und Freiraum. Die Öffnung nach außen, die Verwirklichung des Marktplatzgedankens wie die innovativen Lösungsansätze insgesamt können als Grundstein für eine Wiederbelebung öffentlicher Räume und einer solidarisch-vernetzten Gesellschaftsstruktur gesehen werden.

[26] Christoph Reinprecht sinngemäß ORF Ö1 Sendung „Ringen um den öffentlichen Raum" am 02.09.2014

8 ExpertInnen-Befragung und Ergebnisse

Erstmalig mussten sich bei der Realisierung des Projekts Sonnwendviertel Bauträger und Fachexperten mit dem Kriterium „Soziale Nachhaltigkeit“ befassen. Was diese aufgrund eigener Erfahrungen und intensiver Auseinandersetzung als zentrale und wesentliche Schwerpunkte betrachten, ist Gegenstand dieser Untersuchung. Um einen Gesamtüberblick über die verschiedenen Perspektiven der beteiligten Akteure zu erhalten, wurden ein Bauträger, involvierte Architekten und Sozialplaner, einschließlich politischer Ansprechpartner um ihre Fachmeinung befragt. Dies ist umso wichtiger, da das Zusammenwirken aller Akteure mit Blick auf einen 2-stufigen Bauträgerwettbewerb sogar vorgeschrieben ist.
Insgesamt wurden 10 Experten und Expertinnen interviewt, die nicht nur über ein „besonderes Wissen verfügen“ (Gläser/Laudel 2009, 11), sondern die sich aus eigenem Interesse und Engagement für den Aufbau sozialer Strukturen im Wohnbau einsetzen. Aus diesem Grund war v.a. ihre Fachmeinung von Bedeutung, woraus sich für die Untersuchung die Wahl qualitativer Methoden ergibt. Allerdings ist einschränkend zu bemerken, dass nicht für alle Wohnprojekte fachliche Auskunftspersonen herangezogen werden konnten.
Dem eben beschriebenen Untersuchungsziel zufolge wurde eine offene Gesprächsführung gewählt, bei der der Fachexperte/die Fachexpertin seine/ihre Sicht der Dinge ausführlich darlegen kann, ohne von vorgegebenen Fragen unterbrochen zu werden. Zwischenfragen wurden im Rahmen einer „natürlichen Gesprächssituation“ (ebd., 42) so gestellt, dass sie ausführende Erklärungen noch weiter vertiefen, den Redner nicht aus dem Konzept bringen. Trotzdem wurde auf vier zu untersuchende Leitthemen immer wieder Bezug genommen, die den Interviewpartnern frühzeitig mitgeteilt wurden:

1. Welche sozialen Aspekte wurden verwirklicht und auf welche wurde besonderer Wert gelegt?
2. Gibt es Vorstufen oder Modelle, auf die man zurückgreifen konnte?
3. Welche Schwierigkeiten tauchen dabei auf?
4. Welche Entwicklungen zeichnen sich ab?

Die Auswertung der Interviews folgt den Richtlinien der qualitativen Inhaltsanalyse. Nach mehrmaliger Sichtung der Transkripte, der Untersuchung des Rohmaterials auf relevante Informationen, wurden die Schwerpunkte der einzelnen Interviews zusammengefasst. Aus ihnen ergeben sich die Auswertungskategorien, deren Inhalte in einem systematischen Zusammenhang stehen (vgl. Gläser/Laudel, 197f).

Im Rahmen einer auswertenden Interpretation wurden auch eigene Sichtweisen herangezogen. Entscheidend sind bei dieser Befragung aber die Sichtweisen der Befragten, um aus deren Expertenmeinung Aufschluss über die im Projekt enthaltenen sozialen Strukturelemente zu bekommen. Das erforderte allerdings, dass dem *Prinzip der Offenheit* besonderer Wert beigemessen wurde, und zwar in dem Sinn, dass zur Erfragung besonders wichtiger Aspekte dem Befragten größtmögliche Redefreiheit zugestanden werden muss und Auswertungskategorien nicht schon von Beginn an festgelegt werden. Die Autoren Gläser und Laudel weisen ausdrücklich darauf hin, dass „ein ex ante feststehendes Kategoriensystem nur eine geringe Offenheit zulässt." (ebd., 205) Noch deutlicher ausgedrückt:

> *„Das Prinzip der Offenheit fordert, dass der empirische Forschungsprozess offen sein muss für unerwartete Informationen. Besonders wichtig sind dabei Informationen über wesentliche Aspekte des Gegenstandes, die durch das für die Untersuchung entwickelte Vorverständnis nicht erfasst werden oder ihm sogar widersprechen. Das Prinzip der Offenheit verlangt von den Forschern, beobachtete Tatbestände nicht vorschnell unter bekannte Kategorien zu subsumieren." (ebd., 30)*

8.1 Einblick in das Gesamtprojekt Sonnwendviertel aufgrund der ExpertInnen-Befragung

Aus der Sichtung und Bearbeitung des Interviewmaterials haben sich folgende vier Kategorien als Themenschwerpunkte ergeben:

I. Partizipation – Gemeinschaftsbildung

II. Aufgabe, Herausforderungen und Aspekte der Prozessbegleitung

III. Vom Projekt- zum integrierten Stadtgebiet. Das Zusammenwachsen von Alt und Neu und ihre wechselseitige Bedeutung für den Integrationsprozess

IV. Schwierigkeiten und besondere Herausforderungen auf dem Weg zu einem integrierten Stadtgebiet

I. Partizipation – Gemeinschaftsbildung

➢ *Tragfähige Gemeinschaftskonzepte mit untersch. Schwerpunktsetzung*

Obwohl Projektplaner und -entwickler von gemeinsamen Rahmenbedingungen ausgehen, ist die eigene Handschrift der involvierten Akteure zu erkennen. Trotzdem und unabhängig davon sind in Bezug auf Gemeinschaftsbildung 2 Konzepte zu unterscheiden und das auch nur in der Betonung besonderer Schwerpunkte oder Aspekte, auf denen Gemeinschaft aufbauen kann.

1. Gemeinschaft als Partnermodell

Gemeinschaftsbewusstsein entsteht zuallererst im gemeinsamen Erleben und Erfahren, eines der einfachsten und unverbindlichsten Mittel, um ein Klima der Verbundenheit zu schaffen. Dieses findet vor allem bei einem Projekt seine Berücksichtigung, wobei im „Miteinander: Erleben – Begegnen – Bewegen“[27] die Grundelemente für ein Leben in Gemeinschaft angesprochen sind. Gemeinsames Erleben nimmt dabei eine wichtige Stellung ein und äußert sich in der offenen Begegnung bei Festen und Feiern, bei gemeinsamen Treffen oder Veranstaltungen, wobei der Wohlfühlaspekt eine ebenso große Rolle spielt wie das gemeinsame Tun. Was die Leute zusammenhält und zusammenführt, sind nicht bloß gemeinsame Aktivitäten, auch die Gemeinschaftsatmosphäre ist ein zu beachtender Gesichtspunkt, dass unter den HausbewohnerInnen ein gutes Klima herrscht, man sich wohl fühlt und sagt: „Da setzen wir uns gern zusammen“, so Ronald Sirch von der Baugruppe Kallco. – Sich Wohlfühlen in einem sozialen Klima der Offenheit und Zugehörigkeit legt bei diesem Konzept den Grundstein, sich auch mehr zu begegnen und zu vernetzen. Emotionale Verbundenheit, „dem Ganzen eine Seele geben“[27] ist somit ein wichtiger Ansatz, um die Menschen zusammenzubringen.

Es kommt also nicht nur darauf an, Gemeinschaftsräume und -plätze anzubieten, sondern ebenso auf das Atmosphärische, wie es durch künstlerische Interventionen in den Gebäuden Eingang findet. Dass eine künstlerische Gestaltung oder Kunstobjekte bei diesem Projekt und auch bei anderen Projekten einen so hohen Stellenwert einnehmen, ist damit begründet, dass die mit Kunst verbundene „Aufwertung des Wohnumfeldes und der eigenen Wohnung auch die BewohnerInnen selbst aufwertet“[27]. Die Aufwertung des Gebäudes begünstigt somit ein Klima gegenseitiger Wertschätzung, MitbewohnerInnen offen zu begegnen, sich als wertvolle HausbewohnerInnen zu sehen und als solche anzunehmen.

[27] Prok. Ronald Sirch

Aus dem Bisherigen geht hervor, das Miteinander im Erleben, Sich-Begegnen und im Aufeinander-Zubewegen hat im Kern die Integration vor Augen und will zuallererst eine Wir-Haltung anbahnen. Dabei spielt aber ein gutes Verhältnis zwischen Bauträger bzw. Hausverwaltung und Bewohnerschaft eine ebenso bedeutende Rolle. Bei dem angesprochenen Konzept steht deshalb ein Partnerverhältnis, als „Qualitätspartnerschaft“[28] bezeichnet, im Vordergrund. Durch sie wird nicht nur Hierarchie zwischen „oben“ und „unten“ abgebaut, sondern das partnerschaftliche Wir-Verhältnis hat Auswirkungen auf die BewohnerInnen untereinander, sodass diese leichter zu einem Miteinander finden.

2. Selbstorganisierte Gemeinschaft – Mitbestimmung innerhalb überschaubarer Gruppen

Während das obige Konzept eine ungezwungene Begegnung, einen Austausch unter den BewohnerInnen sowie gemeinsame Aktivitäten über die neuen Kommunikationsmittel ermöglicht, also vorrangig durch eine Vernetzung von außen, zielt in einem anderen Projekt das Mitbestimmungskonzept „Solidarisch durch Mitbestimmung“[29] verstärkt auf die Bildung einer *selbstorganisierten* Gemeinschaft ab. Die BewohnerInnen sollen selber, im Gruppen- bzw. Gemeinschaftsverband, ihr Leben gestalten.
Um dieses Ziel zu erreichen, ist grundsätzlich zu bemerken: Wie schon beim vorigen Konzept entscheidet der Anfang über den Erfolg. Die Möglichkeit für die BewohnerInnen, in moderierten Veranstaltungen auszuhandeln, wie die räumliche Gestaltung ihres künftigen Zuhauses aussehen und das gemeinschaftliche Raumangebot genutzt werden soll, welche Wünsche noch oder nicht mehr finanzierbar sind, stellt Mitbestimmung und Mitentscheiden *von Beginn an* in den Mittelpunkt. Unterschiedliche Interessen, Vorschläge und Ideen zu bestimmten Nutzungen werden in moderierter Gruppenarbeit behandelt und mit nachfolgenden „Abstimmungsgesprächen“[30] zu einem Ergebnis gebracht. Damit bestimmen die BewohnerInnen ihr künftiges Wohnumfeld schon in der Planungsphase in vielen Details mit.

Der entscheidende Schritt zur Selbstorganisation ist durch die Einrichtung kleiner Arbeitsgruppen gegeben, die sich hauptverantwortlich um die Verwaltung der Gemeinschafts-räume und um die gemeinschaftliche Nutzung nach vereinbarten Regeln kümmern. Besonders

[28] Kallco Nachhaltigkeitsbericht 2001/2012, 4.5
[29] An dieser Stelle sei bemerkt, in dem angesprochenen Konzept „Solidarisch durch Mitbestimmung“ sind auch andere Projekte mit eingeschlossen. Graduelle Unterschiede ergeben sich nur daraus, inwieweit die BewohnerInnen über die Nutzung eines vorgegebenen Raumangebotes mitentscheiden oder auch schon bei der baulich räumlichen Gestaltung.
[30] Profil BWSG Zukunftsprojekt - Solidarisch durch Mitbestimmung. In Wohnen:plus 02/2012

engagierte BewohnerInnen übernehmen die Aufgabe, in kleinen Gruppen zu 6 bis maximal 8 Personen ein Konzept für die Nutzung und Ausstattung der Gemeinschaftsräume zu erarbeiten. In wiederholten Arbeitsgruppentreffen und im Informationsaustausch mit den übrigen MitbewohnerInnen wird ein Aushandlungsprozess initiiert, der ständige Beteiligung, das Einbringen zusätzlicher Vorschläge und Ideen, Zuspruch und Kritik mit einschließt. Die nutzungsoffenen Räume geben die Gelegenheit dazu. Wäre die Nutzung vorgegeben, würde sehr viel schwerer ein Beteiligungsprozess in Gang kommen.

Der eigentliche Nutzen liegt somit in der Nutzungsneutralität der Räume. Sie eröffnet erst die Möglichkeit zum Gestalten, was jeden befriedigt, wenn der eigene Einsatz etwas bewirkt, durch ihn etwas entsteht. Nur betroffen zu sein, auf Wünschen und Interessen aufzubauen, ist zu wenig. „Bürgerbeteiligung", unterstreicht DI Peter Beleda (MA 41) „braucht Gestaltungsspielraum. Wenn dieser nicht gegeben ist, weil zum Beispiel die wesentlichen Entscheidungen schon getroffen sind oder […] faktische Vorgaben den Handlungsspielraum zu weit einengen, macht Beteiligung wenig Sinn." (Perspektiven Heft 8/2011,49)
Umgekehrt schafft aber ein großer Gestaltungsspielraum, wie er in den Projekten gegeben ist, die nötigen Anreize, sich engagiert für die Ausgestaltung und Nutzung der Räume einzusetzen.

Die Möglichkeit und der Wille zum Gestalten ist neben den Interessen die entscheidende Triebkraft in den Arbeitsgruppen und in jenen Projekten, die darauf besonderen Wert legen. Das wird bei dem angesprochenen Projekt deutlich, das unter dem Motto „Solidarisch durch Mitbestimmung" in erster Linie die Selbstregulierung zum Ziel hat.

> *„In Beteiligungs- und Mitbestimmungsprozessen soll eines der Ergebnisse die gemeinschaftliche Zusammenarbeit sein, ein anderes, dass sich die Leute selber organisieren. Sie sollen ihre eigenen Spielregeln aufstellen, auftretende Probleme lieber selber lösen und nicht sofort zur Hausverwaltung rennen, wenn etwas nicht passt." (Cornelia Schindler)*

Dass dieses Konzept bereits innerhalb eines Jahres zu einer Vereinsgründung (soviesos) geführt hat, beweist den Zusammenschluss als selbstbestimmte, sich selbstregulierende Gruppe.

Das Gemeinsame knüpft an Interessen an

Das Grundkonzept dieser Organisationsform ist folgendes: Je nach Interessenslage finden sich die Leute zusammen, um gemeinschaftlich ihren Vorlieben nachzugehen. Das wird bei den Räumen, die großen Anklang finden, wie bspw. bei einem eigenen Fitnessraum, sehr deutlich: Hier dominiert das sportliche Interesse, ohne einen näheren Kontakt zu bezwecken. Die übenden BewohnerInnen sind vielmehr Trainingsgefährten, die am gleichen Ort der gleichen Beschäftigung nachgehen. Individuelles Bedürfnis und Gemeinsamkeit kommen hier gleichwertig zum Zug, wobei nach getaner „Arbeit" ein näherer privater Austausch die Leute durchaus näher zusammenbringen kann.

Ganz ähnlich funktioniert das Geschehen im Werkraum. Jeder kann nach eigenem Ermessen ans Werk gehen und Gemeinschaft als selbstbestimmtes Tun unter Gleichgesinnten erleben. Dieses Gemeinschaftsmuster hat mit der Vorstellung enger Freundschaftsbeziehung sehr wenig zu tun. Nach Auffassung aller Experten und Expertinnen hat „Wohnen in Gemeinschaft" nicht die Verbrüderung der Hausgemeinschaft zum Ziel, sondern eine Interessensgemeinschaft, die auf der gemeinschaftlichen Aushandlung von BewohnerInneninteressen aufbaut. Abseits jeder Vorstellung von einer „Kommune" kommt es nicht darauf an, „dass man sich vornimmt, sich nett zu begegnen", denn „Gemeinschaft entsteht durch konkrete Nutzungen, Interessen und Zweck", betont Sozialplaner Raimund Gutmann. Nicht der Gemeinschaftswille steht im Vordergrund, sondern das Vertreten eigener Interessen und diese auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen.

Partizipation im Sinn von Mitbestimmung als Mitentscheiden geht also von einer Interessens-gemeinschaft aus, die Aushandlung zum Grundanliegen gemeinschaftsbezogener Aktivitäten macht und Auseinandersetzung in keinster Weise ausschließt. Im Gegenteil, um Engagement zu entwickeln, können und sollen die BewohnerInnen Konfliktsituationen nicht ausweichen. Nach Überzeugung von Architektin Cornelia Schindler, die bereits langjährige Erfahrung mit partizipativer Planung hat, sollen sich „die Leute sogar aufregen, wenn etwas nicht passt, wenn beispielsweise Zigarettenstummel permanent auf den Boden geworfen werden", aber auch wenn es gilt, eigene Ideen und Vorschläge durchzubringen. Entscheidend ist nicht, dass gemeinschaftliche Aushandlungen „weniger konfliktbeladen sind, sondern *wie* mit Konflikten umgegangen wird." Letztlich sollen die besseren Argumente, eine Verfahrensweise, die zu guter Konfliktkultur gehört, den Ausschlag geben.

Was Partizipation im erweiterten Sinn bedeutet, soll im Folgenden zur Sprache kommen: Partizipation als Mitentscheiden führt zum Miteinander der BewohnerInnen, zu einer Interessensgemeinschaft, in der sich die einzelnen MitbewohnerInnen als Teil einer gesellschaftlichen Gruppe verstehen und mit ihren Beiträgen erst das gemeinsame Ganze hervorbringen. Im Zusammenwirken der unterschiedlichen Auffassungen und Beiträge wird solidarisches Zusammenleben schon auf Ebene der Hausgemeinschaft praktiziert, gewissermaßen schon Stadt im Kleinen gelebt und mit Blick auf den städtischen Raum „ein stückweit weiterentwickelt", so Raimund Gutmann. Aus dieser Perspektive betrachtet bringt das Mitbestimmungskonzept die Menschen wieder zueinander und legt die Grundlagen für städtisches Leben, das von Vielfalt und Vernetzung geprägt ist.
Gleichzeitig bildet BürgerInnenbeteiligung als Mitgestalten die Grundlage für demokratische Verhältnisse, denn Aushandlung und Interessensausgleich sind schon an sich ein demokratisches Vorgehen, womit dem Mitbestimmungskonzept auch eine gesellschaftspolitische Dimension zukommt. Es führt im Grunde dazu, dass sich Demokratie von „unten" durch die Bürgerinnen und Bürger aufbauen kann.

➢ *Ohne Privatheit keine nachhaltige Gemeinschaft*

Dieser Aspekt geht Architekt und Sozialplaner Joachim Brech zurück[31], beinhaltet aber keineswegs den Rückzug in die Privatsphäre im Gegensatz zu Vergemeinschaftung. Vielmehr ist damit das Recht angesprochen, in seinen privaten und individuellen Bedürfnissen nicht beeinträchtigt zu werden. Als Beispiel dafür können umlaufende Balkone dienen, die zwar zu gemeinschaftlicher Begegnung anregen, gleichzeitig aber das Problem mit sich bringen, dass private Gespräche sehr leicht mitgehört werden können und somit eine Einschränkung bedeuten, wenn man sich in die Wohnung zurückziehen muss.
Noch problematischer ist die Beeinträchtigung des Sicherheitsbedürfnisses, besonders bei älteren Menschen. Allein schon der Gedanke, „jemand könnte über die Brüstung klettern und meine Wohnung ist nicht sicher", löst für viele großes Unbehagen aus, was seinerseits dazu beitragen kann, MitbewohnerInnen nicht mehr so ungezwungen und vertrauensvoll zu begegnen[32].

[31] Joachim Brech. Soziale Nachhaltigkeit und Architektur [1-6]
[32] Auf diese Problematik weist Elisabeth Katschnig-Fasch hin; 1998, 296

Aber auch das Gerechtigkeitsempfinden kann in Mitleidenschaft gezogen werden, wenn darauf nicht Rücksicht genommen wird. Einen Wohn- oder Schlafraum neben einen Müllraum zu platzieren ist für Joachim Brech nicht nur bedauerlich, sondern menschenunwürdig. Allein das Wissen, der Müll befindet sich unmittelbar in meiner Wohnumgebung, die anderen BewohnerInnen sind davon verschont, erzeugt ein Gefühl von Ungerechtigkeit und kann das Zusammenleben beeinträchtigen. Das heißt, wenn Architektur nachhaltig sein soll, muss sie auch auf die „Mentalität der Menschen“[33] eingehen und ihre grundlegenden Bedürfnisse berücksichtigen.
Gemeinschaft zu inszenieren, ohne dabei die individuellen Bedürfnisse nach Privatheit und Sicherheit gerecht zu behandeln, ist der Gemeinschaftsbildung eher hinderlich und fordert zur grundsätzlichen Frage heraus, wie beide divergierenden Aspekte von Privatheit und Gemeinschaft zu vereinbaren sind.

Eine weitere schwer zu lösende Problematik ergibt sich aus dem menschlichen Bedürfnis, sich in seinem Milieu wiederzufinden. Joachim Brech sieht darin ein unverzichtbares Recht auf Privatheit begründet, denn „jeder hat das Bedürfnis, sich im eigenen Milieu wiederzufinden“. „Jeder möchte unter Seinesgleichen wohnen, in seinem Milieu“[34], womit aber die Gefahr homogener Gruppenbildung verbunden ist, die ein allgemeines Gemeinschaftsbewusstsein verhindert. Auch hier tut sich die Problematik zweier entgegengesetzter Bedürfnislagen auf, einerseits der Gemeinschaftsorientierung und andererseits dem Recht auf Privatheit, deren Lösung noch offen steht.

Nach Joachim Brech verlangen die individuellen Bedürfnisse größere Beachtung, dementsprechend auch der Aspekt der Alltagstauglichkeit, eine Architektur, „die dem normalen Leben angepasst ist, um den Alltag gut bewältigen zu können.“ Das setzt allerdings voraus, dass die baulichen Konzepte nicht nur die Denkweisen der Architektur widerspiegeln, was alles möglich ist, sondern vor allem alltagspraktische Gesichtspunkte ihre volle Berücksichtigung finden.

[33] Architekt und Sozialplaner Joachim Brech
[34] Joachim Brech, Soziale Nachhaltigkeit und Architektur [3]

➢ *Beteiligung an den Gemeinschaftskonzepten*

Nach Auffassung aller Experten kann echte Beteiligung nur in freier Anteilnahme an gemeinschaftlichen Angeboten erfolgen, weshalb Partizipation letztlich die freie Entscheidung jedes Einzelnen ist, ob Gemeinschaftsangebote angenommen werden oder nicht. Gerade in der Stadt müssen die Menschen auch so leben dürfen, dass sie keinem Gruppenzwang unterliegen und mehr oder weniger distanziert von den anderen Abstand halten können. „Anonymität ist ein legitimes Recht“ wird von Architektin Cornelia Schindler eingeräumt, wonach im günstigsten Fall sich etwa ein Drittel an gemeinschaftlichen Prozessen sehr engagiert beteiligt, ein zweites Drittel mitmacht und der restliche Teil nur wohnen will. Das ist im Groben die Ausgangslage, die in Bezug auf Beteiligung zu der realistischen Einschätzung zwingt, „manche nehmen das Gemeinschaftsangebot an, andere nicht“[35]. Von einer Gemeinschaftseuphorie kann daher keine Rede sein. Angestoßen ist mit dem Angebot nur der Prozess, in dessen Verlauf „der eine oder andere auf den Zug aufspringen wird“.

Daraus und mit Blick auf den angesprochenen Befund zur Beteiligung ergibt sich eine weitere Konsequenz: Vor allem bei der Beteiligung an Mitbestimmungskonzepten spielt die Gruppe der Engagierten eine entscheidende Rolle. Sie sind nicht nur für die Hausverwaltung wichtige Ansprechpartner, auf die man sich verlassen kann, sie sind auch gewissermaßen die „Zugpferde“, die andere mitreißen können. Als vorrangige Zielgruppe sind sie es, die Initiative ergreifen, Lösungskompetenz beweisen und das Gemeinschaftskonzept tragen, denn der Erfolg, wenn tatsächlich etwas Positives erreicht wird, überzeugt und reißt auch andere mit.
Bei allem angebrachten Optimismus, dass die Minderheit der Aktiven und an Gemeinschaft Interessierten Solidarität und Selbstregulierung in das gemeinsame Wohnumfeld bringen, darf nicht übersehen werden: Die Leute müssen erst an soziale Strukturen gewöhnt werden. „Menschen mit geringer Fähigkeit zur Selbstorganisation und Gemeinschaftsorientierung“[36] sind teilweise sogar überfordert, was sich bei einzelnen Jugendlichen zeigt. Wenige können durch eine unsachgemäße, verantwortungslose Benützung der Allgemeinbereiche bis hin zur Demolierung von teuren Anschaffungen das Projekt beeinträchtigen, wenn der Aufbauwille durch mutwillige Zerstörung untergraben wird. So sehr engagierte BewohnerInnen das Projekt voranbringen können, so sehr kann ihm eine problematische Minderheit schaden. Diesem Umstand wird in Zukunft noch mehr Beachtung geschenkt werden müssen.

[35] Sozialplanerin Margarete Havel
[36] Architekt Rudolf Szedenik

II. Aufgabe, Herausforderungen und Aspekte der Prozessbegleitung

Fasst man den Aufgabenbereich einer nachhaltigen Prozessbegleitung in einem Satz zusammen, geht es im Kern um die Frage: Wie kommen die Leute aus der Anonymität heraus und wie kann man sie zusammenbringen?
Menschen von tradierten Wohnvorstellungen wegzubringen, sie für ein Leben oder Wohnen in Gemeinschaft aufzuschließen, ist nach Expertenerfahrung ein schwieriges Unterfangen und verlangt vor allem eine praktisch orientierte Vorgangsweise.

Um eine Gemeinschaftsbasis aufzubauen, wird eine möglichst frühzeitige Beschäftigung mit der eigenen Wohnung und seinem Umfeld bewusst angestrebt, wobei die angewandten Strategien einiger Bauträger und begleitenden Experten eine einheitliche Linie erkennen lassen:
Der einfachste Weg zu einer Kultur des Miteinanders ist, sie von Anfang an zu praktizieren.
Noch vor Bezug der Wohnung ist die beste Zeit dafür gegeben, sind doch die BewohnerInnen von sich aus interessiert, Informationen über ihr künftiges Zuhause zu bekommen, Änderungswünsche anzumelden oder bei der Gestaltung ihrer Wohnung mitreden zu können. Das allein schon bietet die Gelegenheit, die künftigen Hausbewohner zu gemeinsamen Treffen einzuladen und im bescheidensten Fall das Ausmessen der Wohnung mit einem Imbiss – eventuell bei günstigem Wetter – zu verbinden. Auch die Idee und Praxis eines Bauträgers, schon bei der Fertigstellung des Rohbaus und später dann zur Eröffnung der Hausanlage die BewohnerInnen zu einem kleinen Fest einzuladen, um den Baufortschritt gemeinsam zu feiern, soll das Miteinander der künftigen BewohnerInnen fördern. Schon da können die Leute in ungezwungener Atmosphäre ihre künftigen Nachbarn kennenlernen, im unverbindlichen Miteinander den Werdegang ihres Zuhauses erleben, auf das sie gemeinsam stolz sein können. Denn Fest und Feier bringen nicht nur die Menschen zusammen. Der Feiercharakter an sich hebt den Wert der Wohnanlage, wodurch man sich umso stärker mit ihr verbunden fühlt. Das ist letztendlich auch das eigentliche Ziel,

> *in der Phase des Wartens auf die Fertigstellung Treffen zu organisieren, die verbindend wirken, aber auch Gelegenheit zum mehrmaligen Ausmessen der Wohnung geben und das klassische Thema „Sonderwünsche, Zusatzausstattung" möglich machen. Klar, dass dadurch eine Identifikation mit der Wohnung und der gesamten Anlage stattfindet. Die eigene Wohnung ist dann nicht nur eine Miet-wohnung, sondern ist eben mehr, weil etwas Persönliches drinnen steckt. (R. Sirch)*

➢ *Prozessbegleitung in der Planungsphase*

Partizipation durch Mitentscheiden ist besonders bei dem schon früher beschriebenen Projekt „Solidarisch durch Mitbestimmung“ das zentrale Leitmotiv. Partizipation wird bei diesem Konzept schon in der Planungsphase verwirklicht, um damit den Grundstein für selbstorganisiertes Zusammenleben zu legen. Diese Vorgehensweise, Partizipation schon von Beginn an zu ermöglichen, stellt für die am Prozess beteiligten Experten eine besondere Herausforderung dar.
In diesem Arbeitsvorgang sind sowohl Sozialplaner als auch Architekten als begleitende Fachleute gefordert. Letzteren kommt die Aufgabe zu, die künftigen BewohnerInnen gleich zu Beginn in einen gemeinsamen Gestaltungsprozess einzubinden, was bedeutet, die Wohnkonzepte der BewohnerInnen entsprechend ihren Bedürfnissen gemeinsam mit den Architekten zu erarbeiten. Um von der Vorstellung einer bloßen Mietwohnung wegzukommen, gilt es, die eigene Wohnung als echten Lebensraum zu gestalten, der auf die eigenen Bedürfnisse und Lebensverhältnisse zugeschnitten ist. Wesentlich dabei ist die Art und Weise der fachlichen Hilfestellung, *wie* in Bezug auf gestellte Anforderungen, Persönlichkeit, Lebensalter, sogar auf individuelle Lebensplanung ihr Zuhause dimensioniert und gestaltet werden kann. Im Eingehen auf die ganz persönliche Situation jedes Einzelnen wird gleichzeitig die Vorstellung mitgegeben, die künftige Wohnung ist Lebensraum, zentraler Mittelpunkt aktiver Lebensgestaltung und nicht nur Unterschlupf für einen bestimmten Geldbetrag.

Eingehen auf die BewohnerInnen - diesem Aspekt wird schon bei der Wohnungsvergabe große Beachtung geschenkt. Er äußert sich auch darin, dass den Leuten bewusst viel Zeit gegeben wird, um sich klar zu werden, was für sie das Beste ist. Zeit zu haben, um mit der Familie zu diskutieren, eine gute Entscheidung in gemeinsamer Aushandlung reifen zu lassen, spielt eine sehr wesentliche Rolle, nicht nur aus persönlichem Interesse, sondern auch im Hinblick auf die Gemeinschaftsbildung. Architekt Rudolf Szedenik bringt es auf den Punkt:

> *Die Architektur würde scheitern, wenn nicht die „software“, dieser Prozess beziehungsschaffender Auseinandersetzung eingeleitet und begleitet wird. Das ist das Entscheidende: Dadurch, dass wir jedem Einzelnen sehr viel Zeit geben und jeder sich mit seiner Wohnung intensiv beschäftigt, beginnt natürlich eine starke Identifikation und die trägt wesentlich dazu bei, dass man sich mit dem Ganzen identifiziert.*

Die frühzeitige und eingehende Auseinandersetzung mit der eigenen Wohnung ist somit Teil einer bewussten Strategie. Diese zielt darauf ab, einen hohen Identifikationsgrad, größtmögliche Aneignung des Wohnraums schon in der Anfangsphase zu erreichen. Indem sich die Menschen mit ihrer Wohnung, indirekt mit der gesamten Wohnanlage identifizieren, integrieren sie sich in das gemeinsame Ganze und schaffen so die Basis, auf der eine weiterreichende Vernetzung aufbauen kann.

➢ *Selbstorganisierte Gruppen und Gemeinschaftsbildung*

Mitbestimmung ist gleichzeitig gemeinsames Gestalten, weshalb die im Prozess eingebundenen Experten davon ausgehen, dass sich die schon in der Planungsphase gelebte Partizipation im dynamischen Prozess der Gruppenbildung fortsetzt. Dabei steht nicht nur Teilhabe am Gemeinsamen im Vordergrund, die Gemeinschaftsräume und Einrichtungen zu benützen, sondern vielmehr im gemeinsamen Entscheiden und Gestalten die grundlegenden Fähigkeiten zu entwickeln, sich gemeinschaftlich zu organisieren. Das heißt, es geht nicht primär um gleiches Recht für alle, das Angebot an Gemeinschaftsräumen für jeden zugänglich zu machen, sondern um die Prozesse, die darin stattfinden.
Das ist der entscheidende Punkt. Kern des Konzeptes ist, die BewohnerInnen sollen selber in gemeinsamer Aushandlung ihr Gemeinschaftsleben aufbauen, „sollen sich selber ihre Regeln geben“[37] und so zu einer organisierten Gemeinschaftsstruktur finden. Die Frage, wie muss man vorgehen, um dieses Ziel zu erreichen, ist aber überflüssig. Es gibt dafür kein Top-down-Rezept oder etwas Ähnliches wie eine Gebrauchsanleitung, wenn sich die Strukturen durch die BewohnerInnen selbst in einem Bottom-up-Prozess langsam entwickeln sollen. Das heißt, die Leute entwickeln im gemeinsamen Tun ihre eigenen Lösungen.

Für die prozessbegleitenden Fachleute bedeutet das, es kommt im Wesentlichen darauf an, die Leute zu motivieren mitzumachen, ihnen von Anfang an die Möglichkeit zu geben mitzuentscheiden und sie damit zu befähigen, sich selber zu einer Gemeinschaft hin zu entwickeln und diesen Prozess begleitend zu regulieren. Einer gelingenden Anschubhilfe kommt deshalb größte Bedeutung zu, soll der eingeleitete Prozess zu einer selbstorganisierten Gemeinschaft führen. Wird dieses Ziel erreicht, ist dadurch Prozessbegleitung entbehrlich. Die Aufgabe der Prozessbegleitung ist deshalb zweierlei: einerseits die Leute zu mobilisieren, andererseits darauf hinzuarbeiten, dass man nicht mehr gebraucht wird.

[37] Architektin Cornelia Schindler

➢ *Aufeinander aufbauen – ein wichtiges Grundprinzip*

Aus dieser Perspektive betrachtet wird verständlich, warum von den Experten bereits am Beginn des Prozesses so viel Energie in ein gelingendes Miteinander investiert wird. Um „anonyme Menschen" tatsächlich aus ihrem „Schneckenhaus" herauszuholen und für Gemeinschaft empfänglich zu machen, sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, auch die, die eine Hilfestellung von außen anbieten.
In diesem Zusammenhang spielt das Prinzip der Nachahmung, das Aufbauen auf bereits Bestehendem, eine ganz wichtige Rolle. Die Verknüpfung der hauseigenen Bewohnerschaft mit funktionierenden Gemeinschaftsprojekten, wie beispielsweise der „Autofreien Mustersiedlung" in Wien 21, bietet große Vorteile. Was die Menschen beeindruckt und motiviert, mithilft eine anfängliche Skepsis und Ängste abzubauen, ist die Tatsache, dass Gemeinschaft sehr wohl möglich ist. Das positive konkrete Beispiel oder Vorbild ist deshalb eines der stärksten Impulsgeber, auch eigene Schritte in diese Richtung zu setzen.
Ein weiterer Vorteil liegt in der Aufhebung von Statusunterschieden. Die BewohnerInnen begegnen sich von vornherein auf Augenhöhe und nehmen deshalb zielführende Hinweise viel lieber an, vor allem wenn kompetente Auskunftspersonen mit langjähriger Erfahrung die Führungen übernehmen. Der Abbau von jeglicher Hierarchie und das Bewusstsein, auf gleicher Ebene zu verkehren, bringt es mit sich, dem positiven Vorbild sehr aufgeschlossen zu begegnen und Mut zu bekommen, Ähnliches auch im eigenen Bereich umzusetzen. Insofern kann die verfolgte Vorbild-Strategie ein wichtiger Impuls sein.

➢ *Der Wert einer neutralen Prozessbegleitung*

Hierarchieabbau, möglichst auf Augenhöhe oder partnerschaftlich zu verkehren, spielt auch im Verhältnis zwischen den prozessbegleitenden Fachleuten und den BewohnerInnen eine nicht unbedeutende Rolle.
Der weitverbreitete Trend zur Gewinnmaximierung im Wirtschaftsleben bringt es mit sich, Unternehmen nicht unvoreingenommen zu begegnen. Ihnen wird von vornherein Gewinnstreben unterstellt und deshalb ein dementsprechendes Misstrauen entgegengebracht. „Selbst im geförderten Wohnbau", bemerkt Architekt Rudolf Szedenik, „ist eine grundsätzliche Misstrauenshaltung gegenüber Unternehmen nicht zu leugnen, eigentlich gegenüber allen, bei denen ein starkes Eigeninteresse vermutet werden kann." Bauträger haben deshalb im Rahmen der Prozessbegleitung eine schwache Position, sofern sie nicht von sich aus – wie bei einem

Projekt beschrieben – ein partnerschaftliches Verhältnis zu den Mietern aufbauen. Während Architekten schon einen wesentlich leichteren Zugang zu den BewohnerInnen haben – sie arbeiten zwar mit dem Unternehmen eng zusammen, verdienen aber nur ihr Honorar –, nehmen externe Begleiter eine vollkommen neutrale Position ein und können daher um vieles leichter an die Leute herankommen. Als reine Honorarbezieher, denen aufgrund ihrer Tätigkeit keinerlei Eigeninteresse unterstellt werden kann, sind Sozialplaner am leichtesten in der Lage, im Umgang mit den BewohnerInnen für ein offenes Begegnungsklima zu sorgen.

➢ *Zusammenschau. Die Perspektive einer „erweiterten Prozessbegleitung" - Architektur und Sozialplanung als gemeinsamer Prozess*

Wenn an früherer Stelle betont wird, die Architektur würde ohne intensive Prozessbegleitung scheitern, bezieht sich das auf jene Projekte, bei denen Selbstorganisation und Gruppenbildung ganz im Vordergrund stehen. Andere Projekte setzen andere Schwerpunkte, weshalb eine Vergleichbarkeit in Bezug auf Art und Ausmaß der Prozessbegleitung im Grunde nicht möglich ist. Ob schon in der Planungsphase, während der Bau- oder erst in der Nutzungsphase begleitende Fachkräfte am Werk sind, hängt in erster Linie von der Zielsetzung der einzelnen Projekte ab. Bisher war aber hauptsächlich von Projekten die Rede, bei denen die innere Organisation im Blickfeld stand, während jene, die ihren Schwerpunkt in der baulichen Struktur setzen, noch einer näheren Untersuchung bedürfen.

Dabei geht es nicht darum, tiefere Einblicke in Zusammenhänge der Architektur zu gewinnen, sondern soziologisch gesehen um die Frage, inwieweit Bauprojekte eine soziale Wirkung ausüben.
Elisabeth Katschnig-Fasch (1998) gibt dafür konkrete Hinweise. Sie stellt dar, wie ein Baustil die Menschen bis in den letzten Winkel ihrer Wohnung beeinflusst, „dass der Einfluss der Wohnungsstruktur auf das Wohnen, auf die Tätigkeiten in der Wohnung, die Nutzung der Wohnung […] von eminenter Bedeutung ist" (S. 219). So wie mit Blick auf den modernen (fordistischen) Wohnungsbau eine anonyme Architektur ihre Bewohner und Bewohnerinnen anonym macht (vgl. ebd., 228), soll umgekehrt die offene, auf Vernetzung ausgerichtete Bauweise im Sonnwendviertel die Leute aus der Anonymität herausholen, d.h., sie wirkt in Richtung eines Miteinanders ebenso sozialisierend, wie es die Prozessbegleitung im Umgang mit den Menschen tut.

Zwei exemplarische Projektbeispiele drücken bildlich aus,

© Kada. Gerhard Hagen

wie einerseits durch die Raumstruktur ein Zusammengehörigkeitsgefühl erzeugt wird – die Brücken sollen in diesem Beispiel nicht nur die Vernetzung der Wohngebäude symbolisieren, sie verbinden über diese Ebene auch die gemeinschaftlichen Einrichtungen miteinander –,

wie andererseits der Gemeinschafts-gedanke durch die Farbsymbolik aufgewertet wird. Das sog. „Leisure House“ (rechts abgebildet), das alle Gemeinschaftseinrichtungen beherbergt, erhält durch die Goldfarbe einen besonderen Stellenwert.

Ebenso strahlen auch die anderen Projekte in ihrer baulichen Struktur im hohen Maß Gemeinschaftsatmosphäre aus, wenn bspw. Gemeinschaftsräume im Erdgeschoß, Dachgeschoß und noch zusätzlich in den einzelnen Stockwerken die BewohnerInnen in ein soziales Gefüge einbetten sollen.

Fasst man zusammen, kann Prozessbegleitung in zweifacher Weise gesehen werden: Architektur und Sozialplanung, „hardware“ und „software“, können als integrierte Prozessbegleitung aufgefasst werden. Architektur ist nur eine andere Sprache[38], die wie die Sozialplanung Vernetzung und Vergesellschaftung im Blick hat.

III. Vom Projekt- zum integrierten Stadtgebiet. Das Zusammenwachsen von Alt und Neu und ihre wechselseitige Bedeutung für den Integrationsprozess

Wie schon bei der Vernetzung der HausbewohnerInnen auf der Wohnebene ist nach Fachmeinung der Experten für eine gelingende Integration des neuen Stadtteils mit dem Altbestand die Anfangsphase sehr entscheidend.
Auf Ebene des Stadtteilmanagements wird daher versucht, die neuen BewohnerInnen wie die Ansässigen „möglichst frühzeitig zu informieren, was da im Sonnwendviertel entsteht, kann mir das sogar Vorteile bringen...“. Das ist „erfahrungsgemäß die niedrigste Schwelle der Partizipation“, aber sehr wichtig, um mit den Betroffenen ins Gespräch zu kommen. Der Aufgabenbereich des Stadtteilmanagements bzw. der Gebietsbetreuung beschränkt sich nicht auf die Vermittlung zwischen BürgerInnen und Politik und Verwaltung, sondern sie sieht ihre vorrangige Aufgabe in der (direkten) Vernetzung der Menschen. Dazu bieten regelmäßige Informationsveranstaltungen Gelegenheit, neben Auskünften, dem Anhören von Anliegen, die Leute zueinander zu bringen, sie für das eigene Wohngebiet und das in unmittelbarer Nachbarschaft gelegene zu interessieren. Das ist für MitarbeiterInnen der Gebietsbetreuung (GB*10) ein wichtiger Ansatzpunkt, denn „allein schon Interesse zeigen ist Anteilnahme, ist sozusagen der erste Schritt zur Identifikation und dadurch auch, Verantwortung für das eigene und benachbarte Wohngebiet zu übernehmen.“

Um eine Distanziertheit und Anfangsbarrieren zu überwinden, bieten Feste und Feiern eine gute Gelegenheit, sich zu begegnen. Durch die ungezwungene Atmosphäre in einem weniger offiziellen Rahmen treten die Menschen leichter aus ihrer Reserviertheit heraus. Das ist für politische Verantwortungsträger eine zielführende Strategie, die ganz bewusst genützt wird. Die aktive Beteiligung von Politikern und Dienststellen als Ansprechpartner und vor allem der direkte Kontakt zu den Menschen sollen dazu beitragen, die Leute aufzuschließen, ihnen nahezubringen, dass sie sich als BewohnerInnen des gesamten Quartiers einschließlich

[38] Sozialplaner und Architekt Joachim Brech

Altbestand begreifen. Dazu wurde ein eigener Stadtteilplan mit Tipps für interessante Örtlichkeiten im Bezirk erstellt und den BewohnerInnen im Neubaugebiet und im Bestand gegeben: Wo kann man bspw. gut essen, einkaufen, Sport betreiben, Ruhe genießen etc.

Dieses Beispiel soll zeigen, dass innovative Ideen gefragt sind, um Alt und Neu zusammenzubringen. Die MitarbeiterInnen der Gebietsbetreuung bilden zusammen mit den politischen und administrativen Entscheidungsträgern eine Integrationsebene, auf der alle Anregungen, Wünsche und Vorschläge aller betroffenen und interessierten BewohnerInnen des Bezirks zusammenlaufen. Sie ist die offizielle Drehscheibe, die den Vernetzungsprozess vorantreibt und dabei das gesellschaftliche Ganze im Blick hat. Neubaugebiet und Altbestand gehören aus dieser Perspektive grundsätzlich zusammen, soll der neue Stadtteil nicht auf lange Sicht eine Insel bleiben, sondern zusammen mit dem „alten" Viertel eine Einheit bilden.

Der nachverdichtete Aus- und Aufbau einer tragfähigen Infrastruktur im Altbestand ist nach Josef Kaindl, stellvertretender Bezirksvorsteher, die große Herausforderung. Dabei ist vor allem der Erdgeschoßzone besonderes Augenmerk zu schenken. Wenn erfahrungsgemäß „ein ganzer Straßenzug von einer belebten oder gut ausgebauten EG-Zone lebt", gilt es gerade hier den Hebel anzusetzen, gemeinsam mit Vereinen, Institutionen und der Wirtschaft Leben in die Straßen und in das Viertel hineinzubringen. Dafür spielen auch die Wegeverbindungen eine ganz entscheidende Rolle, vor allem die Verbindungen zum neuen Stadtteil. Konkret ist damit der Ausbau der Radwege, die Verbreiterung der Gehsteige und das Ausräumen von Angsträumen durch eine ausreichende Beleuchtung angesprochen.
Das Ausbauprogramm ist dementsprechend umfangreich und hat neben der Aufwertung des Bestandes nur einen Zweck: die Menschen im alten Viertel mit den neuen BewohnerInnen zu vernetzen, um im Zusammenwirken und wechselseitigen Austausch das Zusammenwachsen zum gemeinsamen Stadtbezirk zu ermöglichen.

➢ *Grundsätzliches zur Quartiersentwicklung*

Wenn Stadt durch wechselseitige Vernetzung des Neuen mit dem Alten entstehen soll, ist es notwendig, ein Ungleichgewicht von Anfang an zu verhindern. Darauf weisen gleich mehrere Experten hin. MitarbeiterInnen der Gebietsbetreuung (GB*10) und auch politische Entscheidungsträger legen deshalb größten Wert auf die Gleichrangigkeit der Stadtgebiete und betonen die gegebene Tatsache, dass auch der Altbestand dem Projektgebiet sehr viel geben kann. „Zu einer guten Nachbarschaft", so der Gedanke der Gebietsbetreuung, „gehört es auch,

gebietsübergreifend Ressourcen zu nutzen, weil es genügend Nutzungsmöglichkeiten im alten Viertel gibt, die es im Neubaugebiet nicht gibt.“ Der Einstellung, alle Aufmerksamkeit vorwiegend auf das Neue zu richten, ist von Beginn an entgegenzuwirken. Mit der Aufwertung des Gebietes „Sonnwendviertel“ sind notwendigerweise auch Potenziale im Altbestand auszuschöpfen, um einen wechselseitigen Austausch überhaupt erst in Gang bringen zu können. Dafür setzen sich vor allem die MitarbeiterInnen der GB ein, erheben aber gleichzeitig die Forderung, schon bei der Ausschreibung der Bauträgerwettbewerbe einbezogen zu werden. Sie kennen durch den direkten Umgang mit den Leuten die Verhältnisse im Bezirk sehr genau, ein Grund, noch vor Baubeginn den Blick auf das Quartier in seiner Gesamtheit zu richten. Raumplaner Rudolf Scheuvens geht diesbezüglich noch einen Schritt weiter. Er spricht sich für „Quartierswettbewerbe statt Bauträgerwettbewerbe“ aus. Der öffentliche Raum, das Quartier in seiner Gesamtheit, soll Ausgangspunkt für die einzelnen Bauprojekte sein. Inwieweit diese Vorgangsweise bei künftigen Wettbewerben Eingang findet, ist der weiteren Entwicklung vorbehalten, sie kann aber das derzeitige Prozedere durchaus ablösen, wenn der Blick vermehrt auf raumübergreifende Aspekte gelegt wird.

➢ *Der Helmut-Zilk-Park in seiner Funktion als Begegnungsraum*

Allein die Größe des noch in Bau befindlichen Parks weist auf seine besondere Bedeutung hin. Mit dem Trend zur Reurbanisierung der Stadt, die Lebensqualität der Bevölkerung durch mehr Grün- und Freiräume zu verbessern, hat ein grundlegendes Umdenken eingesetzt. „Der öffentliche Raum ist nicht das, was übrig bleibt“, so Rudolf Scheuvens von der TU Wien, „sondern der Ort, wo das Leben in seiner ursprünglichen, nämlich gesellschaftsverbindenden Form stattfindet“.[39]
So gesehen ist der großdimensionierte Park im Sonnwendviertel ein zentraler Anziehungspunkt, der die BewohnerInnen des neuen Stadtteils mit denen der angrenzenden Stadtgebiete verbindet. Unabhängig davon, was der Park an gemeinschaftsfördernden Einrichtungen bieten soll, vom Community Garden mit Gastronomie bis zu Laufstrecken, Fuß- und Radwegen entlang ausgedehnter Alleen, ist er der Ort, an dem sich das Leben ungezwungen entfalten kann.

Grün- und Freiflächen sind der Raum, der als Ort der Freiheit, der freien Selbstentfaltung gesehen wird und deshalb eine so große Anziehungskraft für alle Bevölkerungsgruppen hat.

[39] Vgl. Vortrag „Potential der Eigeninitiative – Verdichtung in der Stadt“ im Rahmen der Experimentdays 2011

Vorrangig sind es die Kinder und Jugendlichen, die ihren natürlichen Entfaltungs- und Freiheitsdrang hier ausleben wollen. Doch auch Erwachsene, die Grünräume oder den Park gar nicht benützen, stellen Fachleute fest, wollen darauf keinesfalls verzichten. Allein die „Möglichkeit […] an die frische Außenluft treten zu können, ist heute ein Stück Lifestyle, ein Lebensgefühl, was für viele wichtiger ist als die konkrete Nutzbarkeit“. (Schmitt/Selle 2008, 204)

Die Bedeutung des weitläufigen Parks liegt auch in seiner strategischen Lage, mehrere Bezirke zu verbinden, den neuen Stadtteil in den gesamtstädtischen Raum zu integrieren. Allerdings werde nach Einschätzung der Experten der Druck auf den Park sehr groß sein. Eine umfassende Betreuung müsse mit Eröffnung des Parks sofort einsetzen, um Fehlentwicklungen von vornherein gar nicht aufkommen zu lassen.

© Parkgestaltung Hager Partner AG

➢ *Der Bildungscampus als Integrationsebene*

Soll das Campus-Modell im neuen Stadtteil in seiner Grundstruktur beschrieben werden, stellt es sich nicht nur als eine äußere Begegnungsebene der SchülerInnen dar, sondern mindestens ebenso als eine Integrationsebene, die den Gemeinschafts- und Solidaritätsgedanken in den Mittelpunkt stellt. „Wenn man gemeinschaftliches Zusammenleben fördern und entwickeln will“, so Architektin Elfriede Heinrich (MA 10), „dann müssen die Kinder möglichst frühzeitig in einem gemeinsamen Bildungsbetrieb solidarische Strukturen kennenlernen und mit ihnen heranreifen.“ Das Grundkonzept des Campusmodells ist der Solidaritätsgedanke, „miteinander

und voneinander zu lernen“, auch „um soziale Unterschiede schon bei den Kindern auszugleichen“. Das Neben- und Miteinander von Kindern aus unterschiedlichen sozialen Verhältnissen ist besonders prägend im Kindesalter und soll schon von klein auf die schichtspezifische Abgrenzung gegenüber den so genannten „bildungsfernen“ Bevölkerungsschichten verhindern. Die schon im Schulbereich gegebene soziale Mischung kommt vor allem Kindern zugute, die zu Hause kaum Unterstützung haben oder mit Behinderungen belastet sind. „Sie haben gemeinsam mit Kindern aus gut situierten Familien die gleichen Chancen, sich bspw. in den Bereichen Sport und Musik weiterzubilden, statt Fernsehen oder sinnlos Zeit zu vertrödeln.“[40] Auch diese Freizeitangebote im Campus bieten Gelegenheit, dass mitunter die Eltern über die Kinder miteinander ins Gespräch kommen, wodurch Barrieren abgebaut werden können.

Der auf Integration ausgerichtete Bildungsbetrieb hat also eine starke soziale Komponente. Die Vernetzung unterschiedlicher Altersstufen und Klassen im Sinn einer großen „Schulfamilie“ bricht mit dem tradierten System der Funktionstrennung, in dem jede Klasse grundsätzlich für sich gesehen wird und von anderen Altersstufen klar abgegrenzt ist. Die Erweiterung des Schulhorizonts und die damit verbundene gemeinschaftlich orientierte Arbeitsweise sind die Grundpfeiler, dass die vielgenannte Schulgemeinschaft sich tatsächlich zu einer solchen entwickeln kann, wobei die Vernetzung auf Schulebene analog zur Erwachsenen-ebene gesehen werden kann. Das heißt, im Bildungscampus wird eingeübt, was im Jugend- und Erwachsenenalter für das Zusammenleben der Menschen und das Zusammenwachsen des Stadtgebietes zum Tragen kommt.

Der innere Prozess im Bildungsgeschehen kann als Vorbild und Schrittmacher für den der Erwachsenengesellschaft gesehen werden. Josef Kaindl, stellvertretender Bezirksvorsteher, rechnet damit, „dass das Viertel etwa in 10, 15 Jahren einen ganz anderen Charakter haben wird“, dass durch die neue Generation ein neuer Geist im gesamten Bezirk einziehen wird. Auch Architektin Elfriede Heinrich blickt diesbezüglich positiv in die Zukunft. Sie ist überzeugt, dass die Verschränkung von Kindergarten und Schule, der Erwerb wichtiger Grundhaltungen im vernetzten Bildungsbetrieb positive Früchte tragen wird.

[40] Architektin Alfriede Heinrich

IV. Schwierigkeiten und besondere Herausforderungen auf dem Weg zu einem integrierten Stadtgebiet

Für die Fachexperten stellt die weitgehend fehlende städtische Infrastruktur eines der Hauptprobleme im Sonnwendviertel dar. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf der Erdgeschoßzone. Unabhängig davon, dass der Schwerpunkt „Soziale Nachhaltig“ auf das Wohnen, auf Begegnungszonen und Gemeinschaftsräume gelegt wurde, ist nach Rudolf Scheuvens „eine Mischnutzung bei einer Geschoßhöhe von nur 2m 30 schon in Frage gestellt.“ „Um Ateliers, Büros nach heutigem Standard, Gewerbe, Nahversorgung etc. unterzubringen, sind entsprechende Grundrisse und eine erforderliche Bauhöhe wesentlich, weshalb sich kleinere private Investoren kaum einem Risiko aussetzen, einen Leerstand nicht einmal für kurze Zeit verkraften können.“[41]

Dazu ist das nahegelegene Shoppingareal am neuen Hauptbahnhof ein zusätzlicher Risikofaktor. Sozialplaner Raimund Gutmann weist in diesem Zusammenhang auf eine weitere Problematik hin. Der Trend zum Supermarkt, zu den großen Einkaufszentren ist ungebrochen, „stimmen doch die Leute mit den Füßen ab“. Das heißt, „nur wenige Schritte und man ist schon beim nächsten Geschäft. Man fährt mit dem Auto rein, legt keine langen Wege zurück. Auf diese Bequemlichkeit will kaum jemand mehr verzichten.“ Die Großeinkaufszentren haben dadurch eine starke Anziehungskraft. Als „Wirtschaftsmagnete“ ziehen sie auch Betriebe an, sodass in den Randzonen wenig Interesse besteht, in Unternehmen zu investieren. „Der Anteil der leerstehenden Ladenlokale wächst in den Lagen außerhalb der zentralen Einkaufsbereiche“, stellt Rudolf Scheuvens fest. „Außerdem dominiert derzeit der Handel mit hohen Mieten, sodass eine Mehrfachnutzung der EG-Zone für Investoren auch aus diesem Grund nicht sonderlich attraktiv erscheint.“[39]
Lösungsansätze sind deshalb nur schwer zu finden. Sie liegen, wie im vorhergehenden Kapitel bereits angedeutet, nach Meinung involvierter Fachleute in einer mehr raumbezogenen Siedlungsstrategie, die das Gesamtquartier in den Mittelpunkt stellt.

[41] Vgl. Vortrag „Potential der Eigeninitiative – Verdichtung in der Stadt“ im Rahmen der Experimentdays 2011

- ***Aufwertung des Sonnwendviertels und das damit verbundene Problem der Gentrifizierung***

Durch die Aufwertung des Viertels, des gesamten Gebietes rund um den neuen Hauptbahnhof, ist nach Fachmeinung der Experten die Wahrscheinlichkeit einer Gentrifizierung real gegeben. Der Markt als Nutznießer der Aufwertung ist vornehmlich auf Gewinnmaximierung orientiert, sodass sich nach stellvertretendem Bezirksvorsteher Josef Kaindl „das relativ niedrige Mietniveau im übrigen Bezirk nicht halten wird."
Die zu erwartende Gentrifizierung ist für die Stadtpolitik ein Schwerpunktthema, doch wie Josef Kaindl feststellt, haben Politiker wenig Zugriffsmöglichkeit, Spekulation auf Wohngebiete zu verhindern. Möglich ist unter dem Begriff „Socklsanierung" eine Qualitätsverbesserung privater Wohnbauten mit Hilfe von Förderungen, wofür die Mieten in einem noch sozialverträglichen Rahmen gehalten werden müssen. Die Politik hat im Prinzip nur die Möglichkeit, gemeinsam mit der Wirtschaft (im Sinn von Private Public Partnership) regulierend einzugreifen, um eine Gentrifizierung so niedrig wie möglich zu halten.

Auch Sozialplaner Raimund Gutmann sieht wenig Möglichkeiten, eine Gentrifizierung zu verhindern, man könne sie aber abfedern: durch durchmischte Wohngebiete, eine entsprechende Infrastruktur in den EG-Zonen wie durch Gewerbekonzepte, die möglichst keine Verdrängung nach sich ziehen, sondern eine bleibende Durchmischung garantieren. Er sieht allerdings auch eine sehr einfache Möglichkeit, preisdämpfende Maßnahmen zu setzen, indem einfachere Wohnprojekte und nicht 100-Prozent-Lösungen angeboten werden. „Man will alles perfekt", und dieser Perfektionismus treibt auch die Kosten in die Höhe. Damit hat „die Gentrifizierungs-debatte auch mit den Leuten, mit ihrem Lebensstil zu tun." „Die Wohnkosten möglichst niedrig zu halten, aber alle Annehmlichkeiten haben wollen, den Konsum ständig zu steigern, sind widersprüchliche Wünsche."

Zusammenfassend kann festgehalten werden, Gentrifizierung kann nicht nur aus der Warte marktwirtschaftlicher Interessen gesehen werden. Die BewohnerInnen können selber zu mehr Preisstabilität im Sinne des Maßhaltens beitragen. Dadurch rückt die Eigeninitiative ins Blickfeld, dass die Leute selber nachdenken, wie sie gemeinsam mit bescheideneren Lösungen trotzdem eine Qualitätsverbesserung erreichen können.
Für Architektin Cornelia Schindler ist dafür die „Autofreie Mustersiedlung" in Wien 21 ein gutes Beispiel, wie durch Selbstbeschränkung mehr Qualität möglich wird, wie durch einen

Auto- und Garagenverzicht für das Gesamtprojekt ein Mehrgewinn an sozialen Einrichtungen, Gemeinschaftsräumen erzielt werden kann.
Angesichts der idealen Lage des Sonnwendviertels in Bezug auf Anbindung an den öffentlichen Verkehr und der Tatsache, „dass in Wien trotz rasantem Bevölkerungszuwachs der Individualverkehr bereits stagniert", sei es paradox, warum so hartnäckig an Auto-Stellplätzen festgehalten wird, auch deshalb, weil „die nachkommende Generation bereits ein anderes Mobilitätsverhalten hat."

Während nach tradierter Vorstellung das Auto ein beinahe unverzichtbares Konsumgut darstellt, das durch seinen Besitz die volle Freiheit garantieren soll, vollzieht die nachkommende, eher gebildete Generation die Wende zum pluralistisch orientierten Denken. Für sie ist Freiheit im postmodernen Sinn „die Freiheit des Handelns" (Katschnig-Fasch 1994, 298), als selbstbestimmtes Subjekt unter mehreren Möglichkeiten frei entscheiden zu können. Welche davon die beste ist, bestimmt der kreative Geist und nicht das vom Markt offerierte Angebot. Dieses bietet zwar größte Bequemlichkeit an, beeinträchtigt aber letztendlich die so wesentliche Entscheidungskompetenz, ob und in welchem Ausmaß man das Auto überhaupt braucht oder ob es nicht andere Lösungen gibt.

➢ *Die Jugend mitnehmen, aber wie?*

Da Kinder und Jugendliche die Ersten sind, die die öffentlichen Freiräume erobern und zum Problem werden können, ist nach Ansicht der Fachleute, das Augenmerk darauf zu richten, Fehlentwicklungen besonders in Bezug auf Problemgruppen schon von Anfang an zu verhindern. Jugend wird damit stark als Problemfeld gesehen, als eine Gruppe für sich, die mit der restlichen Gesellschaft wenig Berührungspunkte hat.
Diese Vorstellung bestimmt stark das Verhältnis zur Jugend auch im Sonnwendviertel. Ansätze, sie in die Gesamtgesellschaft bewusst einzubinden, sind aber trotzdem gegeben. Die MitarbeiterInnen der Gebietsbetreuung, die vor allem im direkten Kontakt mit der Bevölkerung und auch den Jugendlichen stehen, sind auf Integration der Gesamtbevölkerung bedacht und streben daher Lösungen an, wie die Jugend besser integriert werden kann.
Um positive Begegnungen zu schaffen, Reibungsflächen abzubauen, müsse man positive Einstellungen initiieren. Dabei ist immer „das direkte Gespräch, die direkte Begegnung das Um und Auf"[42]. Gelegenheiten, Jugendliche und Erwachsene zusammenzubringen, bieten sich bei

[42] GB*10

Festen im Bezirk an. „Aktive Kinder- und Jugendgruppen können sich in einer positiven Art präsentieren, können Vorführungen machen und zeigen, was sie drauf haben.“[40] – Auf dieser Schiene weiterzumachen, stellt das Verhältnis Jugend – Erwachsene von vornherein auf eine andere Ebene. Wenn Jugendliche im eigenen Interesse und im Interesse der Allgemeinheit Aufgaben und damit Mitverantwortung für die Gesellschaft übernehmen, wird das Problem an der Wurzel angegangen. Vandalismus, sinnlose Zerstörung erübrigen sich, wenn Jugendliche ihre Potenziale entdecken lernen, der größeren Gemeinschaft etwas geben können, was vollste Anerkennung verdient. Aktiv der Gesellschaft etwas zu geben, nicht bloß von ihr zu bekommen, ist in hohem Ausmaß integrationsfördernd, darauf hat ein Bauträger als Experte hingewiesen. – Ob Jugendliche im Rahmen von Festen und Feiern ihr Bewegungstalent vorführen, eventuell als eingeladene Musikgruppen Familienfeiern bereichern, ob technisch Begabte Älteren beim Einstieg ins Internet behilflich sind oder einer Nachbarin das Fahrrad reparieren, auf dieser Basis wachsen die Altersgruppen zusammen. Gegenseitige Verantwortung zu übernehmen, ist nach Meinung der Experten die beste Möglichkeit, Konflikten aus dem Weg zu gehen.

8.2 Offene Fragestellungen und Themenkreise

Aus der ExpertInnen-Befragung und der Beschäftigung mit dem Thema haben sich folgende offene Fragestellungen oder Themenkreise ergeben:

1. Kostenreduktion und großräumige Vernetzung
Mit Blick auf den 2-stufigen Wettbewerb werden raumübergreifende Lösungen immer wichtiger. Wie kann man durch bauübergreifende Nutzung einerseits Kosten reduzieren, andererseits Synergieeffekte erzielen?

2. Qualität trotz weniger Investitionsaufwand
Wie kann man „Soziale Nachhaltigkeit“ als Qualitätskriterium mit weniger Gestaltungsaufwand erhalten? – Wie kann Qualität durch teilweisen Verzicht sogar gesteigert werden? (Beispiel Autofreie Mustersiedlung in Wien, 21) – Wie kann soziale Qualität *durch* die BewohnerInnen selbst erzielt werden?

3. Zusammenhänge von Raum- und Sozialstruktur

Inwieweit beeinflusst die räumliche Struktur, die Lokalisierung der Gemeinschaftsräume und -bereiche, die Sozialstruktur? (Beispiel: Alle Gemeinschaftsräume konzentriert in einem Gebäude oder auf den gesamten Wohnbau verteilt)

4. Wie kann man verstärkt städtische Infrastruktur in neue Siedlungsgebiete und den Altbestand hineinbringen?

5. Wohnen und Arbeit

Der Aufbau einer bescheidenen Lokalwirtschaft über (Lern-)Werkstätten, auch schon für Kinder und Jugendliche, im Interesse einer wirtschaftlich vernetzten Quartiersgesellschaft. – Arbeit als sinnerfüllende Beschäftigung angesichts der Erosion von bezahlter Erwerbsarbeit. – Ausbau der Marktplatzidee bzw. Abhaltung von Märkten.

6. Kinder und Jugendliche als wertvolle Mitglieder der Gesellschaft

Wie können diese Gruppen schon frühzeitig Verantwortung übernehmen und so in die Gesellschaft integriert werden? Aktive Einbindung in den Gesellschaftsprozess als Lösung um Jugendproblematik (Vandalismus) zu verhindern.

7. Anschlussfähigkeit an Gemeinschaftskonzepte – Was nicht in den Köpfen ist, wird nicht angenommen

Inwieweit muss in den Menschen eine innere Bereitschaft bestehen, um soziale Angebote und Konzepte anzunehmen?

8. Demokratie kann man nicht nur an Verantwortliche delegieren

Grundlage für die repräsentative Demokratie: Um ein nachhaltiges Demokratiebewusstsein zu schaffen, ist es notwendig, demokratische Lebensformen im Alltag zu praktizieren. (Dazu sind Beispiele auf S. 36f gegeben) Auf der Alltagsebene alle Möglichkeiten auszuloten, ist m.E. ein dringliches Thema für eine eingehende Untersuchung.

9 Grundsatzfragen, die die Gesellschaft in ihrem Kern betreffen. Hindernisse auf dem Weg zu mehr Selbstbestimmung und Solidarität

Im Anschluss an die vorherigen Fragestellungen möchte ich auf eine grundsätzliche Frage eingehen, die Jens S. Dangschat aus einer kritischen Perspektive stellt: „Was hindert uns an einer nachhaltigen Entwicklung?“ (Klotz *et al.* 2002, 50) oder anders formuliert: Welche Chancen bestehen überhaupt für Nachhaltigkeitskonzepte, dass sie sich durchsetzen?
Diese Fragestellung ergibt sich im Besonderen für das eben beschriebene Projekt „Sonnwendviertel“, wobei zu fragen ist, welche Hindernisse sich diesem Großprojekt entgegenstellen, das sehr große Hoffnungen in eine sozial-nachhaltige Entwicklung setzt.

Fasst man die bisherigen Untersuchungsergebnisse über den neuen Stadtteil zusammen, laufen sie auf den Aufbau sozialer Strukturen hinaus, die Selbstbestimmung und Selbstregulation der BürgerInnen zum Ziel haben. Sie sollen selbst in ihrem Umfeld das Gemeinwesen tragen und nicht mehr „von oben“ verwaltet werden.
Dem steht der gesellschaftskritische Befund von Herbert Marcuse diametral entgegen. Nach seiner Auffassung führt die Massenproduktion in den fortgeschrittenen Industriestaaten zur Schaffung künstlicher, d.h. „falscher“ Bedürfnisse, die bei steigendem Konsum die Menschen in die Abhängigkeit eines übermächtigen Produktionsapparates bringen, wobei sie „in Objekte totaler Verwaltung überführt“ werden (Marcuse 1967, 27). Anstatt ihren „wahren“ Bedürfnissen nachgehen zu können, jenen, die ihrer Natur und dem Wesen des Menschen entsprechen, begrüßt die Mehrheit der Bevölkerung den „erhöhten Konsum“, mit dem sie sich identifiziert und mit dem sie deshalb ein „bequemes und sogar ‚gutes‘ Leben“ verbindet (S. 69).
So werde durch eine ökonomisch-technologische Konsumindustrie die Bevölkerung fremdbestimmt und eine „Herrschaft im Genuss“ etabliert (S. 181). Wesentlich ist dabei der Verlust menschlicher Qualitäten, vor allem der Verlust eines zweidimensionalen, d.h. antagonistischen Denkens, zu unterscheiden zwischen dem, was ist, und dem was sein sollte. - In einem langen Prozess systematischer Ausklammerung der „transzendierenden Elemente der Vernunft“ (S. 33), der „wahren“ menschlichen Bedürfnisse und persönlichkeitsbildenden Qualitäten werde der Mensch auf die Stufe eines total verwalteten Individuums reduziert, auf ein eindimensionales Denkmuster, d.h. die Welt, wie sie sich darstellt, als unabänderlich gegebene Tatsache hinzunehmen. Alternatives, kritisches Denken habe in der „totalitären Logik der vollendeten Tatsachen“ (S. 34) keinen Platz. Marcuse sieht deshalb in der Unterdrückung des wahren Menschseins, v.a. der Fähigkeit, kritisch zu denken, das Wirken eines totalitären

Systems. „Denn ‚totalitär' ist nicht nur eine terroristische politische Gleichschaltung der Gesellschaft, sondern auch eine nicht-terroristische ökonomisch-technologische Gleichschaltung, die sich in der Manipulation von Bedürfnissen durch althergebrachte Interessen geltend macht." (S. 23)
Herbert Marcuse sieht also im unkritischen, eindimensionalen Denken ein zentrales gesellschaftliches Grundproblem: das Vorhandene einfach als gegeben hinzunehmen ohne zu hinterfragen, sodass Alternativen, die herrschenden Verhältnisse zu ändern, gar nicht in den Sinn kommen. Darin liegt auch der Bezug zum Nachhaltigkeitsprozess, der grundsätzlich die Alternative zur Nicht-Nachhaltigkeit darstellt. Alternatives Denken ist somit die Voraussetzung, um nachhaltige Prozesse einzuleiten, sodass der Verlust des kritischen Denkens ein entscheidendes Hindernis auch für ein Umdenken in Richtung sozialer Nachhaltigkeit darstellt.

Dieser Zusammenhang lässt sich auch durch einen zweiten Aspekt verdeutlichen. Alle sozialen Dimensionen der Nachhaltigkeit sind im Sinne von Claudia Empacher und Peter Wehling (2002) unverzichtbare Gestaltungselemente für eine Gesellschaft, die durch die BürgerInnen selbst (vgl. S. 49) ihr Gemeinwesen aufbaut, erhält und nachhaltig weiterentwickelt. Selbstbestimmung und Selbstregulation sind dafür die notwendigen Voraussetzungen, verlangen aber „Empowerment", „die aktive Aneignung von Macht, Kraft und Gestaltungsvermögen" (Alisch 2002, 238), das bei einer „Orientierung von Denken und Verhalten am gegebenen Universum von Tatsachen" (Marcuse, 36) an seine Grenzen stößt. Aus Mangel an kritischer Denkfähigkeit, geistiger Qualitäten könne man die gegebenen Verhältnisse, das Bestehende nur hinnehmen. So bedeute eindimensionales Denken auch in dieser Hinsicht ein schwerwiegendes Hindernis für nachhaltige Entwicklung, weil es den Weg aus der Unmündigkeit[43] weitgehend versperrt.

Im letzten Abschnitt sollte deutlich gemacht werden, wie eng ein spezifisches Denken mit einem bestimmten Lebensstil verknüpft ist, wie scheinbare Freiheit im unbegrenzten Konsum in ein „Herrschaftsinstrument" verwandelt werden kann (vgl. Marcuse, 27). Im Folgenden soll die Machtfrage noch deutlicher in den Mittelpunkt gerückt werden, vor allem der „Freie Markt" in seinen Auswirkungen auf die Gesellschaft, verbunden mit einer gezielten Marktpolitik, solidarische Strukturen zu schwächen bzw. aufzulösen.

[43] Mikroökonom und Nachhaltigkeitsforscher Nico Paech beschreibt den Weg vom bloßen Konsumieren über Reparieren zur Eigenproduktion. Durch den allmählichen Wandel vom Konsumenten zum »Prosumenten« (Reparieren) oder »Koproduzenten« (Eigenproduktion) erlangt der Mensch ökonomische Souveränität, kraft eigener substanzieller, manueller und sozialer Kompetenzen, Industrieproduktion zu ersetzen (vgl. Paech, 2014, 123)

Wenn Pierre Bourdieu in seiner Analyse der neoliberalen Wirtschaftsideologie beklagt, dass ein ökonomisches Regime entstanden sei, dass den Gewinn durch den Abbau von Arbeitsplätzen und Lohnsenkungen maximiert, dass ein deregulierter Finanzmarkt einen deregulierten Arbeitsmarkt begünstige und damit prekäre Arbeitsverhältnisse (vgl. Bourdieu 2004, 168), sieht er darin nicht eine zwingende Folge ökonomischer Gesetze, sondern das Ergebnis einer von bestimmten Akteuren und Institutionen bewerkstelligten Politik. Der globale Markt sei eine politische Schöpfung und keine naturgegebene Erscheinung (vgl. ebd., 210). Neoliberale Marktwirtschaft als Wirtschaftspolitik verstanden, ziele auf Liberalisierung und Deregulierung, „auf die Beseitigung aller Beschränkungen, aller – hauptsächlich durch die Nationalstaaten errichteten – Hindernisse“ ab (S. 210). Auf diese Weise werde die Entwicklung eines „globalen ökonomischen Feldes“ begünstigt, das versuche, alle Steine, die seiner Machtausübung im Wege stehen können, zu beseitigen (vgl. S. 122). Nicht nur der gesetzgebende Staat als solcher stehe dabei im Blickfeld, auch die für Arbeiterrechte eintretenden Gewerkschaften, ebenso Berufsverbände, Genossenschaften sowie einheitlich organisierte Lohngruppen. Als Kollektive können sie eine Gegenmacht aufbauen, sofern es gelingt, solidarisch aufzutreten. *Sie* werden daher, so Bourdieu, nach der Logik des neoliberalen Marktes in Frage gestellt (vgl. S. 122), d.h., sie werden durch eine Politik der Deregulierung in für sich stehende Individuen aufgespalten, ein Prozess, der besonders in der Individualisierung der Beschäftigungsverhältnisse zu beobachten sei. „[I]ndividuelle Zielvorgaben, individuelle Bewertungsverfahren, individuelle Lohnerhöhungen oder Leistungszuschläge, individuelle Beförderungen“ sowie Beschäftigte im Betrieb wie Selbstständige verantwortlich zu machen, all diese konkurrenzfördernden Strategien würden auf „eine Schwächung oder Beseitigung des kollektiven Zusammenhalts und kollektiver Solidaritäten“ abzielen (vgl. S. 123).

Noch deutlicher wird für Pierre Bourdieu die Vereinzelung bei prekären Arbeitsverhältnissen (befristete Arbeitsverträge, Leiharbeit etc.) sichtbar, mit denen im Hintergrund die permanente Gefahr des Arbeitsverlustes verbunden ist. Entscheidend ist dabei aus der Sicht Bourdieus, dass Prekarität in zweifacher Weise existiert: „Einmal in der Realität und einmal in den Köpfen der Menschen.“ (Bourdieu 2005, 20). Das heißt, wenn „Arbeit, eine Stelle gewissermaßen ein Privileg darstellt“, das jederzeit verloren gehen kann, lässt sich die ständige Bedrohung, die Angst vor Arbeitsverlust nicht vergessen, „sie ist zu jedem Augenblick in allen Köpfen präsent“, auch bei denen, „die gar nicht oder noch nicht direkt von ihr betroffen sind“ (Bourdieu 2004, 108). Die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse habe demnach eine mentale Verunsicherung aller Arbeitnehmer zur Folge, die als Entlassungs-, Existenz- und Zukunftsangst die

Selbstzweifel unter der Arbeitnehmerschaft verbreite und dadurch demoralisierend und demobilisierend wirke. Außerdem werde unter den Arbeitnehmern, „wird Arbeit zu einem raren Gut“, auch ein individualisierendes Konkurrenzverhältnis aufgebaut, wobei der Einzelne dazu tendiert, nur noch an sich zu denken, und die Bereitschaft, sich zu solidarisieren, abnimmt.

Folgt man den Überlegungen Bourdieus, kann die Tendenz des kapitalistischen Arbeitsmarktes zu vereinzeln, den Arbeitnehmern durch die demoralisierende Furcht vor Arbeitslosigkeit Gestaltungsmacht zu entziehen (vgl. ebd., 109), als ein tiefgreifendes Hemmnis beim Aufbau solidarischer Strukturen gesehen werden. Aus dieser Perspektive weist die neoliberale Wirtschaftspolitik genau in die entgegengesetzte Richtung von einer sozial nachhaltigen Entwicklung.

10 Schlussüberlegungen: Rückblick und Ausblick

Mit der vorliegenden Arbeit wurde versucht, den Entwicklungsweg der sozialen Dimension im Nachhaltigkeitsprozess aufzuzeigen, der im gegenwärtigen Stadtentwicklungskonzept der Gemeinde Wien und bei der praktischen Umsetzung von sozialer Nachhaltigkeit im neu errichteten Stadtteil „Sonnwendviertel“ eine wichtige Rolle spielt.
Rückschauend lässt sich feststellen, das Soziale hat zunehmend an Bedeutung gewonnen, nicht zuletzt auch aufgrund der äußeren Rahmenbedingungen, dass die Existenzfragen eine immer größere Rolle spielen. Aufbauend auf einer Sicherung der Zukunftsperspektive und der Lebensqualität, vor allem in armutsgefährdeten und benachteiligten Stadtgebieten, kann das Leitbild einer sozialen, aktiv gestaltenden Stadtpolitik als der entscheidende Entwicklungsschritt gesehen werden, wonach Stadtentwicklung nicht nur für, sondern vor allem durch die BürgerInnen erfolgen soll. Indem die BewohnerInnen eigenverantwortlich und solidarisch ihr unmittelbares Lebensumfeld gestalten, wird Stadt unter Einbindung aller Kräfte und Ausnützung aller Potenziale nachhaltig entwickelt.

Mit „Sozialer Nachhaltigkeit“ als neu eingeführtem Standardkriterium im geförderten Wohnbau soll somit ein Prozess in Richtung Erneuerung der Demokratie von „unten“ angestoßen werden, mit dem Ziel, dass sich die BürgerInnen selber organisieren und verwalten und im Gruppenverband selbstbestimmt ihre Interessen vertreten. Dazu sollen die geschaffenen sozialen Strukturen, baulich sowie die sozialen Organisationsformen, als Grundlage dienen.

Mit dieser Zukunftsvision soll aber keineswegs angedeutet sein, dass sich soziale Nachhaltigkeit in der Bevölkerung automatisch durchsetzen wird. Einerseits wirkt, wie bereits angesprochen, die fortschreitende Individualisierung und die Tendenz zur Vereinzelung einer gemeinschafts-orientierten Lebensgestaltung entgegen, auf der anderen Seite erscheint es fragwürdig, durch Gemeinschaftsangebote von außen die Menschen aus ihrer Isolation und Zurückgezogenheit herausholen zu können. Was zu wenig Beachtung findet, ist, inwieweit eine innere Bereitschaft oder Motivation, also innere Voraussetzungen für eine gemeinsame Lebensgestaltung gegeben sind. Diesem Aspekt sollte meiner Meinung nach eine viel größere Beachtung zukommen, d.h. der Schwerpunkt sollte nicht einseitig auf das Bemühen gelegt werden, die Menschen zusammenzubringen, sondern ebenso darauf, sie aufzuklären, welche Kräfte und Mechanismen die Menschen in den Zustand der Abhängigkeit bringen und darin wirksam festhalten.
Autoren wie Jens S. Dangschat und vor allem Pierre Bourdieu weisen in diesem Zusammenhang auf die Notwendigkeit hin, die Machtfrage zu stellen (vgl. Dangschat In Klotz *et al.* 2002, 52). Nach Pierre Bourdieu kommt es vor allem darauf an, die gesellschaftlich wirksamen Mechanismen zu durchschauen, sich ihrer bewusst zu werden, um aus dem Zustand der Entmündigung herauszukommen. Für ihn „eröffnet jeder neue [aufgedeckte] Bestimmungsfaktor, der erkannt wird, einen weiteren Freiheitsraum.“ (Bourdieu 2005, 46) Das heißt, im Heraustreten aus dem begrenzten (eigenen) Denken gelingt der echte Schritt in die Freiheit, denn erst, wenn man einen tieferen Einblick in die gesellschaftsbestimmenden Strukturen gewinnt, kann man darauf reagieren.
Meines Erachtens liegt darin ein wichtiger Ansatzpunkt, um „aus dem Schneckenhaus von Abhängigkeit, Resignation und erlernter Hilflosigkeit auszuziehen“ (vgl. Alisch 2002, 237 zit. n. Herriger 1996) und für solidarische Lebensformen überhaupt empfänglich zu werden. Hierfür kann ein Bewusstsein über die hintergründigen Gesellschaftsmechanismen und ihre Zusammenhänge eine entscheidende Hilfe sein. Insofern ergibt es also Sinn, neben dem Angebot an Gemeinschaftseinrichtungen einschließlich einer Prozessbegleitung verstärkte Aufmerksamkeit auch auf die innere Motivation, auf die innere Einstellung der Menschen zu richten.

Literaturverzeichnis

Alisch, Monika (Hg.) 2001. Sozial - Gesund - Nachhaltig. Vom Leitbild zu verträglichen Entscheidungen in der Stadt des 21. Jahrhunderts. Opladen: Leske + Budrich.

Alisch, Monika 2002. Soziale Stadtentwicklung: Widersprüche, Kausalitäten und Lösungen. Opladen: Leske + Budrich.

Astleithner, Florentina 1999. Das Leitbild „Nachhaltige Stadt". Band 59. Wien: IFF.

Bauer, Joachim 2013. Arbeit. Warum unser Glück von ihr abhängt und wie sie uns krank macht. München: Blessing.

Bourdieu, Pierre 2013. Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. 23. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre 2005. Die verborgenen Mechanismen der Macht. Schriften zu Politik und Kultur 1. Steinrücke, Margareta (Hg.). Hamburg: VSA-Verlag.

Bourdieu, Pierre 2004. Gegenfeuer. Schultheis, Franz/ Pinto, Louis (Hg.). Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Brech, Joachim. Soziale Nachhaltigkeit und Architektur [1-6], in: Wohnen plus 2/2010.

Empacher, Claudia/Wehling, Peter 2002. Soziale Dimensionen der Nachhaltigkeit. Theoretische Grundlagen und Indikatoren. ISOE-Studientexte, Nr. 11. Frankfurt.

Felber, Christian 2010. Die Gemeinwohl- Ökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft. Wien: Deuticke.

Fischer-Kowalski, Marina/Haberl, Helmut/Hüttler, Walter *et al.* 1997. Gesellschaftlicher Stoffwechsel und Kolonisierung von Natur. Ein Versuch in sozialer Ökologie. Amsterdam: G + B Verlag Fakultas.

Gläser, Jochen/Laudel, Grit 2009. Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.

Harborth, Hans-Jürgen 1991. Dauerhafte Entwicklung statt globaler Selbstzerstörung. Eine Einführung in das Konzept des „Sustainible Development". Berlin: Ed. Sigma.

Hatz, Gerhard 2008. City profile Vienna. Elsevier.

Hauff, Volker (Hg.) 1987. Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven: Eggenkamp.

Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter 2000. Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens. 2. Korr. Aufl. Weinheim [u.a.]: Juventa.

Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter 2004. Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt/New York: Campus.

Häußermann, Hartmut/Läpple, Dieter/Siebel, Walter 2008. Stadtpolitik. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Katschnig-Fasch, Elisabeth 1998. Möblierter Sinn. Städtische Wohn- und Lebensstile. Wien: Böhlau.

Klotz, Arnold/Frey, Otto/Rosinak, Werner/ Ludwig Boltzmann Institut für Interdisziplinäre Stadtforschung (Hg.) 2002. Stadt und Nachhaltigkeit. Ein Diskurs. Wien: Springer.

Knoflacher, Hermann 2013. Zurück zur Mobilität. Anstöße zum Umdenken. Wien: Carl Ueberreuter.

Knoll, Michael/Kreibich Rolf (Hg.) 1997. "Sustainable City" Zukunftsfähige Städte. Weinheim: Beltz.

Marcuse, Herbert 1967. Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft. Frankfurt am Main: Luchterhand.

Meuser, Michael/Nagel, Ulrike. ExpertInneninterviews - vielfach erprobt, wenig bedacht: ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Garz, Detlef/Kraimer, Klaus 1991. Qualitativ-empirische Sozialforschung : Konzepte, Methoden, Analysen. Opladen: Westdt. Verl.

Reinprecht, Christoph. Die Zukunft des Wiener Gemeindebaus und die Transformation des Sozialen, In: Bettel, Florian *et al.* (Hg.) 2012. living rooms – Politik der Zugehörigkeiten im Wiener Gemeindebau. Wien: Springer.

Schmitt Gisela/Selle Klaus (Hg.) 2008. Bestand? Perspektiven für das Wohnen in der Stadt. Dortmund: Dorothea Rohn.

Sennett, Richard 2012. Zusammenarbeit. Was unsere Gesellschaft zusammenhält. Berlin: Hanser.

Sonstige Quellen

Agenda 21
http://www.bmub.bund.de/fileadmin/bmuimport/files/pdfs/allgemein/application/pdf/agenda21.pdf

STEP 05: 2005 Stadtentwicklung Wien. Magistratsabteilung 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung.

STEP 2025: Stadtentwicklungsplan Wien. Magistratsabteilung 18 – Stadtentwicklung und Stadtplanung Wien 2014.

Untersuchung von C. Angelmaier. Soziale Nachhaltigkeit im Wohnbau. Wien 2009
http://www.wohnbauforschung.at/Downloads/Soziale_Nachhaltigkeit_im_Wohnbau_LF.pdf

Quellen zum Sonnwendviertel

wohnfonds_wien 2010, Bauträgerwettbewerb. Wohnen im Sonnwendviertel. Ein neues Stadtquartier beim Hauptbahnhof.

wohnfonds_wien 2009, Beurteilungsblatt: 4-Säulen-Modell.
http://www.wohnfonds.wien.at/media/file/Neubau/130724-Saulen-Modell_Gesamt.pdf

www.sonnwendviertel.at

www.hauptbahnhof-wien.at

www.wien.gv.at

www.wohnfonds.wien.at

www.wohnservice-wien.at

http://www.architekturwettbewerb.at/data/media/med_binary/original/1338464766.pdf

http://www.fhstp.ac.at/studienangebot/bachelor/et/aktuelles/semesteropening-eisenbahn-infrastrukturtechnik/Projektmanagement_Hartig.pdf

http://hauptbahnhofwien.at/de/Presse/Presseinformationen/2009/Neue_Wohnprojekte_am_Hauptbahnhof_bauen_auf_soziale_Innovation/index.jsp

Quellen zum Bildungscampus

http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/architektur/oeffentlichebauten/schulbauten/bildungscampus-hauptbahnhof.html

Qualitätenkatalog für den Bildungscampus Hauptbahnhof Wien. Räumlich-Pädagogische Anforderungen.
https://www.yumpu.com/de/document/view/3828643/bildungscampus-hauptbahnhof-wien-raumlich-padagogische-/5

http://www.gat.st/sites/default/files/ppagarchitectsztgmbhbildungscampusdossier-de.pdf

Anhang

Mit großem Dank an die befragten Experten und Expertinnen

Mitarbeiterin der Gebietsbetreuung – Stadterneuerung Favoriten (GB*10)

DI Dr. Joachim Brech, Sozialplaner und Architekt

Dr. Raimund Gutmann, wohnbund:consult - Büro für Stadt. Raum. Entwicklung

Mag. Margarete Havel, HAVEL & HAVEL Beratungs GesmbH - Empirische Sozialforschung

DI Elfriede Heinrich, MA 10

Josef Kaindl, Bezirksvorsteher-Stellvertreter Favoriten

Arch. DI Cornelia Schindler, S & S architekten

Univ. Prof. DI Rudolf Scheuvens, TU Wien

Prok. Roland Sirch, Kallco Bauträger GmbH

Arch. DI Rudolf Szedenik, S & S architekten